



Wahlspruch:  
Was wir begehrn von der Zukunft Fernen:  
Dass Brot und Arbeit uns gesüsst seien,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen,  
Und unsere Freunde nicht mehr betteln gehen.  
G. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Gedächtnis 38.415.

# Der Eisenbahner

Zentralorgan des Österreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionsschluß: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

## Sprechstunden

finden jeden Tag mit Ausnahme der Sonntags und Feiertage von 10 Uhr  
vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags.

## Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareilleiste oder deren Raum 40 Heller.  
Bei Jahresabzug Rabatt.

## Abonnement-Bedingungen:

Halbjährlich	.....	Kr. 2.88
Ganzjährlich	.....	5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich		Mk. 6.—
Für das übrige Ausland ganzjährlich		9 Franken.

— Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat. —

Nr. 11.

Wien, den 10. April 1911.

19. Jahrg.

## An die Arbeiterklasse aller Nationen in Österreich!

### Arbeiter! Wähler!

Die parlamentarische Arbeit ist unterbrochen. Das Abgeordnetenhaus ist aufgelöst. Die Wähler werden zur Urne berufen.

Mit dem schimpflichsten Verfassungsbuch endet die Tagung des ersten Parlaments des gleichen Wahlrechtes. Die Regierung Wien erhält stößt das Haus, auf das Millionen ihre Hoffnung gesetzt hatten, hochmütig zur Seite und bewilligt sich selbst auf Grund des § 14 das Recht zur Eintreibung der Steuern und zur Aushebung der Rekruten, das sie von der Volksvertretung nicht erlangen konnte. Und die Vertrauensmänner der bürgerlichen Parteien in der Regierung — Weißkirchner, Hochenburger, Stürgkh, Marek und Gombinski — bessigeln mit ihrer Unterschrift den Bruch der Verfassung!

In dieser Stunde legen wir, die Vertreter der Arbeiterklasse aller Nationen im österreichischen Abgeordnetenhaus, unser Amt in die Hände unserer Wähler zurück. Eure Sache, Wähler, wird es nun sein, zu erwägen und zu richten!

Unsere erste Aufgabe im Parlament war

#### der Kampf gegen die Regierung.

Wir standen einer Regierung gegenüber, die nichts als ein geflügeltes Werkzeug des Militarismus ist. Für die Annexion Bosniens hat sie 256 Millionen Kronen vergeben. Für neue Kriegsschiffe haben ihr ihre Regierungsknechte — die Christlichsozialen, die Deutschnationalen und der Polenklub — 312 Millionen bewilligt. Für neue Rüstungen des Landheeres wurden 52 Millionen verschwendet. Die Staatschulden sind unter dieser Regierung um 764 Millionen Kronen gestiegen. Für die Vergütung dieser furchtbaren Schuld müssen die Völker Österreichs jährlich 30 Millionen Kronen aufbringen. Und diese Mittel fordert die Regierung von den Vermögen der Armen. Sie will die Brannentweuer erhöhen, sie will auf jede Schachtel Zündhölzer eine Steuer von zwei Heller legen, sie will die Zigaretten, die Zigaretten und den Rauchtabak schon vom 1. Juli an verteuern. Die Vermögen der Armen sollen die Kosten der Rüstungen bezahlen, während das Großkapital, die Banken, die Börse, das Eisenkästel Buchergerinne aus Staatsanleihen und Heereslieferungen ziehen. Und weil das Parlament der Regierung die neuen Steuern nicht nach ihrem Wunsche bewilligt hat, hat sie es zur Seite gestoßen, ein neues § 14-Regime etabliert und lässt nun ein neues Parlament wählen, in der Hoffnung, es werde ihr die Dreadnoughtsteuern gehorsam liefern.

Die Regierung des Militarismus ist auch die Regierung der Teverung. Sie hat, ohne das Parlament zu fragen, einen Geheimvertrag mit Ungarn abgeschlossen, der uns verbietet, Fleisch in genügenden Mengen aus dem Ausland einzuführen. Wir dürfen uns nicht satt essen, weil Ungarn es uns nicht erlaubt. Sie hat den Agrariern zuliebe die Handelsverträge mit Serbien und mit Rumänien so verdorben, daß sie den österreichischen Konsumenten nichts nützen, der österreichischen Industrie schweren Schaden zufügen. Sie hat Hunderte Millionen dem Militarismus geopfert; aber die Vorlage über die Ermäßigung der Haussinsten hat sie zurückgezogen, für die Vinderung des Wohnungsleidens und der Wohnungsteuerung hat sie kein Geld.

Der Klerikalismus hat in dieser Regierung seinen Beschützer. Der deutsch-freiherrliche Unterrichtsminister Stürgkh verpflichtet unsere Volksschulen. Unter der Regierung, die die deutschfreiherrlichen Parteien stützen, herrscht der schwärzeste Klerikalismus wieder in Österreich.

Im Kampfe gegen diese volksfeindliche Regierung und ihre Mehrheit mußten wir aber auch die bürgerlichen Gegner dieser Regierung bekämpfen. Unsere Opposition ist wesensverschieden von der Opposition der Slavischen Union. Wir sind grundsätzlich Gegner der Regierung des kapitalistischen Militärstaates; die Parteien der Slavischen Union haben kein anderes Ziel, als Stützen und Mitschulde dieser Regierung zu werden, und sie stellen nur die eine Bedingung, daß zwei oder drei von ihnen mit dem Ministerstab geschmückt werden. Wir wollen die Macht des Parlaments gegen die Regierung der Kamarilla und des Generalstabes stärken; die Slavische Union hat das Parlament durch ihre Obstruktion zerstört und dadurch der Kamarilla und dem Generalstab alle Macht ausgeliefert. Im Kampfe gegen die Regierung haben wir zugleich den Kampf gegen die Obstruktion, den

#### Kampf für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments

geführt. So erbittert die bürgerlichen Deutschen und Tschechen, Polen und Ruthenen, Südländer und Italiener gegeneinander gekämpft haben um den Anteil an der Macht, um Ministerwürden und Beamtenstellen, so einig waren sie, wenn es galt, die Forderungen der Arbeiter niederschlagen. Im Kampfe gegen die Arbeiter bilden alle bürgerlichen Parteien

#### eine einzige reaktionäre Masse.

Dreimal haben wir vom Parlament wirksame Maßregeln gegen die Lebensmittelvererung gefordert — Maßregeln, deren Durchführung das Glück der Volksmassen lindern, die Ergiebigkeit unserer Landwirtschaft im Interesse des armen Landvolkes steigern sollte. Über alle unsere Anträge wurden von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Sie haben niedergestimmt die Anträge Schrammel-Wenner am 28. November 1907, niedergestimmt den Antrag Hanusch am 29. Oktober 1909, niedergestimmt die Anträge Neumann-David am 1. Dezember 1910.

Eine Reihe wichtiger sozialpolitischer Forderungen haben wir dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Über auch sie wurden von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt.

Wir haben die Herabsetzung des gesetzlichen Maximalarbeitsstages zunächst auf zehn, dann schrittweise auf neun und acht Stunden gefordert — die bürgerlichen Parteien haben diesen Antrag am 19. April 1910 abgelehnt. Wir haben den Achtstundentag für die ununterbrochenen Betriebe verlangt — die bürgerlichen Parteien haben unseren Antrag am 31. Jänner 1911 abgelehnt. Wir haben ein Schuhgesetz für die Bäcker eingefordert — die bürgerlichen Parteien haben es am 1. März 1910 niedergestimmt. Wir haben die Abschaffung des Arbeitsbuches beantragt — die bürgerlichen Parteien haben unseren Antrag am 2. Juni 1910 abgelehnt. Wir haben die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner, der Postbediensteten, der Staatsdiener gefordert — die bürgerlichen Parteien haben unsere Anträge am 26. Juni 1908 und am 21. Juni 1910 niedergestimmt. Zwanzig Millionen für die Eisenbahner — dazu hat der Staat kein Geld; dreihundertzwei Millionen für Kriegsschiffe — dazu ist Geld genug in den Staatsklassen!

Für die wichtigsten Kulturaufgaben hat der Staat keine Mittel. Die Schulen verkommen, die notwendigsten Eisenbahnbauteile werden verschleppt, die Wasserstraßen werden nicht gebaut. Alles verschlingt der Militarismus!

Einer feindlichen Regierung, einer feindlichen Mehrheit gegenüber mußten wir in dem immer wieder von der Obstruktion bedrohten Hause

#### unsere Arbeit

verrichten. Dem bürgerlichen Parlament für die Arbeiterklasse abzuringen, was es sich abringen läßt, war unsere Aufgabe. Ganz erfolglos sind unsere Bemühungen trotz aller Hindernisse nicht geblieben.

Eine Reihe nützlicher Gesetze, die wir angeregt und an denen wir mitgearbeitet haben, hat der Reichsrat bereits geschaffen. So vor allem das Gesetz über die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds, der Gemeinden und Haushaltsgesellschaften billigen Kredit zur Errichtung von Volkswohnungen gewähren wird; das Gesetz über das Verbot der Nacharbeit der Frauen; das Phosphorgeetz, durch das die Arbeiter der Bündwarenindustrie gegen die furchtbareste aller Gewerbelasten geschützt werden; das Handlungsgesetz, das die Rechtsverhältnisse einer zahlreichen Arbeiterschicht wesentlich verbessert hat; das Ladenabschlußgesetz, das vielen Tausenden schwer arbeitenden Menschen eine Stunde mehr Ruhe verschafft hat; das Staatsdienergesetz, durch das die Bezüge einiger Kategorien von Staatsdienern und Unterbeamten erhöht wurden; das Gesetz über die Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten; das Gesetz über die Unterhaltsbeiträge für die Reserveisten und Erfahrenisten, durch das die Familien der zu Waffenübungen einberufenen Staatsbürger wenigstens gegen das furchtbare Elend geschützt werden; die Strafgesetznovelle, die die Härten des veralteten Strafgesetzes gemildert hat. Erwähnen wir noch die Ausgestaltung der Gewerbe-Inspektion, die Verordnungen über den Schutz der Arbeiter gegen Bleivergiftungen, die Abschaffung der Waffenübungen im ersten und zweiten Dienstjahr, so dürfen wir wohl sagen, daß unsere Arbeit trotz aller Hemmnisse nicht ganz erfolglos geblieben ist.

Das Abgeordnetenhaus hat über unseren Antrag noch eine Reihe weiterer Gesetze beschlossen, die aber an dem

#### Widerstand des Herrenhauses

gescheitert sind. Die wichtigsten unter diesen Gesetzen waren: das Kontraktbruchgesetz, das Gesetz über die Unfallversicherung der Bauarbeiter und die Herabsetzung der Brudersteuer um acht Heller für das Kilogramm. Um diese Erfolge unserer Arbeit hat uns das Herrenhaus gebracht, in dem sich der Widerstand des Großkapitals und des Großarbeitsbesitzes gegen uns vereinigt. Auch die von uns beantragte Vereinse

gesetznovelle, die den Frauen das politische Vereinrecht geben sollte, war vom Abgeordnetenhaus bereits beschlossen; das Herrenhaus hatte sie noch nicht beraten, als die Auflösung des Reichsrates aller Arbeit ein Ende mache.

Viele andere Gesetze, an denen wir mitgearbeitet haben, waren bereits

### in den Ausschüssen

fertiggestellt, als das Haus aufgelöst wurde. So vor allem die große Vorlage über die Sozialversicherung, die nach zweijähriger mühevoller Arbeit vollständig durchberaten war und binnen wenigen Wochen vom Abgeordnetenhaus hätte beschlossen, binnen wenigen Monaten hätte in Kraft gesetzt werden können, wenn die Regierung das Haus nicht aufgelöst hätte; dann das Gesetz über das Verbot der Machtarbeit der Frauen und der Beschäftigung von Kindern im Bergbau; das Gesetz über die Lohnzahlungsfristen für die Bergarbeiter; das Gesetz über die Dienstvoraussetzung der Staatsbeamten und Staatsdienner; das Preßgesetz, das die Kolportage freigeben und die Konfiskationen abschaffen sollte. Weitere Gesetze wurden in den Ausschüssen vorbereitet: so die Berggesetznovelle, die dem Kohlenwucher Schranken setzen sollte; das Gesetz über die Kranken- und Unfallversicherung der Seelenleute; das Gesetz über die Regelung der Heimarbeit; das Volksehrenrecht, das vielen erwerbsarmen Teilen des Reiches die längst ersehnte Bahnverbindung bringen sollte. Das Ergebnis dieser Arbeiten wurde durch die Auflösung vernichtet. Das neue Haus wird alle diese Arbeiten von neuem anfangen müssen. Ein Werk der Verstörung hat die Regierung durch die Auflösung des Reichsrates vollbracht.

Es ist kein Zufall, daß die Regierung das Haus gerade in dem Augenblick aufgelöst hat, in dem der Unterausschuss die Beratung der

### Sozialversicherung

beendet hatte. Seit dem November 1908 haben wir an der Beratung dieses Gesetzes gearbeitet und jetzt — da es endlich vollendet ist und geborgen werden

sollte — löst die Regierung das Parlament auf! Die Regierung hat kein Geld für unsere Kreise und unsere Krüppel, unsere Witwen und unsere Waisen — Geld hat sie nur für Dreadnoughts und Steuern braucht sie nur für Kasernen, für Kanonen, für Kriegsschiffe.

### Wähler!

Im Bewußtsein, unsere Pflicht getan zu haben, legen wir unser Amt in eure Hände zurück. Wenn das Ergebnis unserer Arbeit geringer war, als es hätte sein sollen, trägt die Schuld daran die Regierung, der das Parlament nichts anderes als eine Bewilligungsmaschine für den Militarismus ist; Schuld tragen die bürgerlichen Parteien, die unsere Anträge niedergestimmt, die die volksfeindliche Regierung unterstützen, die durch die Bewilligung der Militärausgaben der schärfsten sozialpolitischen Arbeit alle Mittel entzogen haben; Schuld trägt der Nationalismus von links und rechts, der Nationalismus aller Nationen, der das Parlament zerstört, der es zu einer Stätte volksfeindlicher Lügen und Ränke erniedrigt hat, der es nie hat zu ernster sozialer Arbeit kommen lassen.

Eure Sache ist es nun, zu richten — sorgt dafür, daß das zweite Parlament des gleichen Wahlrechtes besser werde, als das erste gewesen ist!

Gegen die Regierung Bienerth!

Gegen die Verfassungsbrecher!

Gegen Dreadnoughts und Dreadnoughtsteuern!

Gegen Regierungsknechte und Ministerstreber!

Gegen die Lebensmittelsteuerung und den Wohnungswucher!

Es lebe die Sozialdemokratie!

## Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat.

### Parlamentsauflösung.

Der Nationalismus hat das das erste Volksparlament, das in den Mai tagen 1907 gewählt wurde, umgebracht. Die neue Form des Parlamentarismus war in Österreich in den vier Jahren ihres Bestandes den höchsten Belastungsproben ausgesetzt. Aber erst dem Komplote des Nationalismus mit der Regierungsfähigkeit ist es gelungen, dem Hause den Todesstoß zu verleihen. Am 30. März wurde das Volkshaus aufgelöst. Wir stehen also bereits mitte in einem neuen Wahlkampf.

Dieses Ereignis kann am allerwenigsten den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gleichgültig sein. War doch das erste Haus, ist doch der neue Parlamentarismus mit ihr Werk. Sie haben ja ihre Freiheit, ihre Kräfte dem Kampfe um Erringung eines demokratischen Wahlrechtes geopfert; sie wurden durch die Auflösung, durch die ebenso vorzeitige wie überflüssige Auflösung in ihren Erwartungen und berechtigten Hoffnungen betrogen und getäuscht. Dieses Empfinden soll und darf im bevorstehenden Kampfe von keinem unserer Brüder und Klassengenossen übersehen werden. Ihm gebührt im Kampfe gegen die verräterischen bürgerlichen Parteien das erste Wort.

Sozialpolitische Dinge haben wir vom Parlament gefordert; mit Ungestüm und wachsender Ungeduld hat die Arbeiterschaft die Verwirklichung der Sozialversicherung herbeigesehnt; eine ungeheure Zahl sozialpolitischer Anträge haben in Übereinstimmung mit den Wünschen, mit den jahrzehntelang zurückgehaltenen Wünschen die sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht. Millionenbewilligungen für den Moloch, das war das Echo, das ihnen aus dem bürgerlichen und Regierungslager entgegengesetzt.

Teuerung und Arbeitslosigkeit mit ihren Folgeerscheinungen rießen nach Abhilfe; sie fanden in den sozialdemokratischen Abgeordneten dienstfertige und breite Anwälte. Aber in der finanzministeriellen Erscheinungen Flucht blieb der berüchtigte Finanzplan mit seinen neuen indirekten Steuern der einzige bleibende Punkt. Und die bürgerliche Mehrheit hat auch da pflichtgemäß die Staatsnotwendigkeit herausgefühlt und ihr den Vorzug vor den Wünschen des Volkes gegeben.

Mit dem immer näher rückenden Ablauf der Mandatsdauer — das zweite Drittel der Zeit wäre jetzt im Mai voll geworden — wuchsen auch die Gedanken in den mandatsfreudigen Herren. Zwei Seelen, ach, wohnten auch da in einer Brust. Die erste gebot ihnen alles für den Staat, die zweite alles für die Wähler zu tun. Sie hätten gerne dem Staat Millionen bewilligt; sie wissen ja, daß sie es nicht ohne Nutzen für ihr Klasseninteresse täten. Aber die bösen Wähler, die auf die erste beste Gelegenheit lauern, um den Abgeordneten zu sagen, wie sehr verschiedene Dinge Staats- und Volksinteresse sind, hindern sie daran, das arbeitende Volk ist dank der sozialdemokratischen Erziehung, dank dem eigenen Klassenbewußtsein schon längst dahinter gekommen, daß der jetzige Staat der Staat der bürgerlichen Klassen, der Staat für die bürgerlichen Klassen ist. Aber die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien nehmen dies erst dann wahr, wenn sie in die höchst unangenehme Lage kommen, zwischen Staat und Volk zu wählen. Dann entsteht in ihren Reihen große Unsicherheit, sie fangen an zu zögern, sie verlieren den Mut für Finanzplan, Anleihen und neue Steuern zu stimmen. Und da beginnt die Tragödie des ersten Volkshauses.

Vier Jahre lang hat man sich immer nur mit Staatsnotwendigkeiten beschäftigt — so nennt man nämlich die Regierungswünsche — und lehnte alles ab, was der Arbeiterschaft dienen sollte. Sogar in Kleinlichkeiten hat sich der arbeiterfeindliche Zug geäußert; wir erinnern an die Angelegenheit mit dem Arbeitsbuch und andere ähnliche. Das Volkshaus wurde durch die Tatzen einer bürgerlichen Mehrheit zum Hass gegen das Volk.

Nun ist dies Haus aufgelöst worden. Es war trotz allem besser als der Ruf, den es in den höheren Klassen genoss. Man darf nicht übersehen, daß die Herrschaften alles daran gesetzt haben, um zu beweisen, daß man mit einem demokratisch gewählten Hause nicht arbeiten kann. Aber es waren nicht Eigenheiten der Demokratie, es waren nicht Eigenheiten des Volkshauses allein, die ihm die Arbeiten unmöglich machen. Vier Obstruktionen hat das Haus über sich ergehen lassen müssen, vier Obstruktionen insgesamt vom Nationalismus hervorgerufen und getragen. Gerade die Obstruktionen haben bewiesen, daß auch im Volkshaus ungemein viel Österreich steht. Die Entwicklung macht keine Sprünge. Aufgabe der Wähler es aber nun, in diesem Wahlkampf die Reste des früheren Parlamentarismus zu beseitigen.

Die gewerkschaftlich organisierte, Klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich an dieser Reinigung des Parlaments mit dem größten Fleiß beteiligen. Denn diese nationalen Herren sind es auch, welche allen den sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft entgegneten. Diese Herren, welche die Herüberrettung des bürgerlichen Nationalismus darstellen, welche in ihrer ewigen Ministerportefeuille-Lüsternheit, in ihrer kindischen Eifersucht, daß ja kein nationaler "Gegner" Minister werde, das Haus bedroht haben, haben sich auch immer als Feinde der Arbeiterschaft erwiesen.

Sozialversicherung, Koalitionsrecht, Arbeitsbuch, Kontraktbruch und unzählige weitere, durchaus dringliche sozialpolitische Forderungen der Arbeiterschaft wie sie auch der lezte Gewerkschaftscongres aufzählte, sind unerledigt geblieben. Das Klasseninteresse gebietet uns, daß wir uns nunmehr mit allem Eifer und Feuer in den Wahlkampf stürzen, daß wir, eingedenk des Beschlusses unseres Gewerkschaftskongresses — das Interesse der Arbeiterschaft mit Entschiedenheit zur Geltung bringen. Jetzt gilt es, die Säumigen in unseren Reihen zu wecken und zum großen Kampf bereitzuhalten.

Gewerkschaftsbewegung und Politik werden ihre enge Zusammengehörigkeit in diesen Wochen der Wahlagitation vor aller Welt darlegen. Die Gewerkschaften müssen Wert darauf legen, daß ihnen ein starkes, wirkliches Volksparlament zur Seite stehe. Denn in einem Lande mit so gewaltigen unorganisierten Gebieten wie wir sie in Österreich haben, hat die Gesetzgebung für die Ausschaltung der Arbeitsbedingungen eine weit größere Bedeutung, als in Ländern mit mächtigen Organisationen.

Die Arbeiterschaft sieht schweren Kämpfen entgegen. Man hat im ersten Volksparlament zu sehr ihre Macht lernen gelernt, deswegen bereitete man allseits ein gemeinsames Vorgehen gegen sie vor. Die bürgerlichen Parteien "wollten" wahrscheinlich die letzte Zeit der Mandatsdauer zu volksfreundlicher Arbeit gebrauchen. Da wäre erst die ganze Demagogie zur Geltung gekommen, die Klassengegensätze hätte man zu verhüllen versucht. Die Auflösung kam zu bald.

So wird denn der Klassengegensatz enthalten und verschärft durch Verabredungen im Wahlkampf gegen die Arbeiterschaft. Der diesmalige Wahlkampf wird ein ganz scharf ausgeprägter Klassenkampf sein.

Um so berechtigter ist die Hoffnung, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ihren Platz in diesem Kampfe einnehmen wird. In den vordersten Reihen!

Sie wird agitatorisch tätig sein. Und wenn sie ihren organisierten Brüdern nur aus der Geschichte der Enttäuschungen und Uebelkeiten, die ihr die bürgerlichen Parteien zufügten, erzählen wird, muß das eine wertvolle Agitation werden. Trachten wir aber alle Klassengenossen für die weiteren Kämpfe, die uns bevorstehen, zu gewinnen, dann muß helle Begeisterung auf allen Linien, von Werkstatt zu Werkstatt hinüberschreiten und der Arbeiterschaft das Lösungswort zeigen:

Gegen die bürgerlichen Parteien! Für die Sozialdemokratie!

### Koalitionsrecht und Erpressungsparagraph.

Den österreichischen Scharfmachern ist dieser Tag durch ein richterliches Urteil Genugtuung geworden. Seit den Tagen, da die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage führen, sind die Klagen über den Terrorismus immer lebhafter geworden, und die Beschlüsse auf den Versammlungen der Industriellen- und Meistervereine haben wiederholt gezeigt, daß den Herren jede Koalitionsfreiheit und jede daraus folgende Handlung, die sich nicht strafrechtlich fassen läßt, ein Greuel ist. Bei dieser Gelegenheit muß vielleicht auch daran erinnert werden, daß es noch gar nicht lange her ist, daß eine der bekanntesten Arbeitervereinigungen den von vielen Seiten geäußerten Wünschen nach einer Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen über Streitvergehen in einem Rundschreiben darauf hinwies, daß es besser und einfacher sei, "wenn im Wege der Verwaltung und der Rechtsprechung den Interessen der Unternehmerschaft entsprechend Rechnung getragen werde".

Zur Erfüllung solcher Wünsche, die in allen ihren Konsequenzen nicht misszudeuten sind, wäre nun in den jüngsten Tagen ein Anfang gemacht worden. In Wien ist nämlich der Arbeiter Franz Hochholz zu sechs Wochen schweren Kerkers verurteilt worden, weil er als Vertrauensmann in einer Werkstatt, in der ausnahmslos nur organisierte Kollegen beschäftigt waren, einen neueintretenden, der Organisation nicht angehörenden Arbeiter zum Beitritt bewegen wollte, welche Zumutung dieser beharrlich zurückwies. Es geschah also auf Grund dieses Vorlasses das, was in Betrieben, wo man es mit organisierten Arbeitern zu tun hat, in der Regel zu geschehen pflegt: die Arbeiter erläutern, mit einem Menschen, der von vornherein jedes solidarische Prinzip negiert, nicht zusammen arbeiten zu wollen, was natürlich den Unternehmer bewog, den Störenfried aus seiner Werkstatt wieder zu entlassen. In diesem harmlosen Vorfall, der sich, wie man zugeben wird, in einer Zeit der Interessenkämpfe immer wieder wiederholen wird — stand nun das Gericht den Tatbestand der Erpressung und verurteilte den Vertrauensmann, der weiter nichts getan hatte, als seine gewerkschaftliche Pflicht erfüllt, zu der schon erwähnten Strafe. So wird also der Mann, der aus rein idealen Beweggründen eine soziale Pflicht und eine Ehrenpflicht vom Standpunkt seiner Klasse erfüllte, zu einem "gemeinen Verbrecher" von Rechts wegen!

Es unterliegt hier keinem Zweifel, daß das Urteil, von seinen rein sozialen Seiten abgesehen, sich nicht einmal rein formal vom Standpunkt des Gesetzes rechtfertigen läßt. Es fehlt vor allem das unerlässliche Merkmal, das der Expressionsparagraph unseres Strafgesetzes für den strafbaren Tatbestand voraussetzt: die Drohung — wenn in dem vorliegenden Falle überhaupt von einer solchen geredet werden konnte — mußte gegen das Eigentum des "Bedrohten" gerichtet sein. Das Eigentum, die Arbeitskraft, aber sollte gerade geschützt werden, indem man dem Nichtorganisierten nahelegte, daß der Bruch der Solidarität, den zu begegnen er sich anschickte, eine Gefahr für jene Arbeitsbedingungen in sich schließt, die durch die Organisierten mühsam erobert wurden. Und ganz abgesehen, daß eine "Drohung" überhaupt nicht vorliegt, wenn jemand erklärt, mit einem andern nicht zusammen arbeiten zu wollen, sieht es auch gar zu sonderbar aus, daß gerade in diesem Falle die Arbeitsschafft als "Eigentum" geschützt werden sollte, die doch sonst in unserer ganzen Gesetzgebung nichts diesen rechtlichen Schutz genießt. Sie ist begriffliche Substanz, nicht aber Eigentum, wie es unter dem Schutz des gemeinen Strafrechtes steht.

Der Fall selbst geht aber weit über die rein juristische Betrachtungsweise hinaus. Es ist unseres Wissens in Österreich das erste Mal, daß man das Nichtzusammenarbeiten mit Unorganisierten oder Streikbrechern als strafrechtlich zu ahndende Expressionsung qualifiziert, wenn dadurch die Entlassung des Betreffenden herbeigeführt wurde. Daz ein solcher Versuch, wenn er als allgemein gültige Sprachpraxis durchgreifen würde, den ganzen Bestand unserer befreiden Koalitionsfreiheit gefährden müßte, unterliegt, wenn man ein wenig näher zusieht, keinem Zweifel. Jede Koalition und jede gemeinschaftliche Aktion, die zur Durchsetzung bestimmter gesetzlich erlaubter Ziele unternommen wird, beruht wenigstens dort, wo den Koalierten nicht bestimmte wirtschaftliche Mittel zu Gebote stehen, auf dem rein solidarischen Empfinden, auf dem Gemeinschaftsgeist, der das einzige Mittel ist, die Koalition zusammenzuhalten. Standesehr und Standesbewußtsein, was bei den höheren Klassen zumeist sich in überlieferter und durch keine sozialen Notwendigkeiten längst nicht mehr bedingten Auffassungen fundiert, ist bei der Arbeiterklasse jener Geist, der aus dem klassenmäßig ausgeprägten Gefühl herauswächst, daß der Schutz bestimmter wirtschaftlicher und beruflicher Interessen nur in der Gemeinschaft, als die sich eben die Organisation darstellt, möglich ist. Und auf dieser durch die wirtschaftliche Notwendigkeit dictierten Erkenntnis gründet sich für den Arbeiter seine Standesehr, die Pflicht, unter allen Umständen sich der Organisation anzuschließen und diese nirgends zu verlassen. Eine Verlegung dieser idealen Solidaritätsgrundlage aber ist es, wenn jemand mit seinen Klassengenossen zusammen arbeiten und sich in den Genuss der von diesen gemeinschaftlich erungenen Vorteile sezen will, sich aber sonst von deren Gemeinschaft ausschließt und deren Gefühle gräßlich verlebt. Und gegen den Bruch solcher elementarer Gemeinschaftspflichten steht der Arbeiterschaft nur das Mittel der sozialen Rechtung zu Gebote, das ebenso erlaubt sein muß, wie es im gesellschaftlichen Leben

anstandslos gestattet ist, sich mit jemand nicht an einen Tisch zu setzen, den man aus irgendeinem Grunde verabscheut.

Wer aber auch ein wenig Kenntnis von den Erscheinungen hat, die unsere sich stets verschärfenden sozialen Interessenkämpfe hervorbringen, der weiß auch zu gut, daß die Mittel im sozialen Kampfe, die heute längst von den Unternehmern gehandhabt werden, weit schärfer und materiell einschneidender sind als das, wofür ein Vertrauensmann der Arbeiter für sechs Wochen in den Kerker wandert. Ledermann, der auf sozialpolitischem Gebiet bewandert ist, hat wohl schon wiederholt von der Materialsperrre gehört, wie sie von den Unternehmerverbänden angewendet wird, um Leute aus ihren Kreisen, die sich solidarischer Aktionen entziehen, zu winningen, die Koalition und deren Bedingungen anzuerkennen. So wissen wir gerade aus den letzten Kämpfen der Bauarbeiter, daß Bauherren — die sich nicht bedingungslos für die in letzter Zeit so beliebten Aussperrungspläne hergeben wollten, einfach keine Baumaterialien erhielten und so bei der Strafe des wirtschaftlichen Ruins gezwungen wurden, auch dort Solidarität zu üben, wo sie ihrer besseren sozialen Einsicht widersprach. Ganz offen schrieb vor einigen Jahren die deutsche "Baugewerkszeitung", es sei nötig, daß dort, wo einzelne Bauherren sich den Verbandsbedingungen nicht fügen, "mit den schärfsten Mitteln, wie Materialsperrren u. s. w. vorgegangen werde".

Und überall dort, wo die wirtschaftliche Entwicklung dazu führt, daß die Kartelle sich gegenseitig in die Hände arbeiten, gehört der Abbau aller geschäftlichen Verbindungen zu den selbstverständlichen Waffen, die man gegen die außerhalb der Organisation stehenden Unternehmer mit brutaler Schärfe verwendet.

So sehr sich nun die Anwendung solcher Mittel grundätzlich von jenen unterscheidet, die die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen zur Verfügung hat, so haben gerade wir niemals den Vorwurf des "Terrors" zuerst gegen die Arbeitgeber erhoben. Und gerade deshalb muß gegen den Versuch, die Rechtsprechung nur gegen die Arbeiter zu mobilisieren, aufs schärfste protestiert werden, wo es den Unternehmern straflos erlaubt ist, das Kampfmittel des wirtschaftlichen Ruins ungeschickt anwenden zu dürfen. Die Gleichheit vor den Gesetzen sieht gar zu schlecht aus, wo den wirtschaftlich Starken erlaubt ist, was beim wirtschaftlich Schwachen zum strafwürdigen Verbrechen wird. Was wir verlangen, ist, daß die Jurisprudenz nicht als weltformende Wissenschaft die sozialen Notwendigkeiten ignoriert und an den Tatsachen des Lebens mit verschlossenen Augen vorübergeht. Das Koalitionsrecht der Arbeiter mit dem Expressionsparagraphen erdrosseln zu wollen, aber wäre mehr als das. Es hieße ein Ausnahmestrecht schaffen, daß die Klassenkämpfe zu ungeahnten Formen verschärft werden müßte.

**Gelesene Nummer des "Eisenbahner" wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.**

war er so hurtig im Dienst. Er mußte wohl, daß es für ihn nichts zu erreichen gab, gar nichts. Wie die Verhältnisse damals lagen, kaum eine definitive Feststellung. Aus "Zugübermut" war er so dienststätig, aus jugendlichem Kräfteüberschwang. Ein Genuss schien dem trastochenden Jüngling der anstrengende "Verdienst" zu sein, er spielte seinen Dienst herunter mit der Unbefangenheit eines ständigen Knaben, dem die "Frigigkeit" Selbstverständ geworden ist. So ein Mensch war er. Und von den Beamten war keiner, der den Übermütigen gewarnt hätte. Was hat auch der Dienst mit der Menschlichkeit zu tun? Die "flaglose Abwicklung des Verkehrs" ist am Ende für so einen jungen Verkehrsbeamten doch die Hauptfache und der liebe Egoismus hat auch mitzureden. So hüteten sie sich wohl, den jungen Wielander zu zügeln, der ihnen so schön die "verfluchten Hundertächer" zur Zeit aus der Station brachte. Wie? — das ist seine Sache. Und dann: "Es wird ja schon nichts passieren!"

Und es passierte doch einmal!

Frühherbst war's, abends... Ein langweiliger Stationsabend... Frei waren alle Geleise und gar nichts Besonderes los. Eben war der alte Nachtwächter mit Pfeife und Hund erschienen, um nach der Abfahrt des letzten Lokalzuges seinen Dienst anzutreten. Zwar nicht so ganz plötzlich, denn vor diesem Dienstantritt fanden sich Vater und Sohn immer noch zu einem Plauderviertelstündchen in der kleinen Stationsfantine zusammen. So auch heute wie alle Tage.

Heute trat der Verkehrsbeamte aus seinem Dienstraum und sogte lässig-lameradschaftlich, aber natürlich immer doch mit dem leisen Oberton von Obenherrigkeit, den so ein junger Stationsbeamter ja natürlich nie und nimmer unterdrücken darf, zum Verschieber Wielander: "Schau'n m'r, daß wir den Bierziger' samm'stellen. Nehmen S' die drei 'Dritten' von der 'Geschen' und die zwei 'A-B-Klassen' von der 'Fünften'!"

Das war nun etwas ganz Gewöhnliches, etwas durchaus Ungefährliches, so einen lumpigen Lokalzug zu rangieren, und der junge Verschieber hatte das wohl schon einige tausendmal getan. Und doch geschah gerade dabei das Gräßliche!

Schon schoß die "Kaffeemühle" 400 die zwei "A-B" auf die übrige Garnitur los, Wielander stand auf dem Laufbrett des ersten Wagens und jetzt gab er mit Signalpfeife und roter Fahne dem Maschinisten das Zeichen zum langsamem Anfahren.

## Bur Frage der Einfamilienhäuser\*).

Der Vorstand der Genossenschaft für Einfamilienhäuser hat auf Grund der zwei erschienenen Artikel, die überaus sachlich gehalten waren, sich nicht versagen können, eine Versammlung einzuberufen, in welcher gegen die Auffassungen des Artikelbeschreibers, denen sich übrigens auch der Centralausschuß zuneigte, protestiert worden ist. Das Ergebnis dieser Versammlung dürfte den Herrn Obmann v. Bonczak wohl nicht sehr bestreitigt haben, weshalb er noch die Nummer 3 vom 20. März I. J. der Mitteilungen der E. V. G. von der ersten bis zur letzten Seite überflüssigerweise damit füllt. Mit der Art, wie dies geschehen ist, wollen wir gar nicht richten. Aber immerhin kann man aus dieser Sprache und Gegenargumenten Schlüsse ziehen, die hinreichen dürften, jenen Genossenschaftern, die bei uns organisiert sind, die Augen zu öffnen, wohin der Kurs geht.

In dem ersten Leitartikel, in dem sich der Herr Obmann v. Bonczak ausschließlich mit den Einwendungen des Genossen Müller beschäftigt, wird noch die Sprache der Gebildeten gewählt. Man ging offenbar von dem Grundsatz aus: Wenn man im Anfang lobt, kann man zum Schluss desto mehr tadeln, um dadurch der Polemik den Anstrich geben, als wäre diese Art das Resultat der neutralen Entrüstung. Die Beweisführung — das müssen wir schon sagen — hat sich Herr v. Bonczak ungemein leicht gemacht denn er blieb sie in ihrer Gänze schuldig. Diese leichte und seichte Auffassung in eigener Sache scheint überhaupt eine Art Prinzip in dieser Genossenschaft zu sein, denn sonst könnte man es unmöglich zuwege bringen, die unfertigsten Thesen und ungelieste Probleme den Mitgliedern als eine fertige und unbestrittene Tatsache vorzutragen.

Was aber den zweiten Aufsatz anbelangt, der mit der Überschrift: "Der erste Erfolg" versehen ist, so ist er ein Heftartikel, wie wir alltäglich Gelegenheit haben, ihn in der "Ostdeutschen Rundschau" zu lesen. Wie sie mit Dr. Bach, dem Verfasser des Artikels, im Verbandsorgan der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der gleichfalls warnend entgegnet, umspringen, wollen wir keine Notiz nehmen, daß werden sich die Herren schon untereinander ausmachen. Dagegen müssen wir schon gegen die Art, mit welcher sie die Ausführungen des Genossen Wulovits aus Gloggnitz behandeln, Einspruch erheben.

Wir haben die Frage der Einfamilienhäuser von dem Standpunkt eines Problems aus behandelt und sind dabei von der Auffassung ausgegangen, daß die Frage der Erhebung von solchen Häusern mit Rücksicht auf das Fehlen einer Reihe von gesetzgeberischen Voraussetzungen, kaum möglich ist, und wenn dieselbe sich im geringen Umfang teilweise ausführen ließe, die Genossenschaft keine billigeren Wohnungen bekommen, sondern bedeutend teurer wohnen würden, als wie dies in Privatwohnungen trotz der Teuerung der Hall ist. Diese unsere Ansicht wurde durch viele Zeitschriften unserer Genossen als auch von Leuten, die auf diesem Gebiet Fachmänner sind, vollkommen geteilt und als richtig anerkannt. Wir hatten durchaus nicht die Absicht, aus irgendeinem Anlaß gegen diese Genossenschaft vorzugehen und unsere Auffassungen, die wir jedesmal mit Beispielen belegen, haben wir nur zu dem Zweck niedergelegt, um unsere Meinung über dieses ungelöste Problem darzutun. Von "mashlosen Angriffen", wie der Vorstand der Genossenschaft in der Versammlung, in dem dazu gehörigen Einladungen und in Artikeln spricht und schreibt, konnte keine Rede sein, und wenn die Herren nicht aus Parteigegensatz blind wären, hätten sie doch von selbst daraufkommen müssen, daß unsere Absicht lediglich

\* Siehe die Artikel in den Nummern 7, 8 und 9 des "Eisenbahner".

Der Vater saß auf der Perronbank, sah, wie der Sohn absprang, die rote Signalfahne schwangend zur Seite des Puffers eiherschritt; jetzt mußte er "nach Vorschrift" abwarten, bis sich die Puffer der zu kuppelnden Wagen berührten, dann sich bücken, zwischen die Wagen eintreten und mit witsbelndem Schwunge die Kuppelschrauben binden.

Aber es kam anders. Wie hätte er auch im Dröhnen und Rößen der Nader, im Pfeifen und Pusten der Verschublokomotiven, im Donnern und Schmettern der einanderprallenden Wagen das "Abwarten" lernen sollen? Wie hätte er "bis zum völligen Stillstand der zu kuppelnden Wagen" warten können, solen im Hafen des Rangierdienstes, wobei jedoch alles immer noch viel zu langsam ging. Niemand hatte ihm das gesagt, das stand ja nur in dem gedruckten Buche, das da drüben verstaubt und vergilbt irgendwo in der Kanzlei lag. So sprang er zwischen die sich langsam nährenden Puffer genau so, wie er es schon viertausendmal getan hatte, viertausendmal bei viel hastiger Arbeit, bei viel schnellerer Wagenbewegung, in viel gefährlicherer Lage. Und gerade dieses war er zu langsam eingetreten, zu spät gesprungen. Um ein Zehntel einer Sekunde, oder weniger nur zu spät, aber so einer Zehntelsekunde hängen Leben und Sterben für die kleinen Leute vom Flügelrad, und auch der junge Wielander mußte daran glauben.

Statt des leisen Klirrens der aneinander gedrängten Puffer gelte ein entsetzlicher Schrei über den einsamen Stationsplatz: zwischen den Puffern krümmte sich ein Menschlein. Ein Blutstrom nach dem andern schoß aus dem Munde des jungen Mannes, der da zwischen fühlloses Eisen geprägt brüllend zwischen den Wagen hing.

Der graue Alte stürzte hinz. Mit zitternden Händen zerrte er an den krampfzuckenden Armen, aber das Erz ließ nicht los; mit seinen schwachen, gebogenen Schultern stemmte er sich gegen die Wagen, aber die schweren Massen standen steif und starr. Der junge Beamte stürzte aus der Kanzlei, bleich bis über die Lippen, rang die Hände und schrie: "Maschine vorsiehen!" Maschine vorsiehen! Da stand dies alte, schlechte Vieh auf dem "toten Punkt" und rührte und regte sich nicht. "Erschieß mich!" kreischte der Gemarterte. Seine Kameraden traten wortlos, wie auf Kommando, alle auf einmal an die Wagen. "Ho — Rudd! Hoo — Rudd! Hoo Rudd!" Eine feste wilde Entschlossenheit lag in ihren Blicken. Mit äußerster

## Feuilleton.

### Der eiserne Tod.

Eine wahre Geschichte für tausend andere von Otto Avenig. Schipperl, Pfeife und Wielander gehörten zusammen wie die heilige Dreifaltigkeit und das ganze hieß: "Nachtwächter."

Das war ein altherwürdiges Stationsfaktotum, dieser alte Wielander mit seinem Schipperl und seiner Pfeife. Er war es, der den verschlafenen Verkehrsbeamten in der Nacht wachte und ihm meldete, daß der Zug 1046 schon lange vor dem Semaphor pfeife; er war es, der den Nachtwächter durch kräftiges Poltern an der Kanzletür zum ersten Morgenzug wachte; er war es, der gutmütig und kinderfreudlich die Bahnhofsjugend verstoßen in die geheimnisvollen Winkel des dunklen Heizhauses einführte; er ließ der jungen Schar wohl einmal seine Vaterne und ließ sie auf einem Stodgeleise mit ausrangierten Bahnwägeln "Verkehr" spielen, ja er schnitt "seinen" Bahnhofskindern sogar Holzstücke, wenn sie gerade, gewöhnlich nach einem gräßeren Truppentransport, der Militärlöcher gepackt hatte, und so war der alte Wielander der ganzen Station ein äußerst notwendiger und lieber Freund.

Wielander hatte einen Sohn. Der war Verschieber. War der greise Vater verknorrt und grau wie eine alte Weitereiche, so war sein Sohn jung, frisch und schlank wie eine Tanne. Der war der "schneidigste" von den Verschiebern der ersten Partie. Wie eine Eidechse huschte er von Garnitur zu Garnitur, von Kuppelung zu Kuppelung. Rosteten auch die Wagen mit der Hasel des verbotenen "seirischen Schubs" — der junge Wielander sprang dazwischen, kuppelte und trennte und war wie der Blitz heraus aus — dem rollenden Tod. Das ist ja natürlich alles verboten, aber wehe dem Bediensteten, der sich streng an die Instruktion halten wollte! Damals wie heute: öffentliche Unmoral gestattet es unseren Schnellzügen, ihre Fahrgäste zu halten, öffentliche Unmoral allein macht es unseren Güterzügen möglich, halbwegs rechtzeitig die Städte zu appronisieren, denn ginge es nach der "Vorschrift", so könnten sie nicht so rasch abgefertigt werden. Aber der alte Wielander und sein Sohn dachten darüber noch nicht nach. Sie glaubten, das müsse so sein, und dienten, dienten, dienten... "s' arme Leut' is allemal in einer Widmühl," sagte der Alte oft, und das war seine Weltanschauung. Und der stramme Junge war vollends ein Kind. Nicht aus Ambition

**Sorget dafür, daß der "Eisenbahner" auch vom reisenden Publikum gelesen werde!**

Dahingeht, ohne Rücksicht, wer dieser Genossenschaft angehört, in der sachlichsten Weise unsere publizistische Pflicht zu erfüllen.

Wir machen sowohl in dieser sogenannten Protestversammlung, als auch in der Nummer 3 der "Mitteilungen" die Wahrnehmung, daß die Herren die Gabe besitzen, unsere Artikel anders zu lesen und anders auszulegen, als wie sie gemeint sind. Aber all die falschen und gehässigen Ausführungen hätten uns keine Zeile mehr aus der Feder gelöst, denn wir meinen, daß über den angeblichen Nutzen der Einfamilienhäuser die Alten geschlossen sind; was uns aber nochmals die Feder in die Hand drückt, ist, daß wir noch einige aufklärende Details unseren Mitgliedern schuldig geblieben sind.

Vor allem aber möchten wir jenen Genossen, die sich mit dem Baugenossenschaftswesen beschäftigen, die Debatten des internationalen Wohnungskongresses, deren Protokoll anfangs Mai laufenden Jahres erscheinen wird, zum Studium anempfehlen. Aus diesem geht hervor, daß während der ganzen Dauer dieses Kongresses vom ersten bis zum letzten Verhandlungstag es sich darum gehandelt hat: Soll man für die Arbeiter Wohnhäuser mit Kleinwohnungen oder Einfamilienhäuser erbauen? Die tüchtigsten Fachmänner des In- und Auslandes nahmen an den Debatten teil und leisteten im Pro und Kontra wohl das Beste, was bisher auf diesem Gebiet geleistet wurde. Am Schluß des Kongresses mußte der Vorsitzende erneut erneut, daß eine Klarheit über diese Frage, ob man Einfamilienhäuser oder Wohnhäuser mit Kleinwohnungen bauen soll, nicht erzielt werden konnte und bis auf weiteres diese Frage zu den ungelösten Problemen gehöre\*). In Österreich, so führte Erzherzog Klein, der Vorsitzende des Kongresses war, aus, wird, nachdem alle Voraussetzungen zur Errichtung von Einfamilienhäusern fehlen, das anzustrebende Ziel vorläufig darin bestehen, Wohnhäuser mit Kleinwohnungen, wie sie im Gesetz vom 20. Juli 1902 und der Verordnung vom 7. Jänner 1903 vorgesehen sind, zu erbauen. Das, was Fachleute und Gelehrte der alten und der neuen Welt nicht lösen konnten, das war für den Vorstand der E. B. G. eine Schulaufgabe. Nach wie vor steht der Vorstand auf dem Standpunkt, daß im ausreichenden Maße gebaut wird und daß die Genossen schafter billiger zu einem Wohnhause kommen werden, als wenn sie sich dasselbe privat verschafften, und vor allem billiger wohnen würden als wie sie gegenwärtig wohnen.

Jede Genossenschaft wird, ob sie Einfamilienhäuser oder Wohnhäuser mit Kleinwohnungen baut, da sie nur sehr schwer und nur mit hoher Verzinsung Kredit erreichen kann, teurer bauen, als die privaten Bau spekulanten, die mit diesen Kalamitäten weniger oder gar nicht zu rechnen haben. Dass man in Einfamilienhäusern die Wohnungen nicht billiger bekommt, wie in privaten Wohnhäusern, wird von jedem Fachmann un widerprochen bleiben. Nehmen wir an: Ein Bediensteter, der in der niedrigsten Quartiergeldstufe mit 850 Kr. steht, erwirbt ein Wohnhaus, das ihm die Genossenschaft mit 8000 Kr. anrechnet. Da die Genossenschaft nur auf die Kredithilfe der Banken angewiesen ist, so muß sie Baukredit zwischen 6 und 7 Prozent aufnehmen. Belohnt sie nach Fertigstellung diese Häuser wieder durch den privaten Kapitalmarkt, so muß sie die erste Hypothek, das ist 50 Prozent des Bauwertes, zu 4½ bis 5 Prozent, die zweite Hypothek, das ist die nächsten 30 Prozent (von 50 auf 80) des Bauwertes, zu 6 bis 8 Prozent, und die dritte und vierte Hypothek jedoch zu wucherischen Zinsen bezahlen. Nehmen wir nur durchschnittlich 5 Prozent Verzinsung des Kapitalwertes an, so beträgt das rund 400 Kr., die Steuern und Reparaturen betragen zusammen mindestens 80 Kr. per Jahr, so ergibt das zusammen 480 Kr. Wo ist jetzt die Belohnung, der Wassersatz, der Raum?

\*) Das Wohnungsfürsorgegesetz war damals noch nicht geschaffen.

Kraftspannung preßten sie ihre an schwere Anstrengung gewöhnten Schultern an die Wagenwände, hochruckt wurden ihre ruhigen Gesichter und die Adern schwollen mächtig an. Und wieder: "Hoo — Hoo! Hoo — Hoo! Hoo — Hoo!" — aber die drei "Dritten" regten sich nicht. Sie waren eingeklemmt und in der Verwirrung hatte man's vergessen. Es dauerte eine Ewigkeit! "Ich bitte euch, bringt mich um!" flehte schreiend und gurgelnd der Todwunde und der Vater stand daneben, rauzte wütend seine grauen Haare und schrie: "Sepp, Sepp!" und immer wieder "Sepp!" Ratlos, verzweifelnd.

Endlich gelang es, die ehemaligen Ungeheuer zu zwingen, ihre Beute freizugeben. Wieder geschah es fahrig, unüberlegt, übersüßt. Plötzlich rissen die Wagen auseinander und der blutüberströmte Leib stürzte auf den festgestampften Boden des Perrons, auf die harte glänzende Schiene des Unglücks geleisest. Da wälzte er sich röchelnd, Blutströme speiend, im Blute.

Auf die Perronbank, wo vor eislichen Minuten so ruhig der alte Vater gesessen war, haben sie ihn gebettet und der alte Knecht schluchzend vor dem letzten Lager seines lieben Sepp.

Gottlob! Nach zwei Minuten hatte die grausam zerquetschte junge Brust ausgeatmet, gerade als es einem Magazinarbeiter befiel, nach dem Bahnarzt zu rennen, der irgendwo in der Stadt vielleicht oder auch über Land... Wer konnte das wissen?

Der junge Wielander röchelte nicht mehr. Nur der Alte, der seinen grauen Kopf an das blutverrohrte, von unsaglichen Schmerzen wie mahnhaftig verzerrte Gesicht seines Sohnes gepreßt hatte, wimmerte.

Das Stationspersonal, vom Vorstand bis zum letzten Taglöhner, stand herum, verstört und bleich. Alle waren sie stumm. Was gab es auch da noch zu reden? Nur der Vorstand, der sich mit dem Tuch die Stirn abwischte — er war so furchterlich rasch gelaufen, als man ihn aus seiner Stammkneipe holte, daß ihm noch die Beine zitterten — versicherte stotternd, daß ihm diese "Vorfallenheit furchterlich peinlich und äußerst unangenehm" sei.

Er trippelte hin und her, rieb aufgereggt seine Nase, zog die Uhr, machte "hm, hm"; dann näherte er sich dem unglücklichen Vater, tippte ihm auf die Schulter und sprach sehr wohlwollend und gart: "Wieler, Sie müssen Dienst antreten. Es ist wirklich die höchste Zeit!"

fangt fehlt, die Feuerversicherung, die hohen grundbürgerlichen Übertragungs- und Löschungskosten, und vieles, vieles andere, was ein Haus erfordert? Der Bedienstete zahlt also auf sein normiertes Quartiergeld für den Besitz eines Zimmers und einer Küche, vielleicht noch mit einem kleinen Vorraum exklusive der sonstigen Auslagen 120 Kr. per Jahr darauf. Für diese 120 Kr. Mehrbezahlung ist er zum Trost glücklicher Besitzer einer ebenerdigen Wohnung, die auf dem Lande nicht immer zu den gefündeten gehört — allerdings aber im eigenen Hause. Will er aber dieses Wohnhaus innerhalb 30 Jahren in sein Eigentum übernehmen, so müßte er außerdem noch per Jahr circa 266 Kr. mit abzahlen. Es kostet ihm also die Wohnung 746 Kr. Allerdings wird die Verzinsung im Laufe der Jahre niedriger, aber keinesfalls daran, daß man sagen könnte, er hätte daraus einen wesentlichen Nutzen ziehen können.

Dass Einfamilienhäuser besonders strapaziert und abgenutzt werden, daß sie weiter den Witterungseinflüssen stark ausgesetzt sind, ist bekannt, und wenn der Besitzer noch das Malheur hat, daß ihm der Wind das Dach abträgt oder die Elemente ihm anderen Schaden zufügen — was ja innerhalb einer gewissen Zeit immer einmal eintritt — sind die Erhaltungskosten natürlich höhere. Wer ein Häuschen halbwegs im Stande halten will, der muß beständig in die Tasche greifen.

Nachdem der Besitzer, wenn er dem Arbeiterstande angehört, sein Mittagmahl nicht bei seiner Familie einnehmen kann, da er am Arbeitsort bleibt, so nehmen wir per Tag — gering berechnet — 60 Kr. für auswärtige Verköstigung an. 300 Arbeitstage per Jahr ergibt eine weitere Belastung von 180 Kr. Arbeiter, die kein regelmäßiges Mittagmahl erhalten, erkennt man, wenn sie in der Schar stehen, auf den ersten Blick und sie dürften bei einem solch unregelmäßigen Leben kaum das Glück haben, 30 Jahre abzahlen zu können. Ein Unglück in der Familie, Krankheit oder Tod, werden schon sehr schwere Komplikationen ergeben und der betreffende Genossenschaftsmitglied wird trotz seines "hohen Glückes", ein eigenes Heim zu besitzen, das ihm dem Schein nach gehört, von Kummer und Sorge erdrückt werden. Schon aus diesem leitgeführten Grund müssen Proletarier sich derartige Spekulationen hundertmal überlegen, bevor sie dieselben zu verwirklichen suchen.

Ein Proletarier ist kein Bourgeois, er unterliegt ganz anderen Wechselfällen. Dass aber auch seine Familie — dies gilt ganz besonders für Wien und die übrigen Großstädte — teurer lebt, ist ja allgemein bekannt. Die Apparationierung in den Großstädten ist eine ganz andere wie außerhalb derselben. Großstädte besitzen ihre Markthallen, ihre großen Gemüse- und Obstmärkte, Fischhallen und vieles andere, wo die Arbeiterfrau ihre Bedürfnisse leichter und billiger decken kann als die, die vor den Toren von Wien wohnt. Bis zu 80 und 100 Kilometer Entfernung von Wien sind die teuren Sommerfrischen, wo ein Ei das doppelte des Preises kostet wie in Wien, da ja bekanntlich alle Produkte von Wien in die Sommerfrischen verfrachtet und dort mittelst Handwagen von Haus zu Haus im verstaubten und verdorbenen, oft ungeniebaren Zustande verkauft werden. Man kann in Wien unter Umständen schon im März Salat und frische Kartoffel haben, während man dieses Gemüse auf dem Lande zu wucherischen Preisen erst in zwei bis drei Monaten zu Gesicht bekommt. Allgemein wird angenommen, daß man in der Nähe von Wien — ob an der Südbahn oder Westbahn — um 20 Prozent die notwendigen Lebensmittel teurer kaufen muß, als in der Stadt. Es möge jeder noch diese 20 Prozent zu den Wohnungsausgaben dazuschlagen und er wird über das Ergebnis förmlich erschrecken. Dass unter Umständen auch seine Kinder, die er in die Stadt zur Schule schickt (Bürgerliche etc.) eine weitere Versteuerung des Haushaltungsbudgets verursachen, liegt auf der Hand. Dazu kommen noch die Unannehmlichkeiten des Winters, daß der Besitzer oder seine Frau in der ganzen Länge bis zur Erreichung einer Straße Schnee schaufeln müssen und andere Arbeiten zu besorgen haben, die die Freuden am eigenen Heim sehr reduzieren.

Es ist nun jetzt noch die Frage zu beantworten, ob dieses Häuschen, das er in 30 Jahren erwerben will, auch den Wert von 8000 Kr. hat. Dass die Genossenschaft mindestens 10 bis 15 Prozent Verwaltungskosten auf den Hauswert übertragen wird, womit sie ja auch den Reservesonds zu dotieren hat, ist eine unbestrittene Tatsache. Ob die Bauart eine so überaus solide sein wird, hängt von der Kreditfähigkeit und dem Renommee der Bauunternehmer ab. Es wird zu untersuchen sein, aus welcher Beschaffenheit das Dach und die sonstigen verwendeten Baumaterialien gewesen sind. Dass ein solches Häuschen nicht untermauert sein kann und keinen Keller besitzt, ist selbstverständlich. Da die Finanzbehörden seit neuerer Zeit der Baugenossenschaft auch Erwerbsteuer für Zinsenrückzahlung vorschreiben, wird das Bauen zur Unmöglichkeit. Die Prämie für das Eingehen einer Lebensversicherung, die die Genossenschaft zu ihrer Deckung braucht, wird gleichfalls 12 bis 15 Kr. per Monat betragen.

Da aber im Prospekt immer auch auf den Nutzgarten hingewiesen wird, so müßte neben dem Haus doch mindestens dieselbe Grundfläche angekauft werden oder schon reserviert sein in der Größe des Hauses. Nehmen wir das Mittel einer verbauten Fläche von 85 Quadratmetern auch als Größe des Gartens an und ein Quadratmeter würde zu dem äußerst billigen Preis von 7 Kr. zu erstehen sein, so wäre das eine weitere Versteuerung von 595 Kr., was eine neuzeitliche Verzinsung mit 5 Prozent per Jahr berechnet von circa 80 Kr. ohne Grundsteuer ausmacht. Wie hoch unter diesen Umständen jede Solastauda oder jedes Krautbüschel oder Radischen zu stehen kommt, ist kaum auszudenken und dürften sich die armen Eisenbahner einen solchen Luxus schwerlich gönnen können. Die Wirklichkeit schaut, genauer betrachtet, etwas anders aus als die Anpreisungen in dem bekannten Märchenbuch der E. B. G.

Wir haben hier zumeist Wiener Verhältnisse im Auge gehabt, und es könnte der Einwurf geltend gemacht werden, daß in der Provinz diese Einwände nicht in dem Maße vorhanden sind, vor allem aber billiger wie in den Großstädten gebaut werden kann. Diese Ansicht wird gegenwärtig vielfach in ge-

nossenschaftlichen Kreisen verbreitet, sie ist aber ebenso unrichtig wie die anderen Behauptungen, die da aufgestellt werden; wenn solche Phantasien zu Agitationzwecken angewendet werden, muß jede Genossenschaft über kurz oder lang, und selbst wenn sie auf Rosen gebettet wäre, dem Konkurs, wenn nicht dem Bankrott anheimfallen. Bisher besteht von den vielen Gründungen der Baugenossenschaften auch nicht eine, die nicht zur Liquidation getrieben worden oder in Konkurs geraten wäre. Kann man uns auch nur eine solche Gründung, wie sie im Laufe der Jahre und namentlich in der letzten Zeit so vielfach entstanden sind, zeigen, wo unsere Darlegungen nicht zutreffen? Es gilt in den Fachkreisen als unbestritten, daß man in der Provinz um 30 Prozent teurer baut wie in den Großstädten. Die auf den ersten Augenblick fast unglaubliche Tatsache findet ihre Bestätigung darin, daß in der Provinz keine Auswahl von Bauunternehmern vorhanden ist, weil in der Regel in den kleineren Städten nur ein solcher Unternehmer plaziert ist, der Preise dictieren kann. In den größeren Städten, wo mehrere Bauunternehmer vorhanden sind, haben dieselben einen Kartei geschlossen, und jeder, der im Bauhof etwas zu tun hat, weiß, daß, wenn Bauvergaben ausgeschrieben werden, immer nur ein einzelner Offer von den kartellierten Firmen erstellt wird. Sie haben es daher vollkommen in der Hand, die Preise nach ihrem Belieben zu dictieren. Als Beweis führen wir die Angebote der Villacher und Wiener Bauunternehmer an das f. f. Eisenbahministerium an.

In den Offerten von Villach kam der Quadratmeter verbaute Fläche für ein zweistöckiges Haus auf 272 Kr. zu stehen, während in Wien für ein dreistöckiges Haus der Quadratmeter verbaute Fläche auf nur 259 Kr. kam. Die Differenz von 272 Kr. und 259 Kr. ist per Quadratmeter 13 Kr. Die Differenz von zwei auf drei Stock beträgt ein Drittel von 272 Kr., das ist rund 90 Kr. In Villach kostet also der Quadratmeter verbaute Fläche 103 Kr. mehr als in Wien. Wenn man den Grund in Villach auch geschenkt erhält, so kommt der Bau immer noch um ein Drittel höher als in Wien. Die gewaltige Differenz der Baukosten machen es auch dem f. f. Eisenbahministerium unmöglich, von dem unentgeltlichen Angebot des Grundes durch die Gemeinde Gebrauch zu machen, weil die zu erbauenden Häuser kaum ein Bruttozinssergebnis von 2 Prozent ergaben.

Wenn also für Villach oder andere Provinzstädte die Einwendungen in Bezug auf Verzicht des gemeinsamen Mittagmahlens mit der Familie auch entfallen, so überwiegt dieses Beispiel alle anderen Erleichterungen um ein bedeutendes. In Wien beträgt das Quartiergeld der Eisenbahner 100 Prozent, in der Provinz 80, 70, 60 Prozent etc., was ebenfalls mit in den Kalkül zu ziehen ist, und zu ungünsten der Provinz gebucht werden muß.

In einer unlängst abgehaltenen Versammlung stellte ein Aussichtsrat der E. B. G. die Behauptung auf, daß in der Provinz die Verbilligung des Baues durch die niedrigen Löhne der Bauarbeiter, hauptsächlich aber der Maurer, bedingt sei. Auch dieses Argument ist, wie alle anderen, vollkommen hinfällig und zeigt nur, daß selbst unsere eigenen Genossen alles, was vom Vorstand der E. B. G. kommt, gedankenlos weitergeben. Jeder Bauunternehmer verlangt in Wien von dem Maurer, dem er 6 bis 7 Kr. bei einer zehnständigen Arbeitszeit täglich zahlt, eine Mindestleistung von 500 Ziegeln, während alle Fachmänner auf diesem Gebiet in voller Übereinstimmung aussagen, daß in der Provinz, namentlich auf dem flachen Land, der Maurer 200 bis höchstens 250 Ziegel als Maximum zu vermauern imstande ist, wofür er 4 bis 6 Kr. Taglohn erhält. Daher kommt es auch, daß unser Eisenbahministerium die schönsten Baupläne, die ihm von den Gemeinden zum Zweck der Errichtung von Wohnhäusern unentgeltlich angeboten werden, nicht akzeptieren kann, weil die 30 bis 40prozentige Bauversteuerung in der Provinz jeden Vorteil wieder vollkommen zunichte macht. Zum Teil ist das Angeführte mit ein Grund der Errichtung höherer Offerte der Provinzbauunternehmer.

Wir meinen, daß eine Genossenschaft, die ihre Tätigkeit über ein ganzes Reich ausdehnt, sich selbst unmöglich macht. Wer vieles und alles tun will, ist zum Nichtstun von selbst verdammt. Man bedenke nur, wenn die Genossenschaft Wohnhäuser ihrer Mitglieder in Triest oder Bregenz erbauen will, welche unannehmlichen Verwaltungskosten da auflaufen. Es müßte der Grund kommissioniert, der Bau überwacht werden, es müßte jemand bei der Einrichzung dabei sein; es kommen Anzeigen, daß der Bauunternehmer die eine oder andere Verpflichtung nicht einhält u. s. w. u. s. w., immer und überall würden vermehrte Verwaltungsspeisen sich ergeben, die die Genossenschaftsmitglieder selbstständig zu bezahlen hätten. Baugenossenschaften, deren Tätigkeit ja zumeist im Überwachen besteht, und deren Verwaltungsauslagen nicht die errungenen Vorteile aufzufressen sollen, können sich nur im eng abgeschlossenen Territorium behaupten. Eine Genossenschaft, die nach einem einjährigen Bestand sich eine eigene Zeitung, einen selbstständigen Rechtsfreund hält, dessen Auslagen im kommenden Jahr bei minimaler Tätigkeit bis zu 60.000 Kr. steigen werden, steuert mit mathematischer Sicherheit ihrem Grab entgegen und wird im Falle 2000 Mitglieder mit in die Tiefe reißen.

Im vergangenen Jahre, wo der Beitritt ein massenhafter war, betrugen die Einlagen rund 32.000 Kr. Diese Summe reicht bei gleicher Bezahlung in der Zukunft zur Deckung der Verwaltungsspeisen nicht im entferntesten aus. Was bleibt zum Bauen übrig? Man prüfe doch selber noch einmal — um mit einem Satz Schillers zu beginnen — wer sich bindet, ob das, was die Baugenossenschaft bietet, wirklich ein Vorteil für den einzelnen ist. Bei jeder nichtsernen Auslegung muß naturgemäß überall ein Nachteil herausgerechnet werden. Schon die reine Natürlichkeit ergibt, daß die Wohnungen bei Einfamilienhäusern bedeutend teurer zu stehen kommen als jene in Häusern mit Kleinwohnungen. Bekanntlich braucht jedes Haus nur einen Grund und nur einen Dachstuhl, wieviel Stockwerke sich auch sonst noch dazwischen befinden. In Wien wird eine Wohnung mit Zimmer und Küche mit 3500 bis 3600 Kr. Baukosten veranlaßt: bei Ein-

familienhäusern kostet derselbe Raum ohne Keller 8000 Kronen und noch mehr.

Bu all dem kommt noch, daß auch der Schlüssel der Anteile in der E. B. G. bei ungleicher Beteiligung ein gleicher ist, währenddem es sonst gebräuchlich ist, einen 10prozentigen Anteil des Hauseswertes als Einlage abzuverlangen. Man behauptet nämlich in der Nummer 3 der "Mitteilungen", daß in der kürzesten Zeit im großen Umfang gebaut werden wird und daß bereits die nötigen Kredite beschafft wurden. Wir vernehmen wohl die Worte, allein es fehlt uns der Glaube. Nehmen wir aber an, es würden im allgemeinsten Fall jährlich 100 Häuser gebaut, so würde erst nach 20 Jahren das zweitanzündende Mitglied sein Haus bekommen. Zweitausend Wohnhäuser durchschnittlich à 8000 Kr. würden ein Kapital von 16,000,000 Kr. erforderlich machen. Daß solche Summen keine private Genossenschaft aufzubringen und zweckmäßig zu verwalten in der Lage ist, wird jedem Eingeweihten einleuchten.

Daß durch den Erwerb eines verschuldeten Hauses, welches dem Besitzer weit mehr Kummer als Freude bereitet, eine gewisse Unlust an der Teilnahme zur Hebung seiner Klassenlage, seines Standesinteresses eintritt, ergibt sich ohne zu wollen von selbst. Es ist eine Tatsache, die durch die Erfahrung bestätigt wird, daß derjenige, welcher auch nur einige Kilometer vom Zentrum der Bewegung entfernt lebt, allmählich den Kontakt mit den Bestrebungen seiner Berufsorganisation verliert. Das Haus bricht jeden Widerstand, es fesselt und fettet ihn, nimmt ihm jede freie Stunde weg, indem es duzenderlei Berrichtungen fordert. Daß schließlich mit dem Verlassen des Domizilios auch der Verlust seines Vertretungsrechtes in die Krankenkasse, in den Provisionsfonds, in das Lebensmittelmagazin &c. erlischt, darf nicht so ohne Weiteres übergegangen und unterschätzt werden.

Zum Schluß müssen wir noch eine Aktion, die der Vorstand in Bezug auf die Verschlechterung des Gesetzes, betreffend den exekutionsfreien Betrag von Dienst- und Lohnbezügen, Ruhegenüssen &c. im Parlament eingeführt hat, kurz beleuchten. Bekanntlich wurde im vergangenen Winter dieses Gesetz novelliert. Die Abgeordneten befanden sich in voller Übereinstimmung, daß die exekutionsfreien Bezüge von 1600 Kr. mit Rücksicht auf die Leierung, auf 2000 Kr., die Ruhegenüsse von 1000 Kr. auf 1200 Kr. dem Schuldner als Fristenzminimum zu erhöhen seien. Das Gesetz will denjenigen, der durch die gegebenen Verhältnisse in Schulden kommt, derart schützen, damit seine Lebenshaltung nicht zu seinem eigenen und zum Schaden seiner Angehörigen herabgesunken. Ein Schuldner ist stets ein bedauerlicher Mensch, den man vor weiterem Untergang schützen muß. Durch diese Novellierung wird nicht nur die Erhöhung des exekutionsfreien Betrages erreicht, es wird auch die oft leichtsinnige Kreditgewährung, die Anlaß zum Schuldennachen gibt, in vernünftiger Weise eingehärrt.

Mit einem Wort, das Abgeordnetenhaus hat eine bestehende sozialpolitische Maßnahme erweitert, und sich hierin dem englischen Heimstättengesetz etwas genähert.

Raum war diese Novelle im Parlament verabschiedet, brachte der Vorstand der E. B. G. offenbar im Auftrag seiner Mitglieder am 4. Dezember v. J. im Abgeordnetenhaus eine Petition ein, in der er gerade das Gegenteil von dem beschlossenen verlangte. Die Deputation sprach bei allen bürgerlichen Parteien vor und bat um die Unterstützung ihrer Aktion. Diefelbe bezweckt eine Änderung der Gesetze über die Verpfändbarkeit der Bezüge öffentlicher oder privater Beamten und anderer Angestellten in der Richtung, daß sowohl die Quartiergelder als auch innerhalb des bisher pfandfreien Einkommens ein Betrag, welcher ein Fünftel des Gesamteinkommens nicht überschreiten darf, für Abstotungen an Baugenossenschaften, sowie andere ähnliche Körperschaften verpfändet werden können.

Diese Maßnahme der E. B. G. ist eine antisoziale im strengsten Sinne des Wortes. Die Gesetzgebung will den Schuldner nicht plündern und wirtschaftlich unmöglich gemacht sehen, sondern leistet ihm in gewissen Grenzen ihren Schutz. Der Schutz erstreckt sich auf jede Art von Gläubigern. Die E. B. G. will durch ihre eingeleitete Aktion den Genossenschaften das Privileg zu verschaffen suchen, dem Schuldner nicht bloß das Quartiergeld, sondern auch das bisherige pfandfreie Einkommen verpfänden zu können. Kurz, der Schuldner soll wohl von den Privatgläubigern geschützt, aber von den Genossenschaften bis aufs Seind ausgeschließt werden. Wir wissen nicht, ob diese Aktion der Vorstand auf eigene Faust oder mit Zustimmung der Mitglieder unternommen hat, verwerflich ist das Vorhaben in jedem Fall. Es ist aber auch ein Hinweis, daß die Eisenbahner bei Erbringung der Mitgliedschaft doppelt auf den Hut sein müssen. Die E. B. G. hat verstanden ihre Mitglieder nach allen Seiten zu binden, keine Rücksicht auf etwaige Unglücksfälle &c. genommen, so daß es ein Entrinnen auf keinen Fall gibt.

Man denke nur ein Mitglied hat sich eines anderen befonnen und will aus der Genossenschaft austreten. Er muß zuerst alle Aufwendungen seiner Anteile bezahlen, das ungefähr 3½ Jahre dauert, dann muß er in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahrs kündigen und bekommt erst nach Ablauf des nächstfolgenden Jahres, das heißt, wenn nicht ein Defizit vorhanden ist, daß selbe ohne Binsen retour erstattet. Der Genossenchafter wird unfreiwillig fünf Jahre lang an einen Verein gefangen, dem er nicht mehr angehören will und für dessen Risiko er in derselben Höhe wie sein Anteil lautet, vollkommen haftbar bleibt.

Wir glauben aus diesen neuerlichen Details, einen weiteren Beweis erbracht zu haben, daß Einfamilienhäuserbauen das unverantwortlichste und kostspieligste Unternehmen wäre, das sich ein armer Teufel nicht so ohne Weiteres gestatten darf. Die Mitglieder mögen sich doch nicht durch das Schlagwort "Binskaferne" derart abschrecken lassen, daß sie auf das andere Schlagwort "Einfamilienhäuser" hineinfallen und — wie die Fliegen sich zum Honigtopf angezogen fühlen — nicht wissen, daß die Erreichung derselben, wenn schon nicht den wirklichen Tod, so doch den wirtschaftlichen bedeutet.

Der Wert der Einfamilienhäuser kann nur mit dem Bleistift, nicht aber mit Schlagworten ermittelt werden.

Rechne daher jeder sein Beispiel unter Zugrundelegung der angeführten Tatsachen von selbst aus; ziehe Eventualitäten mit ins Kalkül und wir sind überzeugt, daß unsre Bilanzierung mit der eurigen vollkommen übereinstimmt. Diese Erklärung führen wir nicht etwa der E. B. G. allein wegen, sondern ist für alle Genossenschaften, die sich eine solche unausführbare Idee zum Ziel setzen, bestimmt. Die Tätigkeit der E. B. G. ist wenigstens kontrollierbar, daher zu regeln, und die Gefährlichkeit einschränken, bedenklich, ja sogar gefährlich sind jene "Weilchen", die nach dem Muster der alias Kahl Genossenschaften und e tutti quanti im verborgenen blühen. Diese ihre Tätigkeit ist ein Buch mit sieben Siegeln, das offenbar das Licht der Öffentlichkeit nicht verträgt.

Nicht Haß, nicht Missgunst treibt uns eine so umfangreiche Diskussion in der Frage zu führen, sondern unser sozialdemokratisches Gewissen zwingt uns dazu, unseren Genossen diese vielen, unendlich vielen Kehrseiten zu zeigen, damit sie nicht einmal, wenn sie ihren Schritt bitter bereuen, uns den Vorwurf machen, daß wir sie hätten besser unterrichten sollen.

Dieser Vorwurf, der gegen uns erhoben würde, wäre vollkommen berechtigt, wenn wir unsere publizistische Pflicht jetzt nicht erfüllten. Unsere Ausführungen können daher auch nicht als "Angriffe" gegen diese Bewegung gedeutet werden, sondern muß als weise Mahnung aufgefaßt werden. Die übertriebene Begeisterung für diese Sache wird schwanden, wenn eine reifliche und nüchternen Beurteilung eingetreten ist.

Wem sich's nicht um das Geld handelt, sondern bloß um die Idee, ein Haus zu bekommen, ist, den wollen wir in seinem Streben nicht abhalten, der kann unseres wegen sein Ziel auf was immer für eine Art verwirken.

Wir glauben eine Pflicht erfüllt zu haben, welches im Interesse unserer Genossen gelegen war. Hiermit schließen wir die Diskussion über diese Frage.

## Wo sind die Herrräte?

Heute sind die Eisenbahner Österreichs viel umworbene Menschen. Von allen Parteien wird ihnen die kräftigste Unterstützung ihrer Wünsche zugesichert und eine ganze Menge von Vereinen und Vereinchen spielen sich als die berufenen Vertreter von Eisenbahnerinteressen auf. Da ist es wohl notwendig, daß die Eisenbahner an jene Zeit erinnert werden, wo sie ohne jeden Schutz und jeder Hilfe der Ausbeutung der Verwaltung preisgegeben waren und wo jede Regung nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit den brutalsten Mitteln unterdrückt wurde.

Von dem Druck des größten Elends gezwungen, kam auch den Eisenbahnlern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation. Aber nur langsam konnte der Organisationsgedanke in die Masse der Eisenbahner Eingang finden. War doch nicht nur die Gleichgültigkeit der Masse zu besiegen, sondern auch den Verfolgungen der Verwaltung war die Stirne zu bieten. Harte Maßregelungen hatten damals jene Männer zu erwarten, die den Mut fanden, als Vahnbrecher der Organisation zu wirken. Das Hinaufmaßregeln, wie das Beispiel vom Abgeordneten Kroy beweist, war erst einer späteren Zeit vorbehalten.

Aber umsonst haben diese Männer die mühevolle Arbeit und die schweren Opfer nicht gebracht. Heute besitzen die Eisenbahner eine starke und schlagfertige Organisation, mit deren Hilfe die letzten Jahre eine ganze Reihe ansehnlicher Erfolge errungen wurde. Doch jedesmal, wenn nach schwerer Mühe ein Erfolg errungen war, erhob sich im Lager unserer zahlreichen Gegner ein Gefräß und Geschrei, gleich Raubvögeln, die auf die Beute lustern sind.

Unlöschlich jeden Erfolges wurde unsere Organisation und deren Vertrauensmänner beschuldigt, die Interessen der Eisenbahner verraten zu haben. So war es beim Lohnkampf im Jahre 1907, so war es 1908 bei der Aktion auf den k. k. Staatsbahnen, so war es bei den Einreihungen des Personals der k. k. Nordbahn sowie der böhmischen Nordbahn und so ist es jetzt der Fall, wo nach einer bereits zweijährigen mühevollen Arbeit die Einreihung des Personals der Staatsseisenbahnsgesellschaft und der De. N. B. B. und S. N. D. B. stattgefunden hat. Es dürfte sich deshalb lohnen, noch einmal auf die Geschichte der letzten genannten Einreihung zurückzukommen und darauf hinzuweisen, welche Rolle der Reichsbund deutscher Eisenbahner dabei gespielt hat.

Bei dieser Aktion handelte es sich nicht allein um eine formelle Einreihung des Personals, bei welcher im Rahmen des Verstaatlichungsgesetzes die Rechte der Bediensteten zu wahren waren, sondern mit der Einreihung war die k. k. Staatsbahnverwaltung auch verpflichtet, sämtliche Zugeständnisse, die seit 1908 dem eigenen Personal gemacht wurden, auch auf das Personal der zwei verstaatlichten Bahnen auszudehnen. Dadurch erhält die Einreihung eine um so höhere Bedeutung. Dadurch wird aber auch jedem klar, daß die Einreihung um so günstiger sich hätte gestalten müssen, je höher die Zugeständnisse 1908 an die Staatsbahner gewesen wären.

Im Auftrage der Organisation und der Sozialdemokratischen Fraktion wurde durch Genossen Elenbogen im Jahre 1908 der bekannte 20 Millionen-Antrag eingebracht. Von dieser Summe sollte hauptsächlich die Regelung der Fahrgebühren für das Bugs- und Maschinenpersonal, eine Verbesserung der Automatik, die Gewährung der Nachtdienstzulage für das gesamte Personal und die Regelung der Taglöhne sämtlicher Arbeiter durchgeführt werden.

Als der Antrag abgelehnt wurde, erklärte sich der Reichsbund mit diesem Verrat an den Eisenbahnlern solidarisch und zu dessen Verteidigung wurde sogar ein Flugblatt herausgegeben, in welchem die Begründung enthalten war, der Antrag sei nur deshalb abgelehnt worden, weil der Betrag zu gering war.

So hieß es in dem Flugblatt:

"Schafft das Zufriedenheit, die wir endlich hergestellt jehen wollen?"

Die sozialdemokratischen Führer brauchen diese Zufriedenheit allerdings nicht. Gewiß! Denn die Zufriedenheit ist kein Agitationsmittel für die Sozialdemokraten.

Alle hätten auch mit den 20 Millionen nicht befriedigt werden können. Gedem ein Vroßam en."

Dann weiter:

"Darum nochmals: Wohin zuerst mit den 20 Millionen? Eine Summe aus bloher Laune heraus nennen, ist, gelinde gesagt, Leichtsinn und eine taktische Dumheit."

Nach Ablehnung des 20 Millionen-Antrages wurde von den Abgeordneten Dr. Sylvester und Dobernig der Antrag betreffs Erhöhung der Bezüge sämtlicher Staatsbediensteten eingebracht, in welchem für die Staatsbahnenbediensteten der Betrag von 88 Millionen Kronen enthalten war. Erst mit den größten Kraftanstrengungen der koalierten Organisationen (nicht zu verwechseln mit der sogenannten neuen Koalition) und nachdem mit den schärfsten Mitteln gedroht wurde, ist dieser Betrag auf 14 Millionen Kronen erhöht worden.

Aber dieser Betrag erwies sich, wie vorauszusehen, als zu niedrig, um vorgenannte Reformen durchzuführen. Infolgedessen ist die Reform der Fahrgebühren ungenügend ausgefallen, das Wächterpersonal wurde vom Genuß der Nachtdienstzulage ausgeschlossen, bei der Durchführung der Automatik konnten dringende Wünsche des Personals nicht berücksichtigt werden und die Regelung der Löhne war in Rücksicht auf die fristigen Lohnverhältnisse gerade als ein Hohn zu bezeichnen. Trotz der ungewöhnlichen Teuerung, welche die erkämpften Erfolge zum Teil wieder zunichte machte, ist es den Eisenbahnlern Österreichs bis heute noch nicht gelungen, Zugeständnisse in dem Umfang zu erreichen, wie es bei der Annahme des Antrages Elenbogen der Fall gewesen wäre. Nach der Einreihung spüren es nun auch die Bediensteten der zwei verstaatlichten Bahnen am eigenen Leibe, was damals an den Staatsbahnen und jetzt an ihnen selbst verbrochen wurde.

Wenn schon der Wortlaut des Flugblattes, mit dessen Herausgabe die Gelder der Mitglieder missbraucht wurden, geeignet ist, den verühten Verrat nachzuweisen, so wird derselbe noch offensichtlicher, wenn wir die Folge 12 des "Deutschen Eisenbahner" vom 20. April 1909 zur Hand nehmen. Gleich auf der ersten Seite dieser Nummer wird der Erfolg der Aktion unserer Organisation im Jahre 1908 als Verdienst des Reichsbundes gebucht. Doch lassen wir den Reichsbund selbst reden.

In vorgenannter Nummer führt Herr Ertl unter anderem aus:

"Bekanntlich erzielten die Abgeordneten Doktor Sylvester und Dobernig durch ihren Antrag auf Verwendung von 15 Millionen aus dem Überschuss der Finanzgarantie die Sicherung, daß 10 Millionen hierfür für die Eisenbahner aufgebracht werden. Die Koalition, welche schon seit dem Frühjahr der Staatsbahnverwaltung einen Kampf androhte, war nun bestrebt, dies durch eine leichte Erhöhung der vorhin genannten Biffer zu vermeiden. Die Erhöhung auf 14 Millionen muß darum auch hauptsächlich ihr zugeschrieben werden, wenn auch der Reichsbund, beziehungsweise die deutschnationalen Abgeordneten sich an der Sicherung der 10 Millionen das Hauptverdienst anzuschreiben dürfen."

Offenbar kann der Verrat des Reichsbundes an den Interessen der Eisenbahner nicht nachgewiesen werden, wie durch den Vergleich dieser zwei Stellen. Durch diesen Vergleich wird aber auch bewiesen, daß der Reichsbund stets bereit war, als williger Diener der bürgerlichen Parteien zu gelten und die Schlagworte des Herrn Ertl von der "Massenbewußten deutschnationalen Arbeiterpartei" nicht mehr als Humbaum bedeuten. Die Summe von 20 Millionen ist ein Proklamieren, eine taktische Dumme. Aber 10 Millionen sollen die Eisenbahner vielleicht als eine Wohltat betrachten, deren Errichtung als Hauptverdienst dem Reichsbund zugeschrieben ist. Eine derartige Probe auf die Urteilsfähigkeit ihrer Mitglieder sollte der Reichsbund doch nicht ausführen, das ist eine Bekleidung des gesunden Menschenverstandes.

Weiter wird anläßlich der letzten Einreihung die Personalkommissionen der verstaatlichten Bahnen beschuldigt, die Interessen des Personals nicht richtig vertreten zu haben. Selbst das Gericht wird verbreitet, daß seitens der Direktion der Antrag gestellt worden ist, jedem Bediensteten ein außertourliches Avancement zu gewähren, was jedoch die Personalkommission abgelehnt habe.

Nun weiß man ja nicht, ob sich die Verleumder dieses Gerüchts aus den Fingern gesogen haben oder ob seitens einzelner Personen der Direktion zur Verbreitung dieses Gerüchtes ein Anlaß gegeben wurde. Wenigstens ist das letztere von Deputationsmitgliedern des "Reichsbundes" und der "Zemka jednota" schon behauptet worden.

Notwendig ist es aber, einmal festzustellen, daß bei der Einreihung des Personals der zwei zuletzt verstaatlichten Bahnen seitens des Eisenbahministeriums ein Vorgang geübt wurde, welcher geeignet war, die Personalkommissionen dieser Bahnen bezüglich Beratung der Einreichungsgrundsätze soviel wie möglich zu ignorieren.

Die Forderungen hinsichtlich der Einreichungsgrundsätze wurden bereits im Herbst 1909 überreicht, ohne daß man über das Schicksal derselben etwas beobachten konnte. Erst nach einem ziemlich erregten Auftritt in der Frühjahrssitzung der Personalkommission der De. N. B. B. teilte der Vorstand mit, daß seitens der Direktion die Einreichungsgrundsätze bereits fertiggestellt sind und noch denselben Monat, das war April, dem Eisenbahministerium übergeben werden. Eine vollständig jürgstätige Beratung eines Kompromisses bezüglich des Punktes "eines außertourlichen Avancement auf Grund des siebenjährigen Provisoriums" wäre nur dann möglich gewesen, wenn schon zu dieser Zeit die Einreichungsgrundsätze der Personalkommission vorgelegt worden. Aber gerade das

Gegenteil wurde gelan. Die Einreichungsgrundsätze bildeten erst zwischen dem Eisenbahn- und Finanzministerium einen Verhandlungsgegenstand, bei welcher Gelegenheit sich das Finanzministerium als der stärkere Teil erwies. Gegenüber der Personalcommission wurden die vom Eisenbahnministerium ausgearbeiteten Einreichungsgrundsätze vollständig geheim gehalten. Noch am 23. September 1910, also fünf Tage vor der amtlichen Veröffentlichung der ersten Einreichungsgrundsätze, wurde einer Deputation von Personalcommissionsmitgliedern sowohl beim Eisenbahnministerium als auch bei der Direktion eine Mitteilung über die Details der Einreichungsgrundsätze verweigert. Wenn deshalb beim Personal das Misstrauen Platz griff, seitens der Verwaltung bestehet die Absicht, dem Personal Zugeständnisse vorzuenthalten, zu deren Gewährung die moralische Verpflichtung vorlag, so war dieses Misstrauen vollkommen gerechtfertigt.

Tatsächlich wurden bei den Verhandlungen ganz bedeutende Verbesserungen erzielt. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß unsere Organisation ihre ganze Kraft mit in die Waagschale werfen mußte, um dieses zu erreichen. Die Einreichung des Personals der St. G. G. und der Oe. N. W. B. ist auch in keiner Beziehung ungünstiger zu bezeichnen, als die Einreichung des Personals der früher verstaatlichten Bahnen. Nur ist noch der Unterschied in Betracht zu ziehen, daß bei den früheren Einreichungen die Situation bedeutend günstiger war wie bei der letzten Einreichung, weil die Finanzlage des Staates keine derartig zerrüttete war, wie dieses bei der Einreichung des Personals der St. G. G. und der Oe. N. W. B. der Fall gewesen ist.

Unter den ungünstigsten Verhältnissen ist somit durch die Arbeit der Organisation und der Personalcommission für das Personal dieser zwei Bahnen dasjenige erreicht worden, wie für das Personal der anderen Bahnen unter viel günstigeren Verhältnissen, was gewiß als ein nennenswerter Erfolg zu bezeichnen ist.

Nun lautet die Klage des Personals hauptsächlich dahin, daß bei der Einreichung die Härten, welche sich bei der Reform im Jahre 1907 ergaben, nicht ausgeglichen wurden. Schon in der ersten Sitzung der Personalcommission der Oe. N. W. B. (das war im Frühjahr 1908) wurde ein Antrag eingebracht, in welchem die Ausgleichung dieser Härten in jener Weise gefordert wurde, daß durch Abwehrkürzungen füreifte eine Ausgleichung des Gehalts zwischen älteren und jüngeren Bediensteten herbeigeführt werde.

Dieser Antrag wurde auf das sachlichste und energischste vertreten und seit dieser Zeit in jeder Sitzung erneut. Auch in der letzten Sitzung wurde dieser Antrag neuerlich eingebracht. Wenn deshalb seitens der Direktion gegenüber jenem Teil des Personals, welcher sich im Vergleich zu ihren jüngeren Kollegen im Nachteil fühlt, in letzterer Zeit wiederholt das Wohlwollen versichert wurde, so wäre die Erfüllung dieses Antrages gewiß geeignet, dieses Wohlwollen durch die Tat zu beweisen.

Was tat aber der Reichsbund? Nehmen wir wieder die Nummer des "Deutschen Eisenbahner" vom 15. Mai 1908 und lassen wir ihn selbst reden. In einem Bericht über die Anträge der Personalcommission der Oe. N. W. B. heißt es auf der Seite 6 dieser Nummer:

Sie hatten aber auch ihre (die Personalcommission) Anträge, die ihnen nicht gut genug schienen oder zu hoch gespannt waren, dem Lins zugeschoben, damit er sie vertrete; daß dieser nicht darauf hineinfiel, den roten Herren einen Wurstel zu spielen, ist wohl begreiflich."

Ein stärkeres Stück, wie sich mit diesem Vor- gang der Reichsbund leistete, ist wohl noch nie ausgeführt worden. In der Personalcommission der Oe. N. W. B. (Sektion Diener) waren sämtliche Kandidaten der Sozialdemokraten gewählt worden. Herr Lins war ernanntes Mitglied und gehörte damals dem "Reichsbund" an.

Durch das Mitglied Lins brachte er in der betreffenden Sitzung der "Reichsbund" 15 Anträge ein, welche in der zuvorkommenden Weise, soweit es in Übereinstimmung mit den eigenen Anträgen möglich war, von unseren Genossen unterstellt wurden. Herr Lins dankte nach der Sitzung für diese Unterstaltung und erklärte auch später, daß er an die Zentrale des "Reichsbundes" einen Bericht gesendet habe, in welchem ausdrücklich betont war, den sozialdemokratischen Personalcommissionmitgliedern den Dank auszusprechen. Die Verleumdung, die in vorgenannter Notiz enthalten ist, wäre somit bewußt geschehen. Angefertigt von einer derartigen Kampfesweise, trat Herr Lins aus dem Reichsbund aus und ist heute Mitglied unserer Organisation.

Aber nicht nur als gemeine Niedertracht ist diese Kampfesweise zu betrachten. Indem die Anträge der Personalcommission als zu hoch gespannt bezeichnet wurden, ist mit einer Hinterhältigkeit, die ihresgleichen sucht, nicht nur der Personalcommission, sondern dem ganzen Personal in den Rücken gefallen worden. In der Verhandlung der Anträge war jener Antrag, mit welchem eine Ausgleichung der Härten gefordert wurde, als der weitgehendste und wichtigste bezeichnet worden.

Da nun im "Deutschen Eisenbahner" die Anträge als zu hoch gespannt genannt worden sind, ist an den Bediensteten der Oe. N. W. B. seitens des Reichsbundes ein zweiter Verrat verübt worden. Wenn deshalb von Verrat gesprochen wird, so wird es für die Bediensteten der Oe. N. W. B. leicht sein, zu beurteilen, in welchem Lager sie die Verräte ihrer vitalen Lebensinteressen zu suchen haben.

Ein Nordwestbahner.

Nach langem Suchen hatten sie sich gefunden, wie sie sich schöner nie zusammenfinden könnten, die elf Vereine, die sich zur so und so vielen neuen "nationalen" Koalition zusammen schlossen. Sie ein deutsch-, tschechisch-, polnisch- und slowenisch-nationaler Eisenbahnbeamtenverein, die nationalen Vereine der anderen Eisenbahnbediensteten und was sonst noch an Vereinen gelber und schwarzer Couleur und an partikularistischen bei den

österreichischen Eisenbahnern grässiert, stellten zusammen den Heerbann. Man wäre fast zu der Annahme verleitet worden, daß bei diesen Herrschaften ein Stück Vernunft seinen Einzug gehalten habe, daß sich da teilweise das internationale Gewerkschaftsprinzip, das Prinzip der Zentralisation, durchgesetzt habe, was die Leute einander nähergebracht hat. Es war aber nicht die dämmernde Vernunft, die fortschreitend, zu der Erkenntnis gelangen hätte müssen, daß eine einheitliche Organisation der österreichischen Eisenbahner eine unbekennbare Notwendigkeit ist. Es war die zwingende Not der isoliert, zur vollständigen Einflusslosigkeit verurteilten, aktionsunfähigen Vereine, der sozialdemokratischen Organisation ein Gegengewicht gegenüberzustellen, die sie zusammenbrachte zur "nationalen" Koalition und die sie ihren alten nationalen Standpunkt aufgeben ließ; der Erhaltungstrieb, der die Argumente für die Notwendigkeit des Bestandes nationaler Eisenbahnerorganisationen außer Acht setzte, daß bei dem verschiedenen Kulturstand der Eisenbahnbediensteten verschiedener Nationen die Bedürfnisse ungleiche und die Interessen verschiedene seien, daß die Expansionsbestrebungen der einen Nation die nationale Abwehr der Gefährdung von Existenz der anderen Nation angehörenden Eisenbahnbediensteten erforderne u. s. w.

Nun sind sie beisammen die Brüder mit den verschiedenen Kappen, und wenngleich ihre numerische Größe noch lange nicht an die der sozialdemokratischen Organisation heranreicht, müßte, so bei den nichtsozialdemokratischen Parteien Österreichs die Verpflichtung redlich erfüllt würde, die Interessen ihrer Parteianhänger im Parlament zu vertreten, der Einfluß der neuen "nationalen" Koalition ein ungeheurer sein. Es sind Polen und Südländer, Tschechen, Deutschnationale und Christlichsoziale, die sich in der Koalition zusammenfanden. Ihre Parteigänger im Parlament bilden die Majorität, sie sitzen im Ministerrate, und der Eisenbahnminister ist ihr Mann. Die meisten bürgerlichen Parlamentarier sind von den Wahlen her den Leuten dieser Koalition durch ausdrückliche Versprechungen verpflichtet. Nichtsdestoweniger aber sind keine Aussichten vorhanden, daß durch die "nationale" Koalition die Eisenbahner auch nur einen Schritt näher der Verbesserung ihrer Existenz gebracht würden, zumindest soweit es sich bei den Eisenbahnbediensteten um Unterbeamte, Diener und Arbeiter handelt.

Wenn wir schadenfroh wären, hätten wir Ursache, uns der Ereignisse der letzten Tage zu freuen. Der Gedanke, die Aufenseiter, die der einheitlichen sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation gegenüberstehenden Vereine, zu sammeln, ohne Rücksicht auf deren prinzipielle Verschiedenheiten, um so vereint neben oder gegen die sozialdemokratische Organisation wirken zu können, dieser Gedanke hat flagranten Schiffbruch erlitten. Nicht als ob die "nationale" Koalition nach der kurzen Lebensdauer von wenigen Monaten schon ihr Firmenschild eingezogen hätte, sie firmiert noch weiter. Aber die ungleichen Kompagnons beginnen sich zu übervorteilen und das ist unausweichlich der Ruin eines derartigen Kompagniegeschäfts.

Die "nationale" Koalition zog vor einigen Monaten in den Kampf, um die Erringung der automatischen Vorrückung für die Beamten und um die Erringung einer allgemeinen prozentualen Erhöhung des Quartiergeldes. Hier war schon das Verhältnis zwischen den verschiedenen Kampfobjekten einerseits und den dieser Bewegung dienstbar gemachten Bedienstengruppen andererseits ein unrichtiges. Von den Arbeitern, Dienern und Unterbeamten, die das Gros der Anhänger der "nationalen" Koalition bilden und so die numerische Größe und damit die Macht derselben herstellen, sind die ersten, die Arbeiter, an den in diesem Kampfe aufgestellten Forderungen überhaupt nicht interessiert und die Diener und Unterbeamten nur an der einen der beiden gestellten Forderungen. Es wäre aber unbillig, hierbei nicht anzuerkennen, daß die Beamtenforderung nach Einführung der automatischen Vorrückung, die doch die Diener und Unterbeamten schon besitzen und die die Beamten der nunmehr verstaatlichten Bahnen vor der Verstaatlichung bereits besaßen, eine gerechtfertigte ist und daß sie nicht beabsichtigt, einer Bedienstengruppe außerordentliche Sondervorteile zu schaffen. Es wäre ferner unbillig, nicht die Verpflichtung für alle Teile einer derartigen Koalition anzuerkennen, auch an der Durchsetzung von Forderungen mitzuwirken, an denen nicht alle der einzelnen Teile der Koalition selbst interessiert sind. Verbesserungen treten bei den österreichischen Eisenbahnen nur etappenweise ein und das Besserwerden der Verhältnisse für eine Bedienstengruppe schafft den anderen Kategorien gleichfalls Unrechte auf Verbesserungen. Dennoch aber ist der eine Teil in dieser "nationalen" Koalition der geprellte.

Die Beamten, die in der "nationalen" Koalition stehen, und die in dieser bestimmen, wiewohl sie nicht die Majorität der Koalitionsgenossen bilden, lediglich infolge des in der "nationalen" Koalition geltend gemachten und von den Vertretern der anderen Bediensteten nicht paralytierten Übergewichtes ihrer sozialen und dienstlichen Stellung, nahmen den Kampf zunächst bitter ernst. Als ihnen aber die Automatik nicht aber auch die Quartiergeldernhöhung, mit welcher letzteren Forderung sie die anderen Bediensteten, die Majorität in der "nationalen" Koalition, an dem Kampfe mit interessiert hatten, zugesstanden war, trat an die Stelle der Kampfbereitschaft satte Resignation. Und da sie nun die Automatik, wohl noch nicht unter Dach und Fach, aber doch schon aus dem größten heraus haben, schickten sich die Koalitionsgenossen der "Reichsbündler" und der "Fednota", die nationalen Beamten an, in der Frage der Quartiergeldernhöhung ihren eigenen Weg zu gehen, wohl durch die Erwägungen bestimmt, daß für einen kleineren Teil der Bediensteten früher Forderungen durchzusetzen sind, als für die Allgemeinheit, zumal wenn es sich um Beamte handelt, die als Gegenleistung der Bahnverwaltung eine rationelle Ausnutzung der anderen Bediensteten und des Materials ausführen können. So steht in der nationalen Koalition das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, so wird hier das Solidaritätsprinzip befolgt und das entgegengesetzte Vertrauen gewürdigt.

Wir haben bereits knapp über die unlängst in der Volkshalle stattgefunden Versammlung des "Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines" berichtet. In dieser Versammlung vollzog sich die Aenderung der Taktik des "Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines" in der Angelegenheit der Quartiergeldernhöhung. Herr B a s t e n d o r f, der Sprecher des Vereines, propagierte die Forderung nach Gleichstellung der Quartiergelder der Eisenbahnbeamten jenen der Offiziere. Die allgemeine Forderung der "nationalen" Koalition in dieser Angelegenheit war die Forderung nach prozentualer Erhöhung des Quartiergeldes für alle Bediensteten. In der Verschiedenartigkeit dieser Forderungen liegt schon ihre verschiedene Behandlung. Die Forderung nach der allgemeinen Erhöhung des Quartiergeldes für alle Bediensteten, die vom "Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenverein" nunmehr fallen gelassen wurde, macht geradezu eine allgemeine Vertretung derselben in der "nationalen" Koalition notwendig. Bei der Sonderforderung nach der Gleichstellung der Quartiergelder der Beamten den Quartiergeldern der Offiziere, wird sich schwerlich eine Gemeinsamkeit in der Behandlung dieser Sonderforderung mit der allgemeinen Forderung der Erhöhung des Quartiergeldes für die anderen Bedienstetekategorien ergeben. Und das scheint von den Vertretern der nationalen Beamtenvereine wohl erwogen zu sein. Die anderen Bedienstengruppen helfen den Beamten die Automatik in Sicherheit zu bringen. Nun sind die nationalen Beamtenvereine ihrer Verbündeten überdrüssig, die sie als Hemmnis betrachten, allein Sonderbestrebungen nachgehen zu können.

Wenn dies in der "Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamten-Zeitung" anders dargestellt wird, wenn diese berichtet, Herr B a s t e n d o r f habe in der Beamtenversammlung in der Volkshalle erklärt:

"Unbedingt geboten wäre es, alle Unterbeamten und Dienst aufzulären, daß die Beamtenversammlung die Quartiergeldernhöhung auch für sie verlange, da sie wie die Beamtenversammlung das Wohnungselend gleich hart treffe."

Wir müssen auf Grund unserer eigenen Berichterstattung folgendes konstatieren. In den sehr ausführlichen Berichten des Herrn Richter in dieser Versammlung über die Aktionen betreffs der Errichtung der Automatik und der Quartiergeldernhöhung fiel kein Wort davon, daß man sich auch um die Quartiergeldernhöhung für die anderen Bediensteten bemüht hätte. Wäre in der "nationalen" Koalition das Verhältnis zwischen den einzelnen Bedienstengruppen ein aufrichtiger, hätte diese Versammlung in der Volkshalle nicht vorbeigehen können, ohne daß ausdrücklich konstatiert worden wäre, daß das Erreichen des Bugeftandnisses der Automatik dem Einfluß der gesamten "nationalen" Koalition zu danken sei und daß nunmehr auch für die Beamten die Verpflichtung besthebe, an der Errichtung der Forderungen der anderen Bediensteten mitzuwirken. Dabon war kein Wort zu hören in dieser Versammlung. Die "Deutschösterreichische Eisenbahnbeamten-Zeitung" scheut sich bekanntlich auch nicht, gegen Bedienstetenforderungen direkt eine gegnerische Stellung einzunehmen, wie in der Frage der Ernennung der Bahnmeister zu Beamten, und die zitierte Neuherierung des Herrn B a s t e n d o r f hat in der Wirklichkeit keineswegs dahingelautet, "die Beamtenversammlung fordert auch für die Unterbeamten und Dienst die Quartiergeldernhöhung". Herr B a s t e n d o r f sagte vielmehr, die Notwendigkeit einer Quartiergeldernhöhung werde von den Unterbeamten und Dienstern noch nicht recht empfunden. Es sei eine eindringliche Aufklärung durch die Beamten erforderlich, damit nicht gewisse Kreise die Bediensteten abhalten, diese Forderung nach der Quartiergeldernhöhung zu erheben. Damit gab er seinen Kollegen einen Wink mit dem Baunpfahl, den eigenen Verrat an den Interessen der gesamten Bediensteten in dieser Frage der sozialdemokratischen Organisation unterzuschieben. Rechnet man hier noch hinzu, daß die sozialdemokratischen Personalvertreter doch schon seit langer Zeit in den Personalcommissionen die Erhöhung des Quartiergeldes nach einem gerechten Schlüssel (die Forderung der Gleichstellung der Beamtenquartiergelder den Quartiergeldern für Offiziere verlangt, nur für die höheren Quartiergeldklassen, hier aber allerdings wesentliche Erhöhungen. In den niedrigeren Quartiergeldklassen wären die Erhöhungen unbedeutende und in einzelnen Fällen würden sogar Verschlechterungen eintreten), fordern, durchschaut man ganz die Handlungsweise B a s t e n d o r f s, der nebenbei bemerkt, nicht gut daran tut, die Großmut seiner Gegner auf Proben zu stellen.

Was sagen nun die Vereine der Unterbeamten, Diener und Arbeiter, die dieser "nationalen" Koalition angehören, der "Reichsbund", die "Fednota" u. s. w., zur Haltung ihrer Koalierten? Sie sehen mit dummem Gesicht den wohlgenut allein davonsegelnden, auf das neue Ziel, die Offiziersquartiergelder, lossteuernden, nationalen Beamtenvereine nach, machen Betrachtungen über die Undankbarkeit der Menschen und über die Vergänglichkeit alles Fördischen. Die "Reichsbündler" waren hierbei derart konsterniert, daß eine Nummer, wohl die erste, des "Deutschen Eisenbahner" erschien, ohne einen einzigen Kampftitel gegen die sozialdemokratische Organisation zu enthalten. Es schien schon so, als wenn die "Reichsbündler" Einkehr gehalten hätten und zur Einsicht gekommen wären, daß es nicht die Lebensaufgabe einer Eisenbahnerorganisation sein könne, der Tätigkeit der anderen Organisation Schwierigkeiten zu schaffen, ihre Absichten zu verdächtigen und deren Leistungen zu verkleinern. Eine Einsicht, die alle Beamtenvereine, hüben und drüben, längst, und nicht zum Schaden ihrer Bestrebungen aufnahmen, denn den B a s t e n d o r f s ist der Zwist nur für die anderen Bediensteten gut genug. Auf den Rücken der Unterbeamten, Diener und Arbeiter sollen die nationalen und sonstigen Differenzen ausgezogen werden, den Beamten kommt gegenseitige Duldung, auf daß die Vertretung ihrer Interessen, von welcher Seite sie immer ausgehen möge, keinerlei Schmälerung erfahre.

Sonst ist an dieser Sache noch bemerkenswert, daß die von der alten Koalition errungene Stegaautomatik für Beamte, die von den Gegnern der alten

## Die nationale Koalition.

Nach langem Suchen hatten sie sich gefunden, wie sie sich schöner nie zusammenfinden könnten, die elf Vereine, die sich zur so und so vielen neuen "nationalen" Koalition zusammen schlossen. Sie ein deutsch-, tschechisch-, polnisch- und slowenisch-nationaler Eisenbahnbeamtenverein, die nationalen Vereine der anderen Eisenbahnbediensteten und was sonst noch an Vereinen gelber und schwarzer Couleur und an partikularistischen bei den

Coalition viel verlässt wurde, nunmehr ein begehrtes Objekt für alle Beamte der f. f. Staatsbahnen geworden ist. Eine späte und unfreimillige, aber nicht wegzugängbare Anerkennung der Tätigkeit unserer alten Koalition.

Die „nationale“ Koalition wird, trotzdem sie durch das Verhalten der nationalen Beamtenvereine in ihren Grundfehlern erschüttert ist, voraussichtlich noch eine Zeitlang ihre Wege treiben, um dann an ihren eigenen organischen Widersprüchen zugrunde zu gehen. Sie ist das komplizierteste Gebilde, das nur gegen die sozialdemokratische Organisation errichtet werden und von der Gegnerlichkeit und Feindseligkeit gegen diese zusammengetragen werden konnte. Hat sie, die nicht mehr leicht durch ein neues Gebilde überboten werden kann, sich dann auch endgültig als unsfähig erwiesen, den Einfluß der sozialdemokratischen Organisation zu brechen, dann wird man denn doch endlich das Wohl und das Wehe aller Eisenbahner Österreichs allein und uneingeschränkt der sozialdemokratischen Organisation anvertrauen müssen.

## Die Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten\*).

Vor uns liegen die Preisverzeichnisse der Staats-eisenbahngegenstätten Prag-Bubna und Simmering. Läßt schon die Beschreibung der Arbeit an Klarheit zu wünschen übrig, so ergibt schon ein oberflächlicher Vergleich der Akkordpreise in beiden Werkstätten ganz gewaltige Unterschiede. Es ist kaum anzunehmen, daß die Preise von Haus aus so unterschiedlich gestellt wurden, sondern es kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß man dort, wo einigermaßen gut verdient wurde, die Preise immer mehr und mehr zustießt. Dann ist aber auch das Argument, welches man im Eisenbahministerium den Vertrauensmännern der Arbeiter so gern entgegenhält, nämlich „die fleißigen Arbeiter sollen sich durch den Akkord mehr verdienen“, hinfällig. Um nun wieder Tatsachen sprechen zu lassen, wollen wir einige Akkordpreise, welche in der Simmeringer Werkstätte Geltung haben, zitieren. Hier heißt es: Räder wechseln à 50 Heller. Jeder, der nur einigermaßen Verständnis von der Arbeit hat, muß, wenn er dies liest, annehmen, daß die zwei damit beschäftigten Arbeiter das alte Rad herausnehmen und das bereitstehende neue nur einheben brauchen. Dem ist aber nicht so, denn die Arbeiter müssen nicht nur das alte Rad aus dem Geleise schmeißen, sondern auch das neue Rad aus der Dreherei oder vom Lagerplatz holen. Daß dies oft eine stundenlange Manipulation ist, weil die Geleise nie frei sind, braucht nicht besonders hervorgehoben werden.

Weiter finden wir einen Preis von 15 Heller für die Anbringung eines Verschalungsbrettes an Güterwagen. Da der Partieführer die Arbeit mit dem Werkmeister aufnehmen muß, genügen diese 15 H. vielleicht für die Zeit, welche zur Aufnahme benötigt wird. Nun muß aber erst der Tischler sein Werkzeug hinräumen, ein Verschalungsbrett herrichten und anmachen. Wir gehen weiter und lesen: „Achslager-ausgießen 30 Heller.“ Ein trockenster Text, aber um so nasser wird dem damit Beschäftigten die Stirn bei der Ausführung dieser Arbeit. Er muß das alte Lagermetall abhämmeren, das Lager im warmen Zustand mit Salzsäure und Salmiak behandeln und verzinnen, dann erst kann er das neue Lagermetall eingießen. Außerdem muß das Lager noch auf zwei Seiten angegossen werden. Arbeitszeit anderthalb Stunden, Verdienst 30 H.! Ferner ein Gegenstand, auf dessen gewissenhafte Ausführung von den Vorgesetzten viel Gewicht gelegt wird, und zwar: „Aufertigung und Bearbeitung des Kolbenstangenfelles.“ Ganz mit Recht wird hier gesagt, daß durch eventuelle leichtfertige Ausführung Menschenleben zu grunde gehen könnten. Daher ist es selbstverständlich, daß die Partieführer diese Arbeit ausschließlich den tüchtigen und geschickten Arbeitern geben, die sich ja nach Wunsch des Eisenbahministeriums viel verdienen sollen. Und was hat nun so ein Arbeiter, wenn er nach fleißiger vierstündiger Arbeit diesen Kolbenstangenfleck fertiggestellt hat, verdient? 1 Krone 95 Heller, sagt stolz das Preisverzeichnis. Dies sind natürlich nur einige wenige Beispiele. Es liegen sich bei genauer Durchsicht Hunderte solcher Beispiele anführen. Erklärt muss werden, daß es eine ganze Reihe von Arbeiten gibt, für die überhaupt keine Entschädigung geleistet wird. Wir wollen nur das Ausfassen des Materials, die Transportierung der veränderten Gegenstände in die Schmiede, Dreherei und Kupferschmiede und wieder zurück zur Arbeitsstelle nennen.

Ferner die Arbeit des Partieführers, der die Arbeit aufnehmen, die Bestellungen einschreiben und besorgen muß, der überhaupt den ganzen Tag zu keiner Arbeit beim Schraubstock kommen kann, weil er von einer Abteilung in die andere, von einer Kanzlei in die andere galoppiert muss, damit die Gegenstände rechtzeitig bestellt werden. Sonst erleidet die Partie eine Störung in der Arbeit, was gleichbedeutend mit weniger Verdienst ist. Und dafür wird kein roter Heller bezahlt. Die Arbeiterschaft versuchte mehrerenmal für diese Arbeiten eine angemessene Entschädigung zu erhalten; doch war man jedesmal mit der Ausrede bei der Hand, daß diese Verrichtungen alle in den bestehenden Akkordpreisen inbegriffen sind, obwohl in dem Texte des Preisverzeichnisses nicht einmal darauf hingewiesen wird. Allerdings können die Vorgesetzten, wenn sie sehen, daß mit derart lächerlich geringen Preisen nicht gearbeitet werden kann, sogenannte Nullpreise machen; diese müssen dann laut Arbeitsordnung vereinbart werden. Wie schaut aber eine solche Vereinbarung zumeist aus?

Oft erachtet es der Vorgesetzte überhaupt nicht notwendig, die Arbeiter nach dem Verlangen zu fragen, sondern schreibt ihm einfach einen Preis hin und damit basta. Ist der Preis zu niedrig, so kann der betreffende Arbeiter von Pontius zu Pilatus rennen, er wird zumeist kein Recht finden. Ja, es ist oft den unmittelbaren Vorgesetzten ganz recht, wenn sich die Arbeiter über derartige

Dinge beschweren, glauben sie doch auf diese Weise am besten ihre Fähigkeit zum Vorgesetzten bewiesen zu haben. Eine wunderbare Frucht zeitigt das Akkordsystem in dem allmonatlichen Abschluß. Hier müssen sich die Leute ihr sauer verdientes Geld oft erstreiten. Die Leute haben den ganzen Monat fleißig gearbeitet und glauben, daß sie einen schönen Verdienst erzielt haben, denn der Akkord soll ja dazu da sein, daß sich die fleißigen Leute viel verdienen. Nun kommen einer oder gleich zwei Vorgesetzte und schämen die Arbeit ab. Dabei stellt sich schließlich heraus, daß der Verdienst trotz vieler und fleißigem Arbeiten gesunken ist. Selbstverständlich wird gegen eine derartige Vorgangsweise lebhaft protestiert und es gab schon Abschlässe, wo die Vertrauensmänner ihre ganze Autorität aufwenden mußten, um die aufgeregten Arbeiter vor voreiligen Schritten abzuhalten.

Doch noch eine andere schlechte Seite hat die Akkordarbeit für den Arbeiter, und zwar die, daß sich jeder Vorgesetzte eine gewisse Gerichtsbarkeit anmaßt oder anmaßen kann. Es wurde schon in voriger Nummer gesagt, daß die Arbeitsleistung streng durchgeführt ist, und daß die Arbeiter in Partien geteilt sind. Ferner stellt man den Arbeitern, wenn sie sich über die schlechten Preise beschweren, immer das Argument entgegen, daß es doch nicht lauter schlechte Preise geben kann, sondern daß es auch gute Preise gibt, die die schlechten Preise aufheben. Nun darf es einem Vorgesetzten einkaufen, aus irgendwelchen Gründen eine weitere Arbeitsleistung durchzuführen. Er errichtet einfach eine neue Partie, gibt ihr die besser gezahlten Arbeiten und die anderen Partien haben das Nachsehen. Oder der Vorgesetzte kann die Arbeit so verteilen, daß die eine Partie die schlechtere Arbeit bekommt, dann sind die Leute nicht imstande, einen angemessenen Lohn zu verdienen. Oder er weist einer Partie einfach längere Zeit keine Arbeit zu, die Leute sind zum Müßiggang verurteilt, infolgedessen gibt's kleineren Verdienst. Wir könnten hier eine Menge Beispiele anführen, doch ist es nicht unsere Sache, persönlich zu werden, sondern an der Hand von Beispielen darzuladen, daß die Argumente, welche in Bezug auf die Akkordarbeit ins Tressen geführt werden, bei den Eisenbahnwerkstättenarbeitern nicht zutreffen. Die Werkstättenarbeiter der St. G. haben es an Versuchen, dieses Akkordsystem auf eine ehrliche und gesunde Grundlage zu stellen, schon unter der alten Verwaltung nicht fehlen lassen; doch jedesmal lautete die Antwort: „Eine wirkliche Akkordarbeit ist in einer Reparaturwerkstatt überhaupt nicht durchführbar; für euch ist doch Hauptfache, daß ihr euer Geld bekommt, ob die Verrechnung jetzt Akkord genannt wird oder nicht, das hat doch nichts zu sagen.“

Nun scheint sich aber die Sache ändern zu wollen, weil die heutigen Vorgesetzten stets erklären, daß die Direktion der St. G. ein strengeres Vorgehen verlange; das bedeutet gleichzeitig die Herabdrückung der Verdienste in der Zeit der größten Lebensmittelteuerung. Auf der einen Seite erklärt der Eisenbahminister: „Ich wünsche, daß die Leute mehr verdienen sollen, wenn sie nur im Akkord arbeiten wollen.“ Auf der anderen Seite zeigt sich das Bestreben, dort, wo die Leute im Akkord arbeiten und tatsächlich etwas mehr verdienen, diesen Verdienst auf das Niveau der übrigen Werkstätten herabdrücken.

Für die Arbeiter kann es daher nur eine Lösung geben und die muß sein: Weg mit diesem Intrigenpiel, weg mit jedem Schwindelakkord; Umwandlung des Akkordverdienstes in feste Lohn und Stabilisierung nach den Grundsätzen des Wilnskischen Erlasses vom Jahre 1895.

In nächster Nummer soll untersucht werden, ob die Akkordarbeit den Bahnverwaltungen wirklich Nutzen bringt.

## Reichskonferenz der Werkstättenarbeiter sämtlicher Bahnen Österreichs.

Die Arbeiter der Haupt- und Heizhauswerkstätten der österreichischen Eisenbahn hielten Samstag den 25. und Sonntag den 26. März 1911 im Gartensaal des Favoriten Arbeiterheims in Wien eine Reichskonferenz ab, die den Zweck hatte, die Berichte der Personalkommissionenmitglieder und der Arbeiterausschusssmitglieder über die Verhandlungen in diesen Körperschaften entgegenzunehmen, die Arbeits-, Gehalts- und Lohnverhältnisse zu erörtern und die Taktik für die weitere Vertretung der Forderungen der Werkstättenarbeiter festzulegen. In den Beratungen der Reichskonferenz der Werkstättenarbeiter nahmen 126 Delegierte des Werkstättenpersonals, mehrere Mitglieder von Arbeiterausschüssen und Personalkommissionen, die Reichsratsabgeordneten Genosse Tomitsch und Genosse Rudolf Müller und einige Gäste teil. Die Zentrale unserer Organisation war durch Genossen Tomitsch und die Sekretariate derselben durch die Genossen Brodecky, Kacanowsky und Kopas vertreten. Die Redaktion des „Eisenbahner“ hatte Genossen Krawany zur Konferenz entsendet.

Nachdem Genosse Tomitsch im Namen der Zentrale unserer Organisation die Konferenz begrüßt hatte, wurde die Wahl des Vorsitzes vorgenommen, die einstimmig folgendes Resultat ergab:

Vorsitzender: Genosse Tantsch, Stellvertreter des Vorsitzenden: Genosse Glaser und Genosse Styrsky. Die Funktion des Schriftführers versah Genosse Krawany.

Gegen die vorgeeschlagene Tagesordnung:

1. Die Lage der Werkstättenarbeiter:
- a) Lohn,
- b) Stabilisierung,
2. Behandlung und Beschließung geeigneter Anträge,
3. Die zukünftige Vorgangsweise,
4. Eventuelles,

erhob sich kein Widerspruch.

Den Bericht über die Verhandlungen der Zentralpersonalcommission der f. f. Staatsbahnen erstattete das Zentralpersonalcommissionmitglied Genosse Kurtag. Dieser

verwies auf die detaillierten Berichte im „Eisenbahner“ und führte weiters folgendes aus:

Die Zentralpersonalcommission verfüge nicht über den nötigen Einfluß auf das Eisenbahministerium. In ihr seien den Vertretern des Personals Vertreter der Staatsbahnverwaltung gegenüber, die mit keinerlei Vollmacht ausgerüstet sind. Den Vertretern der Bediensteten wird bei der Begründung ihrer Anträge recht gegeben, die Anträge gelangen zur Annahme, ohne daß Einwendungen gegen dieselben gemacht werden. Zur Durchführung gelangt aber von den angenommenen Anträgen nur ein geringer Teil und was an Verbesserungen eingetreten sei, sei nicht auf den Einfluß der Personalcommission, sondern auf den Kampf der Organisation zurückzuführen, da durch die passive Resistenz das Eisenbahministerium gezwungen war, Versprechungen zu machen.

Auf die Befragung der wichtigsten, in der Zentralpersonalcommission gestellten Anträge eingehend, führte Genosse Kurtag weiters aus: Betreffs der Schädigungen bei den Stabilisierungen seien in der Sitzung der Zentralpersonalcommission selbst 40 typische Fälle angeführt worden, und es wurde in Aussicht gestellt, daß diese Sache untersucht werden wird. Man hat dann später in der Personalcommissionsitzung mitgeteilt, daß die Untersuchung dieser Sache nur in den wenigsten Fällen eingetretene Schädigungen festgestellt hat, was mit den tatsächlichen Zuständen in Widerspruch steht. Hierauf beprach Genosse Kurtag die Fragen der Quartiergeld erhöhung, der Entschädigung bei Eigentumserneuerungen, der Stabilisierungsnormen, der Prüfungsvorschreif, den Stillstand in der Normierung der Oberwerkmeisterposten, die Fragen der Ernennung der Oberwerkmeister zu Unterbeamten, der Einreichung der qualifizierten Hilfsarbeiter in die Gruppe B des Dienstschemas, der Nebenstundenentlohnung, der anderthalbstündigen Mittagspause in den Heizhäusern und der anderthalbstündigen Anrechnung der Dienstzeit bei der Berechnung der Pension für Kesselschmiede. Er schloß seine Ausführungen mit einer eindringlichen Aufforderung, den Einfluß der Personalcommission durch Stärkung der Organisation zu mehren.

Genosse Tantsch, der über die Tätigkeit des Zentralarbeiterausschusses der f. f. Staatsbahnen berichtete, erklärte, er wolle nicht alle Anträge, die im Zentralarbeiterausschuß verhandelt wurden, besprechen, da über deren Behandlung dem Personal im „Eisenbahner“ und in vielen Versammlungen ausführlich berichtet wurde. Bei Beginn der Sitzung des Zentralarbeiterausschusses sei vom Vorsitzenden desselben darauf hingewiesen worden, daß diese Körperschaft lediglich ein beratendes Organ sei, und dies kennzeichnete die Auffassung des Eisenbahministeriums, die daselbst betreffs der Arbeiterausschüsse hat. In der Frage der Urlaube für die Arbeiter hätte früher das Eisenbahministerium eine ganz ablehnende Haltung eingenommen. Die Arbeiter der Nordbahn haben einen Vorstoß versucht und die Forderung von Urlauben in den Vordergrund gestellt. Sie hatten insoweit hierbei einen Erfolg, als die Nordbahndirektion erklärte, den Arbeitern Urlaube nach Einsicht in fürzesten Zeit einzuräumen zu wollen. Nunmehr erklärt sich auch das Eisenbahministerium bereit, dieser Frage näherzutreten zu wollen. Aus den mit der Stabilisierung zusammenhängenden Fragen wolle er eine herausreissen, an der die Konferenz nicht vorübergehen dürfe. Man schließt die Stabilisierung der Arbeiter der nunmehr verstaatlichten Bahnen hinzu, um wieder ein Akkord- oder Prämienystem aufzubauen zu lassen. Da sei es Aufgabe der heutigen Konferenz, hierzu Stellung zu nehmen und präzis zu erklären, daß auf der Stabilisierung der Arbeiter der verstaatlichten Bahnen bestanden werde. Das Eisenbahministerium wolle über die gegenwärtige Entlohnung der Nebenstunden, die um ein Achtel höher ist als die Entlohnung für die normale Arbeitszeit, nicht hinausgehen und diese Frage wird bei der Auflösung der Arbeitsordnung eine Rolle. Der Eisenbahminister Glombitsch hätte der leicht zu ihm entsendeten Deputation der Arbeiter erklärt, die Arbeitsordnung sei in den Fachgruppen fertiggestellt und zur Begutachtung an die Direktionen und Departements ausgegeben. Die Erledigung dieser Angelegenheit ziehe sich ungewöhnlich in die Länge, während man den Arbeitervertretern nur 48 Stunden Zeit läßt, sich zu Verlagen des Eisenbahministeriums zu äußern. Betreffs des Feiertags des 1. Mai hätte bereits der Eisenbahminister Derschatta zugestanden, daß am 1. Mai ein Teil der Arbeit ruhen dürfe, und es sei angezeigt, in dieser Sache einen Schritt weiter zu machen. Für die Provisionisten müsse der Fortzug des Feiertags zu Regiepreisen erwünscht werden. Die ungünstigen Einwirkungen der Arbeit der Kesselschmiede auf den Gesundheitszustand dieser, mit denen sich auch der Brüsseler Kongress beschäftigte, namentlich die Einwirkung des Schalles und der Bodenbewegung seien im österreichischen Eisenbahministerium nicht Gegenstand von Untersuchungen. Man gehe mit Gleichgültigkeit über die Gefährdung der Gesundheit der Kesselschmiede hinweg, und da sei es notwendig, das Eisenbahministerium zu bewegen, in dieser Frage eine andere Haltung einzunehmen. Schließlich berichtete Genosse Tantsch über die am 4. März 1. J. stattgefundenen Vorsprache der Arbeiterdeputation beim Eisenbahminister. Der Eisenbahminister hätte erklärt, er habe gegen die Lohnautomatik nichts einzuwenden, wenn die für diese notwendigen Mittel bereitstehen. Zur Frage der Stabilisierung äußerte sich der Eisenbahminister, die Arbeiter mögen mehr arbeiten und sich nicht so oft freikündigen. (Sturmische Zwischenrufe der Konferenzteilnehmer.) Genosse Tantsch beendete seine Ausführungen mit der Erklärung, daß die Arbeiterausschüsse erst von den Arbeitern auf dem gemacht werden müssen, was sie im Interesse der Arbeiter sein sollen. Unterdessen aber könnten die Arbeiter auf die ihnen sonst zu Gebote stehenden Kampfmittel keineswegs verzichten.

Genosse Krawany berichtete über die Sektion „Arbeiter“ der Personalcommission der Österreichischen Nordwestbahn: Auf der O. N. B. sind die Verhältnisse in ein Stadium getreten, in das zu geraten, wir befürchten. Als die Sektion „Arbeiter“ der Personalcommission auf der O. N. B. errichtet wurde, seien die Arbeiterchaft auf diese Institution große Hoffnungen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die Zeit, die dieser Institution für ihre Arbeit zur Verfügung stand, war eine verhältnismäßig kurze, so daß es nicht möglich war, in dieser Zeit viel zu leisten. Der Verhandlung gegenüber, die das Eisenbahministerium dem Arbeiterausschuß angebietet läßt, muß festgestellt werden, daß wenigstens in dieser Institution der O. N. B. auf die Anfragen der Arbeitervertreter Antworten erteilt wurden. Als wir im Jahre 1909 anfragten, wann die in der Sektion „Arbeiter“ der Personalcommission gestellten Anträge zur Durchführung gelangen werden, sagte man uns, man habe im Jahre 1907 so viel für die Arbeiter aufgewendet, daß man nicht in der Lage sei, in diesem Zeitpunkt etwas für die Arbeiter zu tun, die Arbeiter mögen sich gedulden. Unterdessen kamen wir in den Zustand der Verstaatlichung. Bei der Verstaatlichung hat man die Fonds, die man vorhanden genommen und mit jenen der f. f. Staatsbahnen verschmolzen, gegeben hat man aber den Arbeitern nichts und gegenwärtig stehen wir vor der Auflösung der Sektion „Arbeiter“ der Personalcommission der O. N. B. B., so daß alle, in dieser eingebrachten Anträge, be-

\* Siehe „Eisenbahner“ Nr. 10.

graben sein werden. Man hat vier Arbeiterausschüsse auf der *Oe. N. W. B.* errichtet. Dadurch, daß bei den *I. I. Staatsbahnen* der *Zentralarbeiterausschuß* lange Zeit nicht einberufen wird, wird dessen Wirtschaftlichkeit aufgehoben. Wir werden uns aber nicht dazu hergeben, nur zum Scheine eine Arbeiterversetzung darzustellen. Entweder sind die Arbeiterausschüsse Institutionen, die Einfluß nehmen können, oder sie sind es nicht und haben so keine Berechtigung, zu bestehen. In der Frage der *Stabilisierung* weicht man bei der *I. I. Oe. N. W. B.* aus und sind die daraus resultierenden Zustände auf die Dauer unthalbar.

Genosse *Rehak* berichtete für den Arbeiterausschuß der *Staatsbahngesellschaft*: Er führte aus: Wir haben vor der Verstaatlichung keinen Arbeiterausschuß gehabt. Es leisteten aber die bestandenen Vertrauensmännerausschüsse dem Personal in vielen Hälften gute Dienste. Nach der Verstaatlichung wurden drei Arbeiterausschüsse gewählt, die nur wenige Anträge stellten, um auf diese die gesamte Kraft zu konzentrieren.

Die gestellten Anträge betrafen die *Stabilisierung*, die *Verkürzung der Arbeitszeit* in den *Heizhäusern* und *Werkstätten* und die *Erhöhung des Lohnes* und die *Einführung einer Lohnautomatik*. Zu der Zeit, als in *Böhmisches Triebau* die Konferenz der Arbeiter der *I. G. Stattfand*, erklärte die *Direction* der *I. G. G.*, die *Stabilisierung* der Arbeiter durchzuführen zu wollen. Das ist aber nicht geschehen und man hat uns dann später erklärt, daß von einer *Stabilisierung* gar keine Rede sein könne, man werde überall, wo dies nur möglich sei, das *Affordsystem* einführen. Das *Affordsystem* in einer *Reparaturwerkstatt* ist ein reiner *Schwindel* und die Arbeiter bestehen daher auf einem anständigen *Lohnsystem* und haben sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, das *Schweregewicht* ihrer Tätigkeit nicht auf den *Arbeiterausschuß*, sondern auf die *Organisation* zu verlegen.

Genosse *Heider* berichtete von den Arbeiterausschüssen der *I. I. Nordbahn* nachstehendes: Es wird sich kein vernünftiger Arbeiter darin täuschen, was er von einem Arbeiterausschuß verlangen kann. Die Arbeiterausschüsse sind in Misskredit geraten, weil sie nichts Positives leisten konnten. Wir waren uns aber doch im voraus klar, daß diese nur ein mehr informativer Charakter aufweist. *Afford* ist *Betrug*, sowohl an dem Arbeiter als auch an dem Betrieb. Entweder muß das *Affordsystem* ein reines *Affordsystem* sein, und dies ist unmöglich, oder man muß den *Afford* überhaupt ganz verwerfen. Der *Afford* ist das Hindernis für die *Stabilisierung*; leitere und die automatische *Lohnvorrichtung* ist ohne Regelung des *Lohnwesens* unmöglich. Bei der *I. I. Nordbahn* muß auch gegenwärtig die *Gleichstellung* im *Afford* solange derselbe besteht angestrebt werden. Die Arbeiterausschüsse der *I. I. Nordbahn* haben sich bemüht, immer einheitlich vorzugehen, doch widerstreben die Leitungen der einheitlichen Regelung der Zustände.

Genosse *Binill* berichtete für den Arbeiterausschuß der *Böhmisches Nordbahn*: Bei der Einführung des Arbeiterausschusses nach der Verstaatlichung mußten erst Erhebungen gesammelt werden. Wir haben im Dezember 1909 Forderungen überreicht, die sich mit den bei den *I. I. Staatsbahnen* gestellten decken. Über das Schicksal derselben haben wir seit dem Jahre 1909 nicht ein Wort erfahren. Die Anträge werden angenommen und befürwortet, um dann über sie nie ein Wort verlauten zu lassen. Als wir die Erledigung der Anträge erwarteten, erklärte der Vorsitzende, die Erledigung sei eingeleitet und er sei nicht berechtigt, bezüglich derselben irgendwelche Erklärungen abzugeben. Vor der Verstaatlichung hatten wir keinen *Provisionsfonds*. Wir verlangten die Aufnahme der Arbeiter der *O. N. B.* in den *Provisionsfonds*, und ist diese auch wirklich erfolgt. Die Beiträge, die als Nachzahlungen hierbei den Arbeitern in Abzug gebracht wurden, sind groß und werden um so mehr empfunden, als bei der *O. N. B.* die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Auf unsere Vorschläge im Eisenbahministerium wurde den Arbeitern eine einmalige Zuwendung gewährt. Im Dezember des vorigen Jahres mußten wir abermals diesen Schrift unternehmen. Man erklärte, nach Möglichkeit abermals unseren Wunsch erfüllen zu wollen, woraus wir aber nicht das Amt ableiten dürfen, auch weiterhin derartige einmalige Zuwendungen anzusprechen zu dürfen. Die zugewiesenen Geldbeträge sind dann um 5 Kr. niedriger ausgefallen als im ersten Jahre. Die neue *Direction* erklärte uns, es sei in absehbarer Zeit keine Aussicht auf *Stabilisierung* der Arbeiter.

Für den Arbeiterausschuß der *Südbahn* berichtete Genosse *Glaeser* folgendes: Im Arbeiterausschuß der *Südbahn* wurden nicht viel Anträge gestellt, aber wir trachteten, die gestellten Anträge auch durchzuführen. Der freie Samstagnachmittag wurde erreicht. Ebenso *Erholungssurlaube* für Arbeiter und automatische *Lohnvorrichtungen*. Die *Stabilisierung* der Arbeiter wurde rundweg abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß wir durch dieselbe geschädigt wären. Bei der Besetzung früherer Dienstposten werden häufig absolvierte *Gewerbeschüler*, die die praktische Arbeit erst erlernen müssen, vorgezogen. Der 1. Mai kann dort, wo es die Dienststücksichten ermöglichen, gefeiert werden.

Genosse *Stübs* berichtete, daß auf der *Buschtěhrader Bahn* die Verhältnisse in manchen Beziehungen bessere seien als auf den *I. I. Staatsbahnen*. Auf der *Buschtěhrader Bahn* sei die *Automatik* bereits unter Dach und Fach. Es wurden zwei Lohnhöhungen durchgeführt, die eine betrug 30%, die andere 10% Erhöhung des *Taglohn*. Die heutige Konferenz möge ein besonderes Augenmerk auf die Frage der *Arbeitszeit* richten. Auf der *Buschtěhrader Bahn* ist der Samstagnachmittag zwar frei, er kann aber zu außergewöhnlichen Arbeiten verwendet werden. Und da werden immer mehr Arbeiten als außergewöhnliche angesehen. Der 1. Mai wurde bereits von den Arbeitern der *Buschtěhrader Bahn* gefeiert.

Genosse *Sterlike* berichtete für den Arbeiterausschuß der *Aussig-Teplicher Eisenbahn*. Er führte aus: Auch bei uns konnten nicht alle Anträge in Wirklichkeit umgesetzt werden. Der freie Samstagnachmittag wurde noch nicht erreicht, dagegen wurde der tägliche Arbeitsschluß um  $\frac{1}{2}$  Uhr durchgeführt. Die Lösung der Frage der *Lohnautomatik* steht auf grobe Schwierigkeiten. Die Vertretung der Interessen der Arbeiter werde durch das Vorgehen der "Reichsbund" geschädigt und haben die letzten Wahlen in die berufligenen gesellschaftlichen Unfallversicherungsanstalt bewiesen, wie sehr deren Anhang unter dem Personal abgenommen.

Zentralarbeiterausschuhmitglied Genosse *Priehner* führte *Beschwerde* über die *Prototypführungen* bei den Sitzungen des *Zentralarbeiterausschusses*. Es werden die Verhandlungen über einzelne Gegenstände oft so dargestellt, wie sie nicht stattgefunden. In den *Directionsausschüssen* wurden die Anträge betreffs der *Lohnautomatik* mit der Begründung zurückgewiesen, daß die *Lohnautomatik* vom *Eisenbahministerium* durchzuführen sei. Das *Eisenbahministerium* hat diese Anträge wieder an die *Directionen* verwiesen. Mit neuen Ministerien ziehen bei der *Staatsbahnverwaltung* neue Systeme ein. Die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen verlangen die Abschaffung des *Affordes* und bei den alten Linien der *I. I. Staatsbahnen* will man diesen wieder einführen. Man will den Arbeitern weder einen ordentlichen Lohn noch die *Stabilisierung* geben.

Nach dieser Berichterstattung ergriff Genosse *Somitsch* zum zweiten Punkt der Tagesordnung: "Ve-

### handlung und Beschiebung geeigneter Anträge" das Wort. Er führte aus:

Da das Material, das die Konferenz zu behandeln hat, sehr umfangreich ist, werde ich mich auf die Besprechung der wichtigsten Angelegenheiten beschränken, so daß meine Ausführungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben werden. Bei den *I. I. Staatsbahnen* wurden seit der letzten Konferenz keine wesentlichen Verbesserungen durchgesetzt, so daß sich die heutige Konferenz vornehmlich mit der *Revision* der auf der Konferenz im Jahre 1909 gefassten Anträge zu beschäftigen haben wird. Auf der *Südbahn* wurden wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter durchgeführt. Der *Schluss* der Arbeitszeit Samstag mittags gilt bei der *Südbahn* nicht wie bei den *I. I. Staatsbahnen* nur für die *Hauptwerkstätten*, sondern auch für die *Heizhauswerkstätten*, mit Ausnahme der Arbeiter, die *Reverdienst* zu verzeichnen haben. Bei den *I. I. Staatsbahnen* sind noch keine *Erholungssurlaube* für Arbeiter eingeführt, bei der *Südbahn* sind sie bereits eingeführt. Die *Südbahn* hat den *Provisionsfonds* eingeführt, und die jetzt schwer empfundenen Nachzahlungen werden überdauert werden.

Zum *Verständnis* der in einem *Elaborat* zusammengestellten Anträge sind folgende Anführungen notwendig: Die wichtigste Frage, die gegenwärtig die *Werkstättenarbeiter* bewegt, ist die *Stabilisierung*, die gewiß von 95 Prozent der *Werkstättenarbeiter* angestrebt wird. Damit auch die Arbeiter der verstaatlichten Bahnen davon in Kenntnis gesetzt werden, wie früher bei den *I. I. Staatsbahnen* stabilisiert wurde, und um dieses auch vor der *Öffentlichkeit* festzustellen, haben wir im "Eisenbahner" den diesbezüglichen *Erlaß* der ehemaligen *Generaldirektion* der *I. I. Staatsbahnen* zum *Abdruck* gebracht. Die *Grundsätze*, nach welchen früher stabilisiert wurde, müssen auch heute noch als gute angesehen werden, und zwar:

daz 80 Prozent der Arbeiter zu stabilisieren seien,  
daz durch die *Stabilisierung* niemand einen Schaden erleiden dürfe,

daz Differenzbeträge nicht abgerundet, sondern immer aufgerundet werden müssen,  
daz die Uniform nicht anzurechnen sei,

daz die *Hilfsarbeiter* und *Kesselschmiede* als *Werkmänner* zu stabilisieren seien und

daz die damals vom *Afforddienst* in ein *Fixum* umgewandelten unteren Löhne die *Grundlöhne* für die Zukunft bilden sollen.

Nicht ganz einwandfrei kann der *Grundsatz* bezeichnet werden,

daz der Lohn der zu *Stabilisierenden* bereits jene Höhe erreicht haben soll, dessen 300faches dem *Anfangsgehalt* und dem diesbezüglichen *Quartiergeld* zusammengekommen gleich kommt.

Wir stellen uns gegenwärtig auf den Standpunkt, daß auch gegenwärtig nach den *Grundfächern* stabilisiert werden soll, die der seinerzeitige *Präsident* der *I. I. Staatsbahnen*, *Binili*, für die *Stabilisierung* festgesetzt hat. Wir müssen hierbei auch den einen nachteiligen Punkt in unserer diesbezüglichen Forderungen aufnehmen und die *Stabilisierung* mit dem 300fachen des zuletzt bezogenen Lohnes fordern. Von den für die *Stabilisierung* festgesetzten 80 Prozent sind gegenwärtig nicht 50 Prozent der Arbeiter stabilisiert und in den *Betriebs- und Heizhauswerkstätten* sinkt die Zahl der *Stabilisierten* bis auf 20 Prozent herunter. Darin zeigt sich die Gegnerlichkeit des *Ministeriums* und der *Directionen* gegen die *Stabilisierung*. Unter *Wittels* traten die ersten Verschlechterungen der *Stabilisierung* ein. Es wurde nicht mehr mit dem 300fachen zuletzt bezogenen, sondern mit dem 300fachen der *zehnjährigen Durchschnittslohn* stabilisiert und die Uniform in den Lohn eingerechnet. Ein eigener *Erlaß* rundete die Lohnsummen unter 50 Kr. bei der *Stabilisierung* nach unten ab und dies gab Anlaß zu ungehörigen Manipulationen. Man rief einzelne Leute und forderte deren Zustimmung zu einer ungünstigeren *Stabilisierung* als zu der vorgeschriebenen. Von den einzelnen *Grundfächern* des *Erllasses* *Binili* ist gar nichts mehr übriggeblieben, und gegenwärtig wird die *Stabilisierung* von den *Dienstvorständen* ganz nach ihrem eigenen Ermeins vorgenommen. Bei den *Lohnhöhungen* in den Jahren 1905 und 1909 wurden einzelne Leute stabilisiert, ohne daß man auf die *Lohnhöhung* Rücksicht nahm, so daß diese Leute der ihnen zufallenden *Lohnhöhung* verlustig wurden und obendrauf bei der *Stabilisierung* noch einen Schaden erlitten, so daß der *Gesamtabstand* auch in mehreren Jahren nicht ausgereglicht sein wird. Die Unsicherheit dieser Zustände schafft eine *Erbitterung* im Personal, da die *Schädigungen* schwer gefühlt werden. Wie ungünstig das starke *Arbeitsangebot* bei den *Werkstätten* der *österreichischen Eisenbahnen* auf die *Lohnverhältnisse* wirkt, sieht man in *Gmünd*, daß in der zweiten Quartierstufe steht, während dessen Löhne die der letzten Stufe sind. Wenn es also heißt, daß die Löhne den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden, ist dies nicht richtig. Wir müssen unsere Forderungen betreffs der *Anfangslöhne* nach dem *Grundsatz* erststellen, daß der *Grundlohn* die *Stabilisierung* erreichbar macht. Die *Affordverhältnisse* sind sehr verschiedenartig. In einzelnen Fällen tragen sie den Ansprüchen der Arbeiter auf die Höhe der Entlohnung Rechnung, in anderen nicht. Es lassen sich aber zwei Entlohnungsarten nebeneinander auf die Dauer nicht aufrechterhalten und man kann sich der Frage der *Umwandlung* des *Affordes* in stabiles Lohn nicht entziehen. Wären noch die *Grundsätze* *Binili* für die *Stabilisierung* in Gültigkeit, hätten die Arbeiter hierbei keine *Schädigungen* zu befürchten. So ist aber viel Vorsicht geboten. Das *Eisenbahministerium* und die *Directionen* sind Gegner der *Stabilisierung*, und es zeigen sich schon Anzeichen dafür, daß man das feste *Lohnsystem* durchbrechen will. Dabei hat der *Afford* für *Reparaturwerkstätten* keinerlei Berechtigung. Es ist auch die Frage zu stellen, ob der indifferente Teil der Arbeiter der *Afford* das notwendige Verständnis entgegenbringt. Aus diesen Gründen ist die Behandlung dieser Angelegenheit eine sehr schwierige.

Genosse *Somitsch* besprach sodann eingehend die im nachstehenden zusammengestellten Forderungen, die wir in dem Wortlaut zum *Abdruck* bringen, in dem sie noch den *Aenderungen* oder *Ergänzungen* erscheinen, die die Konferenz an selben vornahm.

Forderungen der *Werkstätten- und Heizhausarbeiter* der *österreichischen Eisenbahnen*.

1. Durchführung einer gründlichen, den örtlichen wie den sachlichen Verhältnissen entsprechenden Regelung der Löhne, das heißt der *Anfangs/Windeslöhne* wie der Löhne der älteren Arbeiter in der Weise, daß im mindesten die *Anfangslöhne* der

#### Professionisten

in Orten mit 100 Prozent *Quartiergeld* Kr. 4:10  
" 80 " " 3:90  
" 70 " " 3:80  
" 60 " " 3:60  
in allen anderen Orten " 3:50

die *Anfangslöhne* der qualifizierten *Hilfsarbeiter* in Orten mit 100 Prozent *Quartiergeld* Kr. 3:60  
" 80 " " 3:40  
" 70 " " 3:20  
" 60 " " 3:10  
" 50 " " 3:00

die *Anfangslöhne* der *Hilfsarbeiter* in Orten mit 100 Prozent *Quartiergeld* Kr. 3:40  
" 80 " " 3:20  
" 70 " " 3:10  
" 60 " " 2:90  
in allen anderen Orten " 2:80  
betragen.

Die Löhne der älteren Arbeiter sind um den Betrag der Differenz zwischen den alten und diesen *Grundlöhnen* zu erhöhen.

2. Festsetzung einer bestimmten, für alle *Werkstättenarbeiter* gültigen *Lohnvorrichtung*, und zwar für *Professionisten* vom *Grundlohn* fünfmal in *Terminen* von einem Jahr um 20 Kr., sodann in *Terminen* von zwei Jahren um 20 Kr.

für *qualifizierte Hilfsarbeiter* vom *Grundlohn* dreimal in *Terminen* von einem Jahr um 20 Kr., dremal in *Terminen* von zwei Jahren um 20 Kr. und sodann in *Terminen* von drei Jahren um 20 Kr.

für *Hilfsarbeiter* vom *Grundlohn* viermal in *Terminen* von zwei Jahren um 20 Kr. und sodann in *Terminen* von drei Jahren um 20 Kr.

3. Bei Versetzung in eine andere *Werkstätte* mit höherem *Grundlohn* hat sich der Lohn um die Differenz zwischen den *Grundlöhnen* bei den *Werkstätten* zu erhöhen.

Bei Versetzung in eine andere *Werkstätte* mit niedrigerem *Grundlohn* wird der Lohn nicht reduziert, jedoch kann die *Lohnvorrichtung* um die Differenz der Zeit, die zur Erreichung der nächst höheren Lohnstufe in der einen gegen die andere *Werkstätte* nötig ist, ruhen.

Bei Überstellung in eine Kategorie mit höherem *Grundlohn* erhöht sich der Lohn sofort um die Differenz des *Grundlohnes* der früheren zur anderen Kategorie.

Bei nicht dauernder Verwendung in Kategorien mit geringem *Grundlohn* wird der Lohn nicht reduziert.

4. Für die *Stabilisierung* der *Werkstättenarbeiter* gelten folgende Grundsätze:

Vom *Stand* der gesamten *Arbeiterschaft* in jeder *Werkstätte* sind immer 80 Prozent stabilisiert, und zwar immer 80 Prozent von den *Professionisten*, qualifizierten *Hilfsarbeiter* und *Hilfsarbeiter*.

Die *Stabilisierung* erfolgt in jedem Falle auf Grund des 300-, beziehungsweise 365fachen des zuletzt bezogenen *Taglohnes* ohne Anrechnung des *Dienstleider*.

Bei der *Stabilisierung* darf niemand einen Schaden gegenüber des 300-, beziehungsweise 365fachen des zuletzt bezogenen Lohnes erleiden. Differenzen sind immer durch Aufzierung, das heißt *Einreihung* in die nächst höhere Gehaltsstufe auszugleichen.

5. Alle *Professionisten*, welche als solche in Verwendung sind, sind als *Diener* der Gruppe A zu stabilisieren. Die *Professionisten*, welche als solche in Verwendung stehen und schon in der *Dienergruppe B* stabilisiert sind, sind in die Gruppe A der *Diener* einzureihen.

Alle stabilisierten *Professionisten* sind, sofern sie als solche in Verwendung sind, in der Gehaltsstufe von 1400 Kr. in die Kategorie der *Unterbeamten* einzureihen, und zwar nach Ablegung der erforderlichen Prüfung.

6. Unter Geltung der in Punkt 4 angeführten Grundsätze sind die qualifizierten *H*

welche sich bereits zur Arbeit qualifizieren, als „Kesselschmiede“. Die Befähigung von höheren Dienstposten hat stets nach dem Dienstalterstatus zu erfolgen.

12. Die Bediensteten sollen in der Reihenfolge der Dienstalterliste mit Verlaubung im Amtsblatt ein halbes Jahr vor dem Stattfinden ihrer Prüfung in Kenntnis gesetzt werden.

Den Definitiven sind die Fahrzeiten bei Exponierungen als Arbeitszeit anzurechnen.

Die Disziplinarcommission soll die Hälfte der Mitglieder durch das Personal gewählt werden.

Das Werkstättenpersonal soll in den Personalcommisionen durch je zwei Mitglieder vertreten sein.

Die Personalcommisionen und die Arbeiterausschüsse sind jährlich zweimal und die Arbeiterausschüsse, nicht getrennt nach Gruppen, sondern stets zusammen, das ist zu gemeinsamen Sitzungen einzuberufen.

An Stelle der aufgelösten Lokalarbeiterausschüsse soll das Vertrauensmännerystem anerkannt werden.

Gewährung eines kurzen Pelztozes aus schwarzem Zuchtnest Tuchpaletot.

13. Einführung von genau spezifizierten und ausführlichen Lohntarifen und Lohnautomaten sowie klarer Bestimmungen über die Behandlung der Professionisten im Fahrdienst und beim Halbtransport.

Gleichstellung der Arbeiter in den Signalwerkstätten, Gasanstalten und Elektrizitätswerken mit den Arbeitern in den Hauptwerkstätten.

Bei Voraussetzung der fachlichen Befähigung hat immer der Dienstälteste Arbeiter Partieführer zu werden und gleichzeitig in die höhere Lohnstufe vorzurücken. Bei der Einstellung von Führerlehrlingen soll der Dienstalterstatus der Betreffenden maßgebend sein.

Die Überstundenarbeit ist mit 50 Prozent, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit mit 100 Prozent Lohnzuschlag zu entlohen; in gleicher Weise ist diese Arbeit den Stabilisierten zu entlohen.

Als Überstunden gelten jene in der Zeit von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends über die Normalarbeitszeit geleisteten Stunden, als Nachstunden die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh.

Bei Arbeiten aufreibender, gefährlicher und gesundheitsschädlicher Art, wie in heißen Kesseln, Feuerbogen und bei ähnlichen, ist die Entlohnung um 100 Prozent zu erhöhen.

Professionisten, welche zum Fahrdienst zugezogen werden, sollen ihren Professionistenlohn auch bei diesem Dienst weiter beziehen.

Die Materialmagazinarbeiter sind den Werkstättenarbeitern gleichzustellen.

Bei der Prüfung von Beschwerden über ungerechte Qualifizierungen sollen die Vertrauensmänner der betreffenden Werkstätte, beziehungsweise des betreffenden Heizhauses zugezogen werden.

Gewährung von Erholungsurlauben an alle Arbeiter im Ausmaß wie beim definitiven Personal.

Beteiligung aller Arbeiter mit je zwei blauen Arbeitsmontouren jährlich.

Einführung von Fahrlizenzen zur Fahrt zum Regiepreis an alle Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit. (Ausdehnung der Regielegitimationen auf die im Haushalt lebenden Eltern und unehelichen Kinder.) Den provisorisierten Arbeitern und deren Angehörigen sind die Fahrgünstigungen so wie im Aktivstand zu lassen.

Erweiterung des Bezugsrechtes von Freikarten.

Die beim Militär zugebrachte Zeit (ausgenommen die freiwillige Dienstleistung) soll in die Dienstzeit gerechnet werden, nach der Rückkehr vom Militärdienst soll in jedem Falle die Wiederaufnahme zumindest in jene Kategorie und mit jenem Lohn, in welchen der Betreffende vor dem Einrücken gestanden ist, erfolgen.

Für die bei der Waffenübung angebrachte Zeit soll der Fortbezug des vollen Tagverdienstes gewährt werden.

Bei den Arbeitern soll wie bei dem definitiven Personal die Besitzung in bestimmten Fällen erst nach stattgehabtem Disziplinarverfahren erfolgen.

Gänzliche Abschaffung der Tantiemen.

Gewährung eines Säuhpauschales für alle Werkstättenarbeiter, welche im freien arbeiten, und an Arbeiter, welche mit abhängigen Flüssigkeiten, beziehungsweise Stoffen beschäftigt sind.

Schaffung von Waschräumen, Kleiderkästen, respektive Badehäusern und auch Unterflurkästen zum Einnehmen der Mahlzeiten und Trocken der Kleider u. a.

Lohnzulagen haben möglicherweise zu erfolgen, und zwar unter Ausgabe von Lohnzetteln.

Ausfolgung von Handtüchern und geeigneter Seife an alle Arbeiter.

Endgültige Feststellung, ob die Professionisten und die dazu gehörigen Hilfsarbeiter in den Heizhäusern zum Werkstätten- oder Erektivdienst gehören.

14. Den Kesselschmieden ist die Dienstzeit bei der Provisionierung so anzurechnen, daß ihnen für jedes Dienstjahr anderthalb Jahre gerechnet wird.

Heraufzierung der Zeit zur Erreichung der vollen Provision von 35 auf 30 Jahre.

Erhöhung der Krankengelder auf 90 Prozent.

Alle Unfälle im Eisenbahndienst sind nach dem Ausdehnungsgesetz von 1894 zu behandeln.

15. Diese Anträge, zumindest die wichtigsten, sind von den hierzu bestimten Wiener Vertrauensmännern im Einvernehmen mit der Zentrale der Organisation zu einem ausführlichen Memorandum an das Eisenbahministerium zu verarbeiten, in welchem die Lage der Werkstättenarbeiter der alten wie der verstaatlichten Werkstätten genauest dargestellt wird und in welchem auf Grund dieser Anträge Hilfe verlangt wird.

Dieses Memorandum ist von der gewählten Deputation dem Eisenbahminister zu überreichen und auf das beste zu vertreten.

16. Der 1. Mai ist als Feiertag zu erklären.

(Schluß folgt.)

## Eine unerhörte Protektionsgeschichte.

Der Oberbauer Johann Zimmermann, der seit März 1909 im Bahndienst steht, hat Mitte Juni 1910 ein Gesuch um einen Bahnhofsposten bei seiner vorgesetzten Dienststelle vorgelegt. Er ist der Sohn eines Lehrers, hat ein paar Jahre an der Lehrerbildungsanstalt in Innsbruck herumgebummelt, mußte dann zum Militär einrücken, wo er es bis zum Oberjäger brachte, um wieder, aus christlicher Nächstenliebe verirrt, vertriebenen zu werden, hat dann 2½ Jahre als Motorwagenführer bei den städtischen Straßenbahnen in Wien gedient, ist dann in seine Heimat Böls bei Innsbruck zurückgekehrt, wo er Mesner und Organist wurde, bis er zur Bahn ging.

Diesen Mann will nun der Stellvertreter des Innsbrucker Staatsbahndirektors, Herr Dr. Hugo Bergmeister mit aller Gewalt dem Herrn Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Graz zuliebe zum

Bahnhofsräten machen, obwohl die Bahnhofshaltungssektion auf das überwähnte Gesuch antworten mußte, es sei kein Bahnhofsräten frei und für den Fall eines eintretenden Bedarfs seien ohnehin genug Bewerber vorgemerkt.

Der Regierungsrat Dr. Bergmeister, ein Jurist, der keinen blauen Dünft davon hat, was man auf der Strecke von einem Bahnhofsräten an Kenntnissen verlangt und verlangen muß, der aber als Stellvertreter des Staatsbahndirektors in Personalangelegenheiten maßgebend ist, versügte trotz der vernünftigen Einwendungen der Bahnhofshaltungssektion, daß innerhalb eines Monats aus dem Oberbauer Johann Zimmermann ein Bahnhofsräten zu machen sei und entschließt sich, im Laufe der diesbezüglich amtlich gewechselten Auseinandersetzungen nur widerwillig, diese Frist auf drei Monate auszudehnen.

Die Staatsbahndirektion Innsbruck hat mindestens 150 Vorarbeiter, die alle auf einen endlich freiwerdenden Bahnhofsposten schmücklich warten. Es sind dies fast durchwegs erfahrene, tüchtige, in dem schwierigen und gefährlichen Dienst einer eingeleiteten Gebirgsbahn erprobte Leute, die schon viele Jahre lang Vorarbeiter sind und vorher viele Jahre lang Oberbauer sind mussten. Diese sollen nun durch einen Grüning im Eisenbahndienst überholt werden. Zur vollständigen Flutierung des Falles lassen wir die zwischen Oberinspektor Bergmeister und dem Abgeordneten Graz gewechselte Korrespondenz wörtlich folgen.

Das Schreiben, das der Abgeordnete Graz an Regierungsrat Dr. Bergmeister richtete, um für sein Protektionskind einen besseren Posten zu erlangen, lautet wörtlich:

Deutsch-Matrei, am 7. September 1910.

Euer Hochwählgelobten!

Anschließend an die Besprechung vom 3. d. M. betreffend den Oberbauer Johann Zimmermann aus Böls bei Innsbruck, bin ich so frei, folgendes mitzuteilen:

Ich habe den Benannten im besprochenen Sinne geschrieben, ich erhielt dann die Antwort, daß er sehr bereit wäre, die Stelle eines Bahnhofsräten zu übernehmen, auf die Stelle eines Bahnhofwächters könne er sich jedoch nicht einlassen.

Soweit mir bekannt, ist der Mann unbescholt, verläßlich und mit den Bahnhofshäfen wohl vertraut. Darum möchte ich Euer Hochwählgelobten inständig bitten, dieser Familie gütigst zu einer besseren Stellung verhelfen zu wollen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung zeichnet sich ergebenst

Johann Graz m. p.  
Reichs- und Landtagsabgeordneter.

Hierauf erging an die f. f. Bahnhofshaltungssektion Innsbruck am 10. September 1910 der dienstliche Auftrag, über den Oberbauer Zimmermann zu relationalionieren.

Die Bahnhofshaltungssektion Innsbruck meldet am 5. Oktober 1910, daß über Zimmermann nichts nachteiliges bekannt sei und bezüglich seiner Verwendbarkeit, daß er in jeder Beziehung anständig, fleißig, verwendbar sei, so daß er zu allen im niederen Eisenbahndienst vorkommenden Arbeiten herangezogen werden kann. Seine Eignung als Bahnhofsräten könne nicht beurteilt werden, da er noch nicht als Vorarbeiter gedient hat.

Die Bahnhofshaltungssektion Innsbruck bekam hierauf am 11. Oktober 1910 den dienstlichen Auftrag, Zimmermann als Vorarbeiter zu verwenden und nach einiger Zeit über diesen zu berichten.

Dies berichtete Dr. Bergmeister dem Abgeordneten Graz mittels folgenden Schreibens:

Euer Hochwählgelobten!

In Beantwortung des geschätzten Schreibens vom 7. September l. g. bechre ich mich, Euer Hochwählgelobten zur geselligen Kenntnis zu bringen, daß der empfohlene Arbeiter Johann Zimmermann probeweise als Vorarbeiter eingeteilt wurde. Wenn er sich die erforderlichen Kenntnisse eines Vorarbeiters angeeignet hat, so wird dessen Aufnahme als Ausihilfsbahnhofsräten bei eintretendem Bedarfe erfolgen.

Mit dem Ausdruck u. s. w.

Dr. Bergmeister m. p.

Nicht lange darauf wendete sich wieder Graz brieflich an Dr. Bergmeister. Das Schreiben lautete:

Wien, am 24. November 1910.

Euer Hochwählgelobten!

Zurückkommend auf das sehr geschätzte Schreiben, mit welchem mir Euer Hochwählgelobten vor einiger Zeit in gütiger Weise mitteilten, daß der bisherige Oberbauer Hans Zimmermann zum Vorarbeiter avancieren werde, möchte ich mit nun folgende Mitteilungen erlauben.

Als ich gelegentlich der Tagung des Landtages in Innsbruck zum Hans Zimmermann kam, sagte dieser auf meine Frage, wie es ihm gehe, folgendes: Seine unmittelbare Vorarbeit hat ihm erklärt, es sei gar kein Bedarf an Vorarbeitern, und wenn ein solcher wäre, sind ältere Arbeiter für eine solche Stelle da. Wie es scheint, hat der gute Mann für den Fall, als er zum Vorarbeiter avanciert, auch keine Neider.

Euer Hochwählgelobten! Es fällt mir gewiß nicht im Traume ein, mich in Angelegenheiten einzumischen, über die andere ihr gutes Recht haben, darüber zu entscheiden.

Allein bei dem Umstande, als ich weiß, daß Hans Zimmermann ein armer Familienvater, im übrigen jedoch ein tüchtiger, talentierter und mit den erforderlichen Kenntnissen ausgestatteter Mann ist, möchte ich bitteweise zu Euer Hochwählgelobten kommen und nochmals ersuchen, den genannten Mann zu einer besseren Stelle zu verhelfen.

In der Hoffnung, keine Fehlbitte getan zu haben, zeichne ich mich in aufrichtiger Hochachtung und Verehrung als Euer Hochwählgelobten ergebenster

Johann Graz, Abgeordneter.

Schon am 29. November 1910 erhielt die f. f. Bahnhofshaltungssektion Innsbruck nochmals den Auftrag, über die dienstliche Verwendbarkeit Zimmermanns zu berichten.

Diese berichtete am 3. Dezember 1910, daß Zimmermann, soweit als es seine angegriffene Gesundheit zuließ, zu Oberbauerarbeiten herangezogen wurde, jedoch nicht als Vorarbeiter, da ihm hierzu die Kenntnisse vollständig mangeln.

Darauf wurde der Bahnhofshaltungssektion in gehörigem Ton nochmals der strikte Auftrag erteilt, Zimmermann als Vorarbeiter zu verwenden, beziehungsweise einzuschulen, da bei aufzriedenstellender Leistung

dessen Aufnahme als Ausihilfsbahnhofsräten beabsichtigt ist. Nach Ablauf eines Monats, das ist bis 15. Jänner 1911, sei über das Ergebnis der Verwendung eingehend anhänger zu berichten.

Die Bahnhofshaltungssektion berichtete, daß sie den Zimmermann in einem Monat nicht zum Vorarbeiter ausbilden kann, am allerwenigsten im Winter, wo alle Bauarbeiten stehen. Dazu seien im Sommer mindestens sechs Monate nötig.

Hierauf erging neuerlich der Auftrag an die Sektion, in welcher die probeweise Verwendung Zimmermanns auf weitere drei Monate ausgedehnt wird, da bei aufzriedenstellender Leistung dessen Aufnahme als Ausihilfsbahnhofsräten beabsichtigt ist.

So sehr sich also die f. f. Bahnhofshaltungssektion Innsbruck sträubt, aus Zimmermann im Handumdrehen einen Bahnhofsräten zu machen, um dann nicht auf dessen Lebensdauer mit ihm das Grett zu haben, Doktor Bergmeister läßt nicht locker, er will unter allen Umständen dem christlichsozialen Abgeordneten Graz gefällig sein.

Während man es den organisierten Bediensteten auf alle Art erschweren will, sich durch Vertrauensmänner in einwandfreie Angelegenheiten vertreten zu lassen, weist eine f. f. Staatsbahndirektion ein derartiges Ansehen, einen Arbeiter in ganz unerhörter Weise zu begünstigen, nicht nur nicht zurück, sie beeilt sich sogar, diesem prompt nachzukommen. Die Sache wurde von der Staatsbahndirektion Innsbruck sogar in einem beschleunigten Tempo betrieben, während man ruhig andere Bedienstete und Parteien auf die Erledigung ihrer Sorgen warten läßt.

Man soll uns nicht etwa einwenden, daß es sich nur um einen Bahnhofsposten und darum handelt, einem fränklichen, intelligenten Mann einen leichteren und besseren Posten zu verschaffen. Die Bahnhofsposten sind dünn gesät, im Vergleich zur Zahl der Bediensteten, die sich auf Erlangung eines solchen Anspruch erarbeiten.

Wenn man einen der wenigen Posten den Bediensteten, die sich gewiß zumeist an Intelligenz mit dem Mesner Zimmermann messen können, vorenthält, begeht man nicht nur ein schweres Unrecht, man schädigt, dies zeigt schon das berechtigte Sträuben der Bahnhofshaltungssektion Innsbruck, die dienstlichen Interessen. Da die Staatsbahndirektion nicht hinreichend jene Leute versorgt, die in ihren Diensten invalide wurden, darf sie ferner protektionsweise auch nicht fränkische Leute in ihren Bedienstetenstand aufnehmen, die über kurz oder lang die Versorgungsfonds belasten.

Wenn schon ein über die Grenzen seines Wahlbezirks hinaus ganz unbekannter christlichsozialer Abgeordneter, der Bauer Graz aus Mühlbach in Tirol, einen derartigen Einfluß auf eine f. f. Staatsbahndirektion ausüben vermag — Graz kann zwar nicht orthographisch richtig schreiben, sich als Protektor bei den f. f. Staatsbahnen aufzuspielen, dazu ist der Bauer aus Mühlbach gescheit genug — wie groß muß erst die von einschlüsse reicher christlichsozialer Abgeordneten bei Besetzung höherer Posten, aufgewendete Protektion sein. In welche Untiefen läßt die Protektionsgeschichte Zimmermann-Graz blicken!

Wir werden sehen, ob man nach diesen Aufschriften noch weiter wagen wird, das Protektionskind des Graz zu begünstigen.

## Inland.

Die Ausschreibung der Neuwahlen. Die Reichsratswahlen sind auf den 13. Juni, die Stichwahlen auf den 20. Juni 1911 anberaumt. Für Galizien und Dalmatien werden mehrere Wahltag festgesetzt; als letzter Wahltermin erscheint der 6. Juli, an dem in einigen Wahlbezirken Galiziens die allenfalls dort noch erforderlichen engeren Wahlen stattfinden sollen.

Die Lokalbahvorlage — eine Froszzelei. Vor kurzem wurde bekanntlich eine Lokalbahvorlage angekündigt; sie sollte das Buderl sein, welches den Stiefelwichtspatrioten die Bewilligung der durch ihre Zustimmung zu den Molochforderungen notwendig gewordenen Umliehen und neuen Steuern etwas versügt. Wie ernst es der Regierung mit dieser Vorlage war, geht aus folgendem hervor: Vor einigen Tagen begaben sich nämlich schlechte Abgeordnete zum Ministerpräsidenten und Finanzminister, um über die Zurücksetzung ihres Landes in der Lokalbahvorlage Befehl zu führen. Wienert hat sehr erstaunt und erklärte kurzerhand, daß von den in den Blättern publizierten Bahnbauten keine Rede sei, vor allem besteht kein Zusammenhang zwischen den Umliehen und dem Lokalbahnpogramm. Der Finanzminister erklärte noch deutlicher, er wisse nicht, ob er einem Lokalbahnpogramm überhaupt seine Zustimmung geben könne. — Es ist ganz zweifellos, daß die Nachricht vom Einbringen der Lokalbahvorlage die Regierung verbreiten ließ. Damals galt es eben, den Stiefelwichtspatrioten die Bewilligung der Molochforderungen zu erleichtern. Heute hat der Moloch, was er forderte. Und daß die Regierung nun erklärt, von Bahnbauten könne keine Rede sein, ist eben ein neuer Beweis, mit welchen Mitteln die glorreiche Regierung Wienert arbeitet und was sie den bürgerlichen Stiefelwichtspatrioten alles zumuteten durfte.

Ein interessantes nationales Geständnis. Am 27. v. fand eine Konferenz der sogenannten „arbeitswilligen“ Parteien

wendigkeit als ihr Werk repräsentieren. Nicht daß das Parlament gar nichts für das Volk geleistet hätte; es sind eine Reihe wichtiger Gesetze erledigt. Dass sie aber erledigt wurden, liegt nicht an dem guten Willen der bürgerlichen Parteien, sondern diese müssten dazu von den Sozialdemokraten förmlich gepeitscht werden. Herr Bacher aber und die anderen deutsch-nationalen Abgeordneten haben wirklich sonst nichts getan, als Staatsnotwendigkeiten bewilligt und dem Volke ungenehme Lasten auferlegt. Wir glauben es also, daß er und seinesgleichen sich fürchtet, vor die Wähler zu treten.

**Gewerkschaftsbeamter und Reserveoffizier.** Der Redakteur des polnischen Textilarbeiterblattes, Ludwig Szalasny in Leichen ist von der Ernennung zum Reserveoffizier deshalb ausgeschlossen worden, weil seine Beschäftigung nicht standesgemäß sei. Ob, wenn er ein gelbes Blatt als Fabrikantensöldling redigieren würde, die Entscheidung auch dieselbe wäre?

„Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“ Noch dem Urteil eines Wiener Regierungsblattes haben sich bei der jüngst vom Ministerpräsidenten v. Bienerth im Modena-Valais gegebenen Abendunterhaltung die Deutschradikalen mit den tschechischen „Erzfeinden“ ausgezeichnet unterhalten. In einem kleinen Salon, wo die deutschradikalen Abgeordneten, so die Herren Wolf, Bacher, Stranek, Mühlwerth, Kroy u. s. w. vereint hatten, lud Abgeordneter K. S. Wolf den tschechischen Abgeordneten Udrzel ein, an seiner Seite Platz zu nehmen, was dieser auch in guter Laune tat. Diese Gruppe lockte aus den anderen Sälen zahlreiche Gäste herbei und einige deutsche Abgeordnete holten den Abgeordneten Doktor Kramarsch und bewogen ihn, zur Rechten Wolfs Platz zu nehmen. „Nun ist der deutsch-tschechische Ausgleich fertig!“ rief man lachend. Die Minister wurden eingeladen, in dieses gelobte Land der Zukunft einen Blick zu tun; sie kamen alle: Graf Stürz, Dr. Weiskirchner, Dr. Hochbürger, R. v. Baleski und schließlich auch der Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth, der die Herren freundlich grüßte, sich ein Glas Champagner holte und mit den Freunden und Verbündeten einer halben Stunde lächelnd anstieß.... Und nun sage noch einer, daß das ganze nationale Gespiel, zu dem die Arbeiter die Staffage machen sollen, nicht ein elender Schwund ist!

**Der unpersönliche Kapitalismus in Österreich.** Trotz aller Unternehmungen über schlechte Seiten und unerträgliche soziopolitische Belastung haben sich die österreichischen Aktiengesellschaften 1910 vermehrt wie noch nie: um 64 Gesellschaften mit 141.86 Millionen Kapital. Darunter sind 9 neue Banken, wovon wieder 6 tschechische und polnische und 42 Industriegesellschaften. Allerdings sind viele der Gesellschaftsgründungen nur die Erzeugung des sichtbaren, persönlichen Kapitalisten durch die anonyme Gesellschaft. Die Banken beteiligten sich an 25 Gründungen mit 86.6 Millionen Kronen. Sehr erheblich sind die Kapitalerhöhungen: bei 60 Gesellschaften insgesamt 248.5 Millionen Kronen. An all diesen Investitionen haben den Hauptanteil die chemische und Petroleumindustrie, die Bauindustrie (eine einzige Unternehmung in Tingersdorf bei Wien ist in eine Gesellschaft mit 8.25 Millionen Kapital umgewandelt worden); den Bergwerksunternehmungen, die sich zum Teil in Gesellschaften m. b. H. umgebildet haben, sind 21.5 Millionen neues Kapital zugeslossen u. s. w. Die Gesellschaften m. b. H. haben ihre Stammkapitalien um 11.5 Millionen erhöht, ebenfalls das Doppelte wie im Vorjahr. Es bestehen insgesamt 1100 Gesellschaften m. b. H. mit etwa 280 Millionen Kapital, und im Jahre 1910 haben die Personen der Kapitalisten und ihre Vereinigungen insgesamt 481.67 Millionen in der angeblich von der Arbeiterbewegung so schwer bedrohten Industrie investiert — mehr als das Doppelte des Jahres 1909. Es muß sich also doch lohnen!

## Ausland.

**Tödliche Unfälle in der Industrie und im Verkehr in England, 1910.** Die Gesamtzahl der tödlichen Unfälle belief sich in 1910 auf 4523, daher um 240 mehr als der Durchschnitt der fünf Jahre 1906-1910 betrug und um 450 mehr als im Jahre 1909. Die größte Zunahme in der Zahl der tödlichen Verunglücksfälle erschließt, verglichen mit 1909, auf Bergwerksbetriebe, und zwar belief sich das Plus an Toten bei der Arbeit „unter Tag“ auf 303.

Die Gesamtzahl der getöteten Seelen belief sich in 1910 auf 1102; es ist dies eine Abnahme um 50 gegenüber 1909 und eine solche um 118 gegenüber dem Durchschnitt der fünf Jahre 1906-1910. 998 tödliche Unfälle ereigneten sich in 1910 auf Handels Schiffen und 104 auf Fischereischiffen. Die korrespondierenden Ziffern des vorangegangenen Jahres waren 1910, bezüglichweise 133.

Von den 1812 Unfällen mit tödlichem Ausgang im Bergwerksbetrieb in 1910 ereigneten sich 155 an der Oberfläche, 656 durch Absturze, 234 Personen wurden durch Förderwagen u. s. w. überfahren, 500 verunglüchten durch Explosionen u. s. w. Die Zahl der tödlichen Unfälle war im letzten Jahre höher als in jedem der vorangegangenen Jahre, und überschritt deren Durchschnitt um 891.

Die Zahl der tödlichen Unfälle bei den Eisenbahnen (ausschließlich der Kontrahentenbediensteten) betrug 419 oder um 55 mehr als in 1909, aber um 14 weniger als der Durchschnitt der Jahre 1906-1910. Von den tödlichen Unfällen des Berichtsjahrs ereigneten sich 384 direkt beim Verkehr, und zwar hatte von allen Kategorien die größte Anzahl derselben (90) das Streckenpersonal zu verzeichnen.

Von den 822 Fabriks- und Werkstättenarbeitern, welche in 1910 tödliche Unfälle erlitten, waren 15 Frauen, 2 Kinder, 86 jugendliche Personen und 719 erwachsene männliche Personen; die Gesamtzahl war um 122 höher als in 1909 und um 33 höher als der Durchschnitt der fünf Jahre 1906-1910. In der Textilindustrie ereigneten sich 82 tödliche Unfälle verglichen mit 64 des Jahres 1909, in der Metallindustrie

155 gegen 152 und beim Schiffbau 11 gegen 78 in 1909.

258 tödliche Unfälle (berichtet nach den Bestimmungen 1045 des Fabriks- und Werkstättengesetzes 1901) verteilen sich wie folgt: 186 ereigneten sich auf Docks u. c. (1909: 117) und 92 bei der Herstellung oder der Reparatur von Gebäuden (1909: 98).

Ein Vergleich der Unfallziffern in den verschiedenen Industrien, bei welchen die Zahl der in diesen Beschäftigten in Betracht gezogen werden muß, ergibt folgendes. Die Totenrate durch Unfälle in den verschiedenen Industrien betrug in 1910 für je 10.000 Beschäftigte:

	Durchschnittliche Totenrate durch Unfälle vor 10.000 Beschäftigten
Seelen . . . . .	46.1
Verarbeiter . . . . .	14.2
Steinbrucharbeiter . . . . .	10.3
Eisenbahnbedienstete . . . . .	7.1
Nicht Textil, sondern andere Fabriks- und Werkstättenarbeiter . . . . .	2.2
Textilarbeiter . . . . .	0.7

Für alle angeführten Beschäftigungsarten . . . . . 6.2

Allerdings sind diese Verhältnisziffern nur schätzungsweise, da die genaue Anzahl der Beschäftigten nicht für jedes der in Betracht kommenden Jahre ermittelt werden kann. Die Industrien, welche in der Tabelle angeführt sind, beschäftigen nahezu 6.500.000 Arbeiter.

—B.—

**Staatlicher Terrorismus gegen die deutschen Eisenbahner.** Am 26. Februar fand in Berlin eine Kundgebung der organisierten Eisenbahner statt, in der der Landtagsabgeordnete Genosse Ströbel zur Geschäftsordnung einige Worte sagte, nachdem das Wort zur Sache verweigert worden war. Wegen dieses Vorfalls wurde der Vorstand vor den Eisenbahnminister von Breitenbach zitiert, der dem Leiter der Versammlung im Wiederholungsfall die Entlassung androhte und ihn darauf aufmerksam machte, daß in Zukunft zu solchen Versammlungen nur Eisenbahner der Zutritt gestattet werden dürfe.

## Aus dem Gerichtsaal.

**Ein Unfall bei einem Bahnshranken.** Am 14. November 1910 kam es auf der Station Smidice bei Königgrätz in Böhmen zu einem Unfall. Unmittelbar bei der Station befindet sich eine Wegeüberführung, über welche regelmäßig verschoben werden muß. Am 14. November 1910 stieß nun bei einer Verschiebung eine Lokomotive mit einem Wagen zusammen.

Die Untersuchung wurde vorerst gegen den Wächter Josef Hynck geführt, weil er die Schranken nicht rechtzeitig geschlossen hat. Die Anklage wurde jedoch später gegen den Stationsaufseher Wenzel Hübl erhoben, mit der Begründung, daß Hübl den Wächter Hynck von der Verschiebung nicht verständigt hat.

Bei der in Jaroměř stattgefundenen Verhandlung rechtfertigte sich Hübl damit, daß er ursprünglich zwar die Verschiebung geleitet habe, aber als nachher das Signal für den Zug von Königgrätz kam, habe er sich auf die entgegengesetzte Seite der Station begeben, um die Revision der Weichen für den einfahrenden Zug vorzunehmen. In der Zwischenzeit geschah nun der Unfall. Es war ihm unmöglich, den Wächter von der Verschiebung, die in seiner Abwesenheit vorgenommen worden ist, zu verständigen. Eine solche Verständigung ist auch nicht üblich, da der Wächter bei der Wegeüberführung ständig Wache hält und vor jeder Verschiebung die Schranken schließt.

Der Stationsvorstand Heinrich Günter bestätigte, daß Hübl damals auf der entgegengesetzten Seite beschäftigt war und daß es höchste Zeit war, die Weichenrevision vorzunehmen, so daß Hübl nicht imstande war, den Wächter zu verständigen. Daraus folgte der Richter ein freisprechendes Urteil.

Der Angeklagte Hübl verteidigte über Auftrag des Rechtsschutzbundes Dr. Alfred Meißner aus Prag.

**Wer ist der Schuldige?** Bekanntlich enthalten sämtliche Verkehrsinstruktionen der österreichischen Eisenbahnen die Vorschrift, daß ein Zug, der auf ein bereits von einem Zug oder von Fahrzeugen besetztes oder nur bis zu einem bestimmten Punkt befahrbares Gleise einfahren soll, wenn das Personal desselben nicht bereits in einer vorgelegenen Station hierwohl verständigt wurde, noch vor der Station anzuhalten und dem Zugpersonal die durch die Weichen gebotene Weisung zu erteilen ist. Das gleiche schreibt die Instruktion vor, wenn es notwendig erscheint, die Einfahrt eines Zuges mit besonderer Vorsicht vorzuhaben zu lassen. In der Station Unter-Drauburg der Südbahn scheint jedoch bis vor kurzem diese Instruktion bestimmt keinen Anfang gefunden zu haben. Denn sehr häufig wurden Züge, die auf ein besetztes Gleise der Station eingefahren hatten, weder in der Vorstation Präbali, noch vor der Einfahrt in die Station in geeigneter Weise verständigt. Da die Einfahrtsgleise eine scharfe Kurve beschreiben, konnte die Besetzung des Gleises von dem Maschinpersonal der einfahrenden Züge auch nicht in angemessener Entfernung tonisiert werden, so daß die Situation eine überaus gefährliche war. Diese Weichen traten in einem Strafprozeß auf, welcher aufgrund einer Anklage der Staatsanwaltschaft Gilli gegen den Lokomotivführer Amos Bürer fürlich durchgeführt wurde.

Am 5. August 1910 lehrte Bürer mit seiner Maschine von einem Verschubdienst aus Präbali nach Unter-Drauburg zurück. Er sollte auf das Gleise I einfahren und daselbst auf der Bahngrube beim Krahn anhalten. Auf diesem Gleise stand aber der aus 98 Achsen bestehende Güterzug Nr. 474 bis ganz nahe an der Bahngrube. Bürer wurde weder in Präbali noch vor der Einfahrt in die Station Unter-Drauburg von dieser Situation verständigt und konnte, zumal er mit dem Tender voraus einfuhr, erst nach Erfahrung der Weiche 15 etwa auf eine Distanz von 70 Metern den Güterzug bemerken. Er fuhr mit ziemlicher Geschwindigkeit in die Station ein und stieß an den Laitzug an, dessen leichter Wagen sich gegen den vorletzten Wagen hob und einen heftigen Anprall verursachte, wodurch der in der Bremshütte des vorletzten Wagens positierte Kondensator Schalek eine Gehirnerschütterung erlitt. Die Anklage legte Bürer zur Last, daß er viel zu schnell gefahren sei, so daß er um zwei Minuten zu früh in der Station ankam. Insbesondere legte sie ihm zur Last, daß er die in die Abfertigung führende Weiche 15 gegen die Spize mit einer Geschwindigkeit von weit mehr als 10 Kilometern gefahren habe, wodurch der Unfall verursacht worden sei.

Bei der am 26. Jänner I. J. vor dem Kreisgericht in Gilli unter Vorsitz des Landesgerichtsrats Dr. v. Wendt stattgehabten Hauptverhandlung verantwortete sich der von Dr. Leopold Kats aus Wien über Auftrag des Lokomotivführervereines verteidigte Angeklagte dahin, daß er nicht wissen könne, daß der Laitzug Nr. 474 so nahe an der Bahngrube siehe. Wenn auch in der Regel die durch die Instruktion vorgeschriebene Verständigung des auf ein besetztes Gleise einfahrenden Zuges unterblieb, so sei doch in solchen Fällen, wo das Gleise so nahe dem Haltepunkt des einfahrenden Zuges besetzt war, wenigstens eine Verständigung bei der Bahngrube erfolgt. Aber auch diese Verständigung sei damals ausgeblichen. Er gab zu, daß er die Weiche 15 mit einer Geschwindigkeit von 15 bis 16 Kilometern befahren habe. Die als Zeugen vernommenen Stationswächter Pristow und Jöbstl gaben unter Eid an, daß Bürer mit einer auffallend großen Geschwindigkeit eingefahren sei, welche sie auf mindestens 20 Kilometer geschätzt haben. Deshalb hätten sie ihm auch vor der Weiche 15 Langsamfahrsignale gegeben, welche jedoch nichts mehr genutzt haben. Zeuge Assistant Jöbstl erklärte, daß Bürer um zwei Minuten zu früh eingefahren sei, gab jedoch eine Unstimmigkeit, als möglich zu. Er bestreit die Behauptung des Angeklagten, daß eine Verständigung des einfahrenden Zuges in jener Situation notwendig gewesen sei, indem er behauptete, daß dem Personal bekannt sein mußte, daß der Zug Nr. 474 täglich auf demselben Gleise steht. Als der Vorsitzende das dem Angeklagten ungünstige schriftliche Gutachten zweier Bahnsachverständiger zur Verlesung bringen wollte, legte der Verteidiger Dr. Kats dagegen Widerholt die Behauptung ein, indem er betonte, daß einer der Sachverständigen dem Verkehrsdiensst angehört, während der angeklagte Lokomotivführer ein Recht darauf habe, daß sein Dienst lediglich von Sachverständigen aus der Bahnförderung beurteilt werde. Der Verteidiger beantragte daher die Vertragung der Verhandlung, welchem Antrag vom Gerichtshof nach längerer Beratung zwecks Anhörung neuer Zeugen und Zeichnung von Sachverständigen aus der Bahnförderung folge gegeben wurde.

Am 20. Februar d. J. fand die vertragte Verhandlung statt, zu welcher Herr Oberinspektor Scholz, Vorstand des Heizhauses Wien II, und Maschinenkommissär Waisl aus Villach als Sachverständige beigezogen wurden. Hierbei wurde der zur Zeit des Unfalls in Unter-Drauburg stationierte Stationschef Schneider als Zeuge vernommen, welcher gleichfalls die Ansicht ausdrückte, daß eine Verständigung des einfahrenden Zuges nicht notwendig gewesen sei. Der Zeuge gab über Befragen des Verteidigers zu, daß die Vorschrift bezüglich der Geschwindigkeit bei Fahrt der Weiche erahnungsgemäß nicht eingehalten werden könne. Über Antrag des Verteidigers wurden hierauf die Lokomotivführer von Unter-Drauburg Strödel, Walter und Batsch als Zeugen vernommen. Sie gaben übereinstimmend an, daß eine Verständigung des einfahrenden Zuges in Unter-Drauburg nur dann geübt wurde, wenn das Gleise sehr nahe bis zur Bahngrube besetzt war.

**Sachverständiger** Oberinspektor Scholz erklärte, daß es unbedeutsam sei, weshalb die instruktionsgemäße Verständigung bei der Einfahrt in die Station Unter-Drauburg unterlassen worden sei. Er betonte ferner, daß die zu großen Geschwindigkeit, welche der Angeklagte bei Fahrt des Wechsels angewendet habe, im vorliegenden Falle nicht als unerlaubt zu betrachten sei, weil die bezügliche Vorschrift nur für Güterzüge gelte, während Bürer mit einer leeren Maschine gefahren sei. Die Wächte in der Station Unter-Drauburg erfuhrten durch den Sachverständigen eine treffende Kritik. Der Sachverständige Maschinenkommissär Waisl schloß sich diesem Gutachten an.

Nach Schluß des Beweisverfahrens erklärte der Staatsanwalt Dr. Pradl, daß er die Urteilung, ob ein Verhältnis des Angeklagten vorliege, dem Gerichtshof überlassen müsse.

Verteidiger Dr. Kats führte in längerer Rede aus, daß hier von einem Verhältnis des Angeklagten keine Rede sein könne. Der Angeklagte habe nicht voraussehen können, daß der Zug Nr. 474 so nahe an den ihm bestimmten Haltepunkt stehe, weil eben die rechtzeitige Verständigung in instruktionswidriger Weise durch die Station Unter-Drauburg unterlassen worden sei. Hierdurch sei der Angeklagte in Sicherheit gewiegt worden und habe nicht ahnen können, daß mit der von ihm eingehaltenen Geschwindigkeit eine Gefahr verbunden sei. Der Verteidiger beantragte daher die Freisprechung des Angeklagten. Nach längerer Beratung verkündete der Gerichtshof ein freisprechendes Urteil, dessen Begründung sich den Ausführungen des Verteidigers anschloß.

Es ist interessant, daß sofort nach dem Unfall seitens der Bahnverwaltung die Verfügung getroffen wurde, daß die auf ein besetztes Gleise einfahrenden Züge vor der Station unbedingt anzuhalten seien. Wenn diese wichtige Vorschrift der Instruktion vor dem Unfall eingehalten worden wäre, so wäre dieser sicher vermieden worden. Wer ist also der Schuldige?

## Streiflichter.

**Jubiläum eines Parteiveteranen.** Ohne besonderes Geräusch in der Öffentlichkeit, feierte man am 1. April I. J. im Sitzungssaal des Ersten Niederösterreichischen Arbeiterkonsumentvereins ein bemerkenswertes Jubiläum. Der Jubilar, zu dessen Ehren sich das zu einer imposanten Größe aufgeschwungene Institut entschloß, stand zugleich auch an der Wiege der österreichischen Eisenbahnerorganisation, bei deren Gründung er als einer von den Alten, regen Anteil nahm. Genosse Franz Körner feierte nämlich sein 25jähriges Vorstands jubiläum, solange steht Genosse Körner an der Spitze der genannten Genossenschaft, die sich unter seiner Leitung aus einer bescheidenen Verkaufsstelle, die zugleich die Zentrale war, zu einem imposanten Unternehmen der Arbeiterschaft entwickelte, das heute 38 Filialen zählt, seine eigene Dampfbäckerei, Molkerei, Kaffeebrennerei, Rösterei u. s. w. besitzt, und mit einem Millionenumsatz rechnet. In der ersten Zeit der Genossenschaft stand Genosse Franz Körner noch als Sattler in der Werkstatt der I. I. Staatsbahnen Wien I. in Verwendung. Wie mancher der damaligen Zeit, mußte er, wenn er sein Tagwerk vollbracht hatte, seine freie Zeit im Konsumentverein verbringen, um dort mit den übrigen Funktionären die Bureauarbeit zu verrichten, wofür noch die nötigen Kräfte gefehlt hatten. Körner hat auch vor seinem Funktionenanstritt die erste Organisation des Fachvereines der Sattler, Ritter und Taschner als Obmann geleitet, welche unter seinem Vorsitz mit Heinrich Gehrke am 22. Februar 1885 in Wien, VII., Burggasse, wegen des über Wien bestehenden Ausnahmestandortes aufgelöst wurde. Das vorhandene Vermögen wurde den beiden oben genannten Genossen „geschenkt“, die dasselbe wieder auf ihre Namen angelegt hatten. Es konnte daher nie einer ohne Einverständnis des anderen das Geld beobachten, welches dem neu gegründeten Vereine im Jahre 1887 als Patentgeschenk zugute kam. Die Parteiarbeit auf Maßregelung erfolgt ist, und vorunter so mancher zu leiden hatte. So war es nicht selten, daß Körner in einem

Abend zwei Offizinsbesprechungen einseitete, denn nur auf diese Weise konnte die Fülle von Arbeit bewältigt werden. Es wurden kontinuierlich Werkstättenbesprechungen im kleinen und Versammlungen im größeren Stil abgehalten. So war Genosse Körner bei der Firma Lohner in Stellung gewesen, als bald darauf eine rege Bewegung unter den Bediensteten der betreffenden Firma entstand, welche ein Komitee für die Zusammenfassung sämtlicher Forderungen einsetzt hatten. Das Resultat dieser Bewegung war selbstverständlich die Kündigung für Körner, der trotz aller Mühe keine Arbeit in Wien finden konnte. Dies veranlaßte ihn, Wien zu verlassen und Budapest als künftige Arbeitsstätte aufzusuchen. Nachdem aber dort bedeutend schlechtere Arbeitsverhältnisse geherrscht haben als in Wien, so mußte sich Körner wieder dazu entschließen, nach Wien zurückzufahren, um hier als Fremder und zugereister Sattlergehilfe Arbeit bei der Firma Armbroster zu erhalten. Kurze Zeit darauf gelang es Körner in die Werkstätte der k. k. Nordbahn zu gelangen, wo die Agitations- und Organisationsarbeiten mit unermüdlichem Eifer besorgt werden konnten. Ab 1876 bis 1908, also durch 32 Jahre war Körner mit drei unfreiwiligen Unterbrechungen in der Werkstätte der Westbahn bedient, von wo die eigentliche Vereinstätigkeit der Sattlerorganisation bis zu ihrer Auflösung (1885) währte. So war am Anfang seines Dienstalters eine Kündigung von sieben anderen ganz unbeteiligten Kollegen erfolgt, um ihn, als den im Rang nach den acht ältesten Bediensteten, zu trennen. Es war nämlich schon damals von einer Verwaltung gern praktiziert worden, einen Menschen, der nicht anderes verbrochen hat, als sich politisch oder gewerkschaftlich betätigt zu haben, „wegen Arbeitsmangel“ zu entlassen. Durch die wiederholten Entlassungen hat natürlich Genosse Körner, wie so mancher der damaligen Periode, reichliche materielle Opfer für seine Überzeugung zu tragen gehabt. Genosse Körner, der dann als Mitbegründer der Eisenbahnerorganisation wiederholt auch hier verschiedene Funktionen bekleidete, darf somit mit gutem Rechte als ein alter, bewährter Parteiveteran, zu seinem 25jährigen Jubiläum beglückwünscht werden. Möge es ihm noch lange gegönnt sein, seine sille, aber fruchtbringende Tätigkeit fortsetzen zu können!

Wohnungsmisere in Bielitz. Bereits im vorigen Jahr haben wir in unserem Blatt auf die unerträglichen Wohnungsverhältnisse auf den k. k. Staatsbahnen und der k. k. Nordbahn, besonders aber in den Stationen Bielitz, Krakau und Podgorze hingewiesen.

Seit dieser Zeit haben die Bediensteten Deputation auf Deputation entendet, die Organisation einigmal interviert, geschehen ist aber bis heute gar nichts! Die Herren im Eisenbahnamministerium, bei der Nordbahndirektion, haben ja Zeit, sie sind von der Wohnungsskalamität nicht betroffen, und die Bediensteten? — Nun, die soll der Teufel holen, die sollen machen, was ihnen beliebt, wenn sie nur Dienst machen, dann ist es ja recht.

In der letzten Zeit befand aber die ganze Angelegenheit ein anderes Bild und es scheint, daß bei dem Bau der Personalhäuser auch privatkapitalistische und sogar persönliche Motive mit im Spiel sind. Das gilt ganz besonders von dem Bau von Personalhäusern für Unterbeamte und Dienner in Bielitz. Durch die Einsichtnahme in die Akten hibben und drücken sowie durch Rücksprachen bei den verschiedenen Interventionen glaubt man einen Faden gefunden zu haben, der von dem belannen Hasser von allem, was nach Arbeit reicht, Herrn Kommerzienrat Josephi, bis nach Wien in die Nordbahndirektion führt. Hätte man sonst für die zweideutige Haltung der Nordbahndirektion in dieser Frage eine andere Erklärung?

Nach dem Bericht der k. k. Eisenbahnamministerium heißt es ausdrücklich, daß die Gemeinde Bielitz dem Ausbau von Personalwohnungen Schwierigkeiten in den Weg legt, angeblich darum, weil von der Kaiser Franz Josef-Straße, die vom Bahnhof in die Stadt führt und an welcher außer dem Monumentalbau des israelitischen Tempels, das „Hotel Kaiserhof“ und einige Villen, darunter auch die des Herrn Kommerzienrates Josephi, liegen, keine Läsernen erbaut werden dürfen. Nach der Einsichtnahme in die Akten sowie nach der Rücksprache mit dem Herrn Bürgermeister von Bielitz, die am 3. März k. k. nach der großen Versammlung stattgefunden, wurde von einer Deputation von Bediensteten, an der auch die Genossen Dusek und Arbeit teilgenommen haben, konstatiert, daß die Nordbahndirektion nie beabsichtigt hat, Personalhäuser für Unterbeamte und Dienner an dieser Straße zu erbauen, sondern hierfür den der Nordbahn gehörigen Grund, welcher bei der Ausfahrt von Bielitz nach Dzieditz an dem Altbielitzer Bach liegt, in Aussicht genommen. Nur die zwei Beamtenwohnungen, für deren Bau bereits die Bewilligung erteilt wurde, nachdem die Nordbahn versprochen hat, für entsprechende Fassadierung zu sorgen, werden erwähnt. Wie ist also der Widerspruch zwischen dem Bericht der Nordbahndirektion und den offenkundig festgestellten und durch Herrn Bürgermeister bekräftigten Tatsachen aufzulösen?

Der Grund, auf dem die Nordbahndirektion die Personalhäuser erbauen will, befindet sich bei der Ausfahrt nach Dzieditz, in Verlängerung der Kaiser Franz Josef-Straße, circa 700 bis 800 Meter vom Bahnhofsgebäude entfernt, am Fuße eines steilen Abhangs auf einer nassen Wiese, am Ufer des Altbielitzer Baches gelegen. Bei Regenwetter sammelt sich das Wasser auf der Wiese und es entstehen Wassertümpel. Nachdem, wie Genosse Arbeit in der Prototypversammlung am 2. März 1911 in seinem Referat über die Finanzwirtschaft der Gemeinde Bielitz so trefflich ausgeführt, bei dem gegenwärtigen Zustand der Finanzen auf Jahre unmöglich sein wird, für die an dem erwähnten Grund erbauten Häuser die Straße, die Kanalisation, die Gasbeleuchtung und Wasserleitung auszubauen, so müßten diese Personalhäuser auf Latrinen gebaut werden und ohne Wasser und Licht bleiben. Was das für die Männer bedeutet, in der finsternen Nacht in einem Meer von Kot in oder aus dem Dienst nach Hause und am Bahnhof gehen zu müssen, was das für die Frauen bedeutet, ohne Wasser zu sein, das wird wohl jeder begreifen; was es aber für die Kinder der Eisenbahner bedeutet, in einer auf feuchtem Grunde erbauten Wohnung ihr Leben fristen zu müssen, bei schlechter und fester Witterung den einen Weg in und aus der Schule machen zu müssen, das begreift ebenfalls ein jeder Familienvater, der im Geiste schon sieht, wie seine Lieblinge dahinsiechen, den Infektionskrankheiten zettungslos preisgegeben sind. Nur die sehr hohe k. k. Direktion will es nicht begreifen, weil — nun weil sie einige Tausend Kronen für einen Baugrund erwartet.

Und um diesen Zweck zu erreichen, spielt sie mit dem k. k. Eisenbahnamministerium als auch mit den Bediensteten eine unwürdige Komödie. Die Direktion hat keine Ausrede, daß es an Baugrund mangeln würde, denn nicht nur an der Kaiser Franz Josef-Straße selbst gegenüber dem Bahnhof (Bahnhofsvorplatz), auf den sogenannten Bahnhofischen Gründen, die, weil ihrer Lage wegen, etwas teurer sein dürften, sondern auch andere billigere Gründe sind zu haben; es sind dies die Bajtelnischen Gründe, die sehr günstig in der Nähe des Bahnhofes liegen und um den Preis von 16 Kr. per Quadratmeter zu haben sind. Die Nordbahndirektion, beziehungsweise die Stadtgemeinde, die den der Nordbahn auf

der Kaiser Franz Josef-Straße gelegenen Grund zu Straßenverweiterungszwecken eintauschen will, braucht nur zu greifen, um für die Bediensteten diese dringend notwendigen, gefunden Wohnungen herstellen zu können.

Mit diesen Bauangelegenheiten hat sich eine im Buntshausaal abgehaltene Eisenbahnerversammlung am 2. März k. k. beschäftigt, in welcher die Genossen Arbeit und Dusek referierten. In dieser Versammlung, die ungewöhnlich zahlreich und besonders von vielen Frauen besucht war, herrschte eine Kampfesstimmung, und es sind Befreiungsaufrufe gehört worden, welche die tiefe Erregung des Personals aufzeigen; diese Stimmung ist für die Eisenbahnerunternehmung sehr gefährlich, denn bei dem — besonders bei der Nordbahn — aufgehäuften Bündniss wäre es sehr leicht möglich, daß ein Feuer angefacht werden könnte, das in maßgebenden Kreisen sehr unangenehme Wirkungen auslösen könnte. Auch die beschlossene Resolution, die nicht nur der k. k. Nordbahndirektion und dem Gemeindeamt, sondern auch dem k. k. Eisenbahnamministerium übermittelt wurde, kann als warnendes Beispiel dienen. Die Resolution, die einstimmig und unter Beifall der Versammlungen angenommen wurde, lautet:

„Die heute am 2. März 1911 im Buntshausaal tagende öffentliche Versammlung der Eisenbahner erhebt nach Anhörung der Referate die dringende Forderung, daß endlich der Bau der Bedienstetenwohnungen in Angriff genommen wird, damit die Leiden, denen die Eisenbahnerbediensteten durch die unerträgliche Wohnungsnott und den Wohnungswucher ausgesetzt sind, ein Ende nehmen.“

Die anwesenden Eisenbahner betonen, daß ihre Wohnungsmisere zugleich im öffentlichen und im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegen ist, und von diesem Gesichtspunkt ausgehend legen sie entschieden Verwahrung dagegen ein, daß seitens der ländlichen Stadtvertretung und einzelner einflussreicher Persönlichkeiten aus gesetzlich unzulässigen Gründen der Errichtung der Bedienstetenwohnungen durch das Eisenbahnerarbeiter so schwere Hindernisse in den Weg gelegt werden, daß diese Bauaufgabe auf viele Jahre hinausgeschleppt, wenn nicht ganz unmöglich gemacht wird.

Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen eine eventuelle Aufführung der Bedienstetenwohnhäuser auf einem außerhalb der Stadt liegenden und sanitätswidrigen Grund. Die versammelten Eisenbahner sind fest entschlossen, den aufgenommenen Kampf um menschenwürdige Wohnungen bis zu Ende zu führen und würden auch vor dem äußersten Mittel nicht zurücktreten, sprechen aber die Hoffnung aus, daß durch ein Entgegenkommen seitens der Gemeinde es so weit nicht kommen wird.“

Wir hoffen, daß wenigstens das k. k. Eisenbahnamministerium, das doch den Bielitzern das Versprechen gegeben, in Nähe entsprechende Wohnungen herzustellen, auch das Wort einlösen und die k. k. Nordbahn verlassen wird, nach Klärung der Situation das Stimmenspiel aufzugeben und mit Ernst und Eifer darzugehen, der furchtbaren Wohnungsmisere in Bielitz ein Ende zu machen.

Die Lage der Gepäckträger. Vielleicht an keiner Arbeitergruppe kann man die Gewissenlosigkeit der Christlichsozialen in der Vertretung der Eisenbahner so deutlich und klar veranlaßt, als bei den Gepäckträgern. Viele Christlichsoziale Gepäckträger schwören treu zur Fahne der Christlichsozialen, sie haben bei allen Wahlen mit Aufopferung gearbeitet und diesen zum Siege verholfen. Sie haben den Christlichsozialen unzähligemal das Vertrauen ausgesprochen, sie haben ihnen das Mandat anvertraut, sie zu vertreten — aber was haben sie erreicht?

Brochagla und Klemmert, Schumann und Lueger haben schon vor zehn Jahren begonnen, den Gepäckträgern die Stabilisierung zu jüngern. Sie haben Versammlungen und Deputationen veranstaltet, Memoranden, Besuche und Resolutionen probotiert und verfaßt. Es wurden Artikel in das „Deutsche Volksblatt“ und in die „Österreichisch-ungarische Eisenbahnerzeitung“ lanciert, die damit protesten, was alles für die Gepäckträger errungen, wie ihnen geholfen werden muß — was aber haben die Gepäckträger in der Tat erreicht?

Bis heute nichts, gar nichts!

Und doch hätten die Christlichsozialen die Macht gehabt, für die Gepäckträger alles das zu erreichen, was sie denjenigen versprochen haben, vor allem aber die Stabilisierung. Denn es ist Witter, es ist Derschatta, es ist weiters Webra und es ist schließlich auch Glombinsti zu nennen, die den Christlichsozialen in jeder Beziehung entgegengekommen wären. Insbesondere haben sich doch die ersten drei zu dieser Frage vollkommen „wohlmöllt“ geäußert. Aber es ist bloß bei dieser Auseinandersetzung geblieben. Seit Jahren schweigt es in dieser Regierungspartei, es schweigt Brochagla und Klemmert, das „Deutsche Volksblatt“ samt der „Österreichisch-ungarischen Eisenbahnerzeitung“. Seit Jahren schon schweigen sich Organe und „Vertreter“ gründlich aus — nur die Gepäckträger warten und hoffen. Sie warten und hoffen, ungeachtet des Umstandes, daß ihre Lage immer düsterer wird, da ihr Einkommen, in gar keiner Weise gesichert, durch die Lebensmittelsteuerung und Mietzinssteigerung eher noch verringert wird. Und immer noch blieben die Gepäckträger den Christlichsozialen treu, weil — und das ist das sonderbare — weil die Memoranden, die vielleicht längst schon unbarmherzig verstampft wurden, noch immer laufen, weil auf diese Memoranden noch kein — Beide zurückgekommen ist! Denn die Gepäckträger haben wahrlich ein kindliches Gemüth. Sie glauben an die Potamorgana der Stabilisierung mit einer Bähigkeit, so daß dies die Gewissenlosigkeit der Christlichsozialen um so krasser erscheinen läßt. Es ist in der Tat eine bewußte, mutwillige Versführung, einen solchen Glauben an eine Sache zu erzeugen, die nicht durchgeführt werden kann. Der Glaube, das Vertrauen der Gepäckträger war so groß, daß es sogar versäumten, Vertreter in die Arbeiterausschüsse zu entsenden, so daß ihnen jedwede Gelegenheit fehlte, für die Verbesserung der Lage der Gepäckträger auch nur selbst einzutreten. Auch das fahnen die Christlichsozialen und haben es willenswiderwider gewußt. So entpuppt sich denn die ganze Unfähigkeit der Christlichsozialen, sich gewerkschaftlich zu betätigen und Erfolge zu erringen, weshalb sie darauf angewiesen sind, programmlos wie sie sind, alles zu einem wüsten Witsch-Masch zu verpolitisieren und eine ins Ungeheuerliche wuchernde Gauklerie zu treiben, ein Unternehmen, das als eine nichtswürdige Spekulation gebrandmarkt werden muß, durch welche sie allerdings die Stimmen der Gepäckträger und diese selbst zu Mitgliedern des Verfahrbundes gewonnen haben, aber gewissenlos genug waren, für die Gepäckträger nicht einmal eine Hand zu rühren!

Die Christlichsozialen haben nicht einmal vermocht, in Bezug auf die Entlohnung die Gepäckträger zu ständigen, vollwertigen Arbeitern zu machen; sie haben an der unmenschlichen Arbeitszeit derselben gar nichts auszusehen oder zu verbessern gewußt; sie haben das Bild, das durch das eigentümliche Verhältnis der Gepäckträger zur Eisenbahn nach und entstand, niemals auszurotten versucht, im Gegenteil, sie haben stets daran gearbeitet, den Gepäckträgern den Irrtum aufzuftrotzen, wonach sich dieselben für eine höhere, bessere Kategorie dachten, in Wahrheit aber tief unter dem Magazinarbeiter stehen, da dieser doch längst ein geregeltes Dienst- und Lohnverhältnis hat. Die Gepäckträger aber sind im Kuddel-Muddel von Arbeitern, die selbst Stubenmädchen und Kellnerdienst verrichten müssen!

So wurden die Gepäckträger von den Christlichsozialen vertreten und ihre Lage präsentierte sich deshalb als eine elende, die immer mehr der Verelendung anheim fällt. Das alles kam wenigstens in der am 29. März k. k. stattgefundenen Gepäckträgerversammlung im Hotel „Westbahnhof“ zum Ausdruck, sie selbst schilderten so die Lage, in der sie sich befinden. Sie haben auch beschlossen, einen Ausweg zu suchen und zu finden. Dieser Ausweg kann aber nur gefunden und betreten werden, wenn sie sich von einer Missionschule abwenden, sich rein gewerkschaftlich organisieren und das Bild der Stabilisierung verziehen, indem sie sich zuerst zu ständigen, vollwertigen Arbeitern machen. Das zu erringen, ist vor allem notwendig. Dazu gehört aber Mut, Kraft, Aufklärung und Einheitlichkeit. Die Gepäckträger der Südbahn mögen den Gepäckträgern der Staatsbahnen zum Vorbild dienen. Ihre Lehre ist, daß die miserable Lage der Gepäckträger nur durch das Eingreifen einer ehrlichen, gewerkschaftlichen Organisation gehoben und gebessert werden kann! F. S.

Nach Wiener-Neustadt. Schon lange hatte das Villacher Zugförderungspersonal nichts so schmückend erwartet, als die Entfernung des an Unkenntnis reichen und ungerechten Heizhauschefs Dorsch. Endlich ist der selbe gegangen worden, aber auch schon zur allerhöchsten Zeit, denn hätte es auch noch eine kurze Zeit länger gedauert, dann wären wohl infolge des vollständig banterten Maschinenstandes im Verkehr Anstände erwacht, die zu befehligen, wohl nicht so leicht gewesen wären. Ein Glück ist es daher für die Neustädter Kollegen, und selbstverständlich auch für die Maschinendirektion, daß das Wiener-Neustädter Heizhaus einen Vorbild zu besitzen, der in der Lage ist, eine Lokomotive in Stand zu setzen, sonst würden jetzt unter der Leitung Dorsch die Anstände bei ihnen beginnen, so wie sich dieselben bei dem Villacher Personal trotz aller Aufmerksamkeit und Mühe ergeben haben, so daß sich das Maschinenpersonal zum Schluß fürchtete, mit einer Lokomotive aus dem Heizhaus zu fahren, da es nicht sicher war, in der nächsten Station, kaum 10 Kilometer, vom Domizil infolge Auszettelung des einen in Reparatur gewesenen Lagers liegenbleiben zu müssen. Da oft durfte man nicht einmal die Station Villach verlassen, sondern mußte eilig in das Heizhaus zurückkehren, so daß hier wohl das befand.

„Herr Meister, ich bin fertig.“

„Goll ich's füßen?“

am Platz gewesen wäre. Dazu kam noch, daß für diese Heizhausklamperei dieser „Vorgesetzte“ das Personal dann verantwortlich machen wollte.

Von einem richtig Schieberstellen war schon einmal gar keine Rede, trotz aller Vorstellungen seitens der Lokomotivführer und trotz aller Eintrümpungen im Reparaturbüro. Der Mann hat hier ruhig gesehen, wie der als Lokomotivführer fungierende Krichatiger die Maschinen total verhunzte, so daß man einer Dreschlegelpartie noch früher zuhören konnte als einen Auspuff einer derart „mit vereinten Kräften“ rekonstruierten — Lokomotive, die dann für den ganzen Maschinenverkehr und für alle in der Nähe befindlichen Personen gefährbringend auf den Heizhausgleisen im „Giltzustempel“ auf die Schieberstellung erprobte wurde.

Nun ist Dorsch nach Wiener-Neustadt versetzt, und scheint sich das Villacher Heizhaus unter dem neuen arbeitsamen und dem Anschein nach technisch tüchtigen Herrn Heizhauschef Ingenieur Villach von dem vollständigen Maschinenreihen zu erholen. Uns aber erübrigt noch, die Wiener-Neustädter Kollegen zu bedauern. Hoffen wir, daß es ihnen besser ergehen wird.

Wie der Südbahnhverbandler Hochegger Mitgliedsfang betreibt. Herr Hochegger greift bei seinen trampelhaften Bemühungen, seinem „Südbahnhverband“ Mitglieder zuzuführen, zu recht gewagten Mitteln. Bei einer am Freitag den 10. März in einem Gasthaus am Margarethen Gürtel abgehaltenen Versammlung, bei der es Hochegger besondere auf das Verschubpersonal des Meidlinger Bahnhofes der Südbahn abgesehen hatte, vertrat er sich zu der Behauptung, er habe bei der letzten Bewegung auf der Südbahn bei der Generaldirektion die Heraussetzung der Tuchholze für die Verleicher von 2 Jahren auf 1 Jahr durchgesetzt. Genosse Tomischl aber habe diese Sache bei der Generaldirektion hintertrieben und in seiner Gegenwart erklärte, ihn, den Hochegger, lämmere die Sache nichts, die Vertretung der Arbeiterinteressen sei nicht Sache des Hochegger, sondern Aufgabe des Genossen Tomischl. Die Generaldirektion der Südbahn, die schon die Verlautbarung dieses Bugehändnis im Birkularweg vorbereitet hatte, habe darauf dieses Bugehändnis zurückgezogen.

Wir erklären demgegenüber nur, daß die vom Herrn Hochegger über ein derartiges Verhalten des Genossen Tomischl in einer solchen Angelegenheit in die Welt gejetzte Behauptung vom Anfang bis zum Ende erlogen ist. Es kann sich bei dieser Sache nicht etwa darum handeln, daß Hochegger falsch informiert wurde. Hochegger behauptet, Genosse Tomischl hätte ihm gegenüber erklärt, die Vertretung der Arbeiter lämmere ihn, den Hochegger aber nichts. Das ist ebenso unwahr wie die ganze Sache selbst, zeigt aber, daß sich Hochegger die Geschichte selbst erfunden hat und daß er willentlich Unwahrheiten verbreitet. Er muß es sich daher gefallen lassen, wenn wir ihn, den Herrn Hochegger, den Präsidenten des „Südbahnhverbandes“, hier öffentlich als Lügner besiegen. Hochegger muß das Meidlinger Verschubpersonal für ein sehr leichtgläubiges und naives Böscheln halten, wenn er sich getraut, diesem mit derartigen Behauptungen zu kommen. Wenn er das Bedürfnis hat, sein Anschein aufzufrischen, mag er nicht versuchen, dies auf Kosten anständiger Leute zu tun. Dies könnte ihm sonst noch schlecht bekommen.

Die Lage der Bahnerhaltungarbeiter. Trotzdem die Arbeiter- und die Zentralarbeiterausschüsse zu wiederholten Male das Eisenbahnamministerium sowie die Staatsbahndirektion auf die dringend notwendige Lohnaufbesserung und Regulierung der Löhne der Bahnerhaltungarbeiter aufmerksam gemacht, wollen die maßgebenden Personen immer nicht begreifen, wohin ein derartiges Regime führen muß, vorausgesetzt, daß ihr Gewissen nicht rechtzeitig erwacht. Nicht zuletzt hat auch unser Fachblatt „Der Eisenbahner“ des österreichen auf die mißliche Lage dieser am schlechtesten gestellten Kategorie von Staatsbahnarbeitern hingewiesen, deren Löhne von Kr. 2-60, das Höchstausmaß von 8 Kr. bei den älteren Arbeitern nicht übersteigen. Alle diese Vorstellungen konnten die Staatsbahnhverwaltung nicht bewegen, der falt bis zur Vergewaltigung führenden Not Einhalt zu bieten. Nicht genug an dem, müssen Arbeiter, wollen sie Aufnahme finden, eine Erklärung unterschreiben, nach welcher sie jederzeit entlassen werden können. Ferner müssen Leute, die auf Aufnahme reflektieren, ein Sittenzeugnis vorweisen und außerdem sich einer strengen ärztlichen Prüfung unterziehen. Also lauter gesunde, tüchtige und anständige Arbeiter verlangt man, denen man für alle diese Eigenschaften einen Grundlohn bezahlt, welchen sich kein so vornehmer Privatausbeuter angibt.

Wenn man nun bedenkt, daß Arbeiter nur in den Monaten März, April oder Mai Aufnahme finden, also zur günstigsten Zeit für das Arbeitsangebot in Privatbetrieben, und das mit dem Bewußtsein arbeiten, im Herbst entlassen zu werden, so darf es nicht wundernehmen, wenn die

Staatsbahnverwaltung keine Arbeiter bekommt, die dieser anstrengenden Arbeit gewachsen sind. Verirren sich doch einige und beginnen mit der Arbeit, so sehen wir sie in einigen Tagen flüchtig die Strecke verlassen, was gerade auf der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn so früh zutage tritt, daß wir uns mit derselben eingehender befassen wollen.

Die genannte Strecke hat eine Länge von zirka 10 Kilometern und besitzt drei Bahnhöfe mit größeren Gleiseinlagen, zu deren Instandhaltung 50 Mann nicht zuviel wären. Statt dessen sind aber kaum 30 Mann beschäftigt, die sich folgendermaßen aufteilen: 3 Professionen mit 2 Helfern, 3 bis 4 Mann, die fortwährend substitutionsweise Verwendung in den Stationen finden, 3 ambulante Wächter auf ihmisierten Posten, 1 Mann als Schreiber und Laufbursch und endlich 3 Mann in den Stationen zur Instandhaltung der Straßen und sonstigen Kommunikationen. Darnach verbleiben zur Instandhaltung einer doppelgleisigen Strecke von 10 Kilometern Länge kaum 15 bis 20 Mann, die, auf 3 Bahnhöfe verteilt — 1 Bahnhofsrächer, 1 Vorarbeiter und 5 Mann; 1 Bahnhofsrächer und 9 Mann; 1 Bahnhofsrächer, 1 Vorarbeiter und derzeit 2 Mann — in der Stärke der Partien ein anschauliches Bild von der Erhaltung des Überbaus auf dieser Strecke geben.

Man kann sich nun beiläufig vorstellen, welche kolossal Arbeitsleistung von den Leuten verlangt wird, die Strecke so weit instand zu halten, um Unglücksfälle hintanzuhalten. Zirka 60 bis 70 Kr. monatlich, das ist der Hungerlohn für diese aufreibende Arbeit und da ist es deum mehr als selbsterklärend, daß Arbeiter bei einem derartigen Lohn- und Arbeitsverhältnis, und weil sie der bittersten Not preisgegeben sind, die Arbeit verlassen, um sich anderweitig eine bessere Existenz zu gründen.

Obwohl der Bahnmeister dieser Strecke der Sektion des östlichen Vororten machte, daß Leute um den Lohn von Kr. 260 nicht zu bekommen sind und 8 Kr. für derartige Leistungen nicht zuviel wären, und obwohl man gegenwärtig auch keine Arbeiter mehr bekommt, wiewohl man 8 Kr. Anfangslohn zahlen würde, gefüllt sich Ingenieur Friedberger darin, Bahnwaggonfahrten, die bis jetzt in der Nacht ausgeführt wurden, gänglich aufzuhören, um auf diese Weise den Arbeitern noch die letzte Möglichkeit zu rauben, einige Kronen an Überstunden mehr zu verdienen und um damit Ersparnisse auf Kosten der Arbeiter zu erzielen.

Wir warnen den Herrn Ingenieur vor solchem Vergrößen, ehe es zu spät ist. Dadurch könnte ein großes Unglück herausbeschworen werden, wo wir dann den Schuldigen gewiß finden würden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir dem Herrn die Situation von Heiligenstadt ins Gedächtnis rufen.

Die geschilderten Umstände möge die I. l. Staatsbahndirektion untersuchen, ehestens die Lohnautomatik und Arbeitsordnung herausgeben und eine neuerliche Lohnregulierung vornehmen, was gewiß nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der I. l. Staatsbahnverwaltung gelegen ist.

## Norrespondenzen.

**Hermagor.** (Von der Lokalbahn Arnoldstein in Hermagor.) Auf der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor haben die Oberbauerbeiter unter dem Regime des Bahnmeisters Gregori viel zu leiden. Der Oberbauerbeiter kann sich bei seinem Lohn von Kr. 240 oder Kr. 260 nicht in der Station Hermagor eine Wohnung leisten, die 18 bis 20 Kr. monatlich kostet. Er muß sich eine Wohnung nehmen, die eine bis anderthalb Stunden von Hermagor weg ist. Es ist dann oft nicht möglich, daß der Arbeiter, wenn ein großer Schneefall eingetreten ist, um 7 Uhr früh am Arbeitsplatz sein kann. Es ereignete sich auch am 16. März, als in der Nacht über einen Meter hoch Schnee gefallen war, daß ein Arbeiter nicht um 7 Uhr früh am Platz war. Der Arbeiter mußte auf Geheiß des Bahnmeisters Gregori acht Tage mit der Arbeit strafweise aussitzen und war so verhalten, mit seiner Familie acht Tage zu hungern. Bahnmeister Gregori mag an die Zeit zurückdenken, wo er noch selbst Oberbauerbeiter war und sich nicht ein derartiges Strafrecht anmaßte. Eine derartige Vorgangsweise gegen die Arbeiter wird ihm keine Achtung eintragen. Die Oberbauerbeiter der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor aber sollen derartigen Zuständen gegenüber nicht untätig bleiben. Organisiert euch, Oberbauerbeiter der Lokalbahn Arnoldstein-Hermagor! Wenn ihr organisiert seid werdet, werden derartige Fälle gewiß nicht vorkommen.

**Komotau.** (A. l. Staatsbahn.) Am 1. Mai 1910 wurde in Komotau aus drei Lastwagenteilen und der Reserve eine vierter Partie aufgestellt. Es fiel die Regierung mit Zug 1052 Komotau-Össeg und Zug 1085 a. Wiesa-Komotau weg. Zug 1084 und 1079 wurden eingeshoben, ohne den Personalstand zu erhöhen. Bei drei Partien waren sieben Mann Reserve, bei vier Partien ist keine, wo doch ein Manipulationszug mehr im Turnus ist. Bei der Turnusaufstellung wurde versprochen, daß über Sommer das Stationspersonal aushilft und für den Winterturnus vier Mann Reserve eingestellt werden. Bis Weihnachten wurde das Personal vertröstet, Reserve ist bis heute noch keine. Es mußten daher öfters leere Wagen zurückgelassen werden wegen Mangel an Reserve, obwohl die Wagen in Eisenberg dringend gebraucht wurden. Auch wird zu den Personenzügen 1014 und 1015 Ablösung und Versärfung bestellt. Bei dringenden Familienangelegenheiten, wie plötzliche Erkrankungen und Todesfälle, wird wohl Urlaub vom Herrn Dienstvorstand erteilt, doch kann kein Erfolg beigesetzt werden. Die östliche Staatsbahndirektion wird dringend um Abschaffung dieser Nebenstände ersucht, da es doch nur im Interesse der Bahnanstalt liegt, sich ein zufriedenes Personal zu schaffen. Wenn früher bei drei Partien sieben Mann Reserve sein konnten, so wird es doch auch möglich sein, bei vier Partien vier Mann Reserve aufzutellen.

**Villach.** (Nette Zustände unter dem Regime des Oberinspektors Mardl.) Villach, eine in jeder Beziehung eindrückende Stadt, hat infolge der Erbauung der Tauernbahn einen Stationsumbau im großartigen Stile erfahren, der bis heute noch nicht vollendet ist. Dadurch gab es für jeden Bediensteten eine bedeutende Mehrarbeit, was auch von den Generalsdirektionen anerkannt wurde. Es befahlen vom Stationschef und vom Bauleiter angefangen bis herunter zum Verpfleger jedermann eine "Remuneration", nur die Zugförderungsbediensteten durften nach einem alten Ausspruch "nur hre Pflicht" erfüllt haben, da man für die außergewöhnliche Mehrarbeit, die zum Beispiel von den Wagenuntersuchern, welche über die Erdhügel bei der Untersuchung der Wagen herumtröcknen mußten, geleistet wurde, keinen Heller an Remuneration übrig hatte. Als "Erfah für die Remuneration" will Herr Oberinspektor Mardl den Wagenaufsehern bedeutende "Mehrarbeit" aufhängen, die bis nun von zwei Arbeitern geleistet wurde. Das ist die laufende Wagenreparatur, welche ohne Feuer gemacht werden kann, demnach alles, mit Ausnahme der Schwefelung gerissener Bugshaken; und erfüllt ferner seinem Liebling Peter Wirtnik, der bis nun der Arbeit von fern mit Glacebandschuhen zusah, anderseits aber Kollegen, die ihren Dienst gewissenhaft und für ihn gemacht haben, durch falsche Angaben zu Strafen verhaft, das ihm gegebene Wort und ernennt ihn zum Oberwagenmeister, womit natürlich die große Frage, einen sieben Mann nach Villach zu geben, um den gestellten Anforderungen auch entsprechen zu können, zur Zufriedenheit seiner Herrlichkeit des Herrn Peter Wirtnik und des Herrn Oberinspe-

tors, vielleicht noch des unverantwortlichen, jeder Fachkenntnis und Selbständigkeit entbehrenden Herrn Heizhauschess Ingenieurs Dorsch erledigt ist.

Ob sich aber von den zwei sogenannten Vorgesetzten einer die Frage vorgelegt hat, ob das, was man ab 1. März 1911 von den Wagenaufsehern verlangt, auch geleistet werden kann, ist eine andere Frage, und da sind nun die Wagenaufseher der Ansicht, daß das, was man von ihnen verlangt, schon mehr ins Abgrau geht. Ein Zug kann eben nicht im Laufschritt untersucht werden und ein Wagen ist nicht so schnell repariert, als ein Hase geschossen.

Dass es Herrn Dorsch nicht einfällt, über etwas nachzudenken, ob es möglich ist oder nicht, ist ja heute jedermann bekannt, auch kennt jedermann seine Praxis in der Straferteilung, und da ist es kein Wunder, wenn man, da man auch beim Inspektorat kein Verständnis findet, sich einfach gleich an die Maschinendirektion wendet, und da es eben nicht anders möglich ist, durch die Presse. Es ist schon lange her, wo man sich, um den Dienst verantwortlich leisten zu können, an das Inspektorat um einen siebenten Mann und Verbesserung des Turnus wendete.

Nun wird der Revisionsposten in Unter-Drauburg aufgelöst, der eine Mann wäre da. Was macht nun das Inspektorat? Es ernennt sein Liebkind zum Oberwagenmeister, es bleibt wieder nur sechs Mann zur Arbeit, verlangt aber, daß die bis nun von zwei ständigen Arbeitern geleistete laufende Wagenreparatur von den Wagenaufsehern in der Dienstzeit, was eben vollständig unmöglich ist, geleistet wird. Wann und wie können nun bei dem kolossalen Verkehr in der Nebengangstation Villach, wenn auch noch die Wagenreparaturen gemacht werden sollen, die anstommenden und abschreitenden Büge ordnungsgemäß und verantwortlich untersucht werden?

Wie aber schaut es noch dazu mit dem jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden Dienstturnus aus? Bisher versuchen sechs Mann den Dienst nach folgendem Turnus:

12 Stunden Dienst, 16 Stunden frei, 4 Stunden Dienst, 4 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 24 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 20 Stunden frei; 16 Stunden Dienst, 24 Stunden frei. Ab 1. März 1911 müssen statt sieben Mann wieder nur sechs Mann folgenden Dienst leisten:

12 Stunden Dienst, 12 Stunden frei; 6 Stunden Dienst, 8 Stunden Dienst, 12 Stunden Dienst, 12 Stunden frei; 12 Stunden Dienst, 80 Stunden frei; 18 Stunden Dienst, 24 Stunden frei. Der siebente Mann geht über Tag nach Erledigung der Rapporte (!) spazieren, hat keinen Nachtdienst, kurz und gut, er ist der bevorzugte auf Konto der übrigen.

Da es nun bei einem Verkehr, wie der in Villach, unmöglich ist, das Verlangte zu leisten — es verfehren von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends nicht weniger wie folgende regelmäßige Büge an und ab (gesperrt gebrückt sind Lastzüge): 455; 456; 441; 422; 413; 408; 470; 467; Transit e; 451; 451; 414; 412; Fabrikzug; Transit d; 448; 459; 452; 417; 411; 418; 416; Transit e; 487 — so lehnen die Wagenaufseher jede Verantwortung ab, im Falle nicht die Direktion den Auftrag der Wagenreparaturenleistung zurückzieht und nicht mindestens einen Mann mehr für Villach einstellt.

**Borberg.** (Vor Berichtigung.) Der Herr Maschinenmeister Karl Finger hat es für notwendig gefunden, unsere Darstellung in Bezug auf Entlassung und Arbeitsniederlegung der Werkstättenarbeiter zu berichtigten. Unsere Darstellung beruht selbstverständlich auf Wahrheit. Es ist ganz nebensächlich, wenn Herr Finger berichtet, daß nicht er der Anordner der Sonntagsarbeit war, die Hauptfahrt ist, daß sie angeordnet wurde, wes Herr Finger in der Verichtigung selbst nicht bestreitet. Sonderbar ist der Punkt 2 in der Verichtigung. Herr Finger sagt nämlich:

"Unwahr ist, daß die Arbeit für Sonntag ohne Dringlichkeit angeordnet wurde, wahr jedoch, daß weder Werkmeister Herr Soukup noch ich von der Veranstaltung eines Festes etwas wußten."

Zu deutsch übersehen heißt das: Finger behauptet, daß die Sonntagsarbeit dringlich war, weshalb sie angeordnet wurde; wenn aber Finger oder Soukup von der Veranstaltung eines Festes gewußt hätten, wäre die Sonntagsarbeit nicht angeordnet worden. Hiermit gibt Herr Finger schon im zweiten Punkt zu, was er im ersten bestreitet, nämlich, daß er die Anordnung der Sonntagsarbeit nicht getroffen, beziehungsweise ganz ohne Kenntnis davon war, weil er nicht anwesend war. Es steht somit weiters aufrecht, daß die angeordnete Sonntagsarbeit nicht so sehr dringlich gewesen war, weil die beiden Maschinenmeister dann, wenn sie von Zeit etwas gewußt hätten, die Sonntagsarbeit nicht angeordnet hätten. Aber das alles ist ja nur eine Rücksicht. Gerade deshalb, weil beide im Bunde mit Muzullini und Norbert Kastner von der Veranstaltung des Festes wußten, gerade deshalb wurde ja die Sonntagsarbeit angeordnet und für dringlich ausgegeben, die nicht dringlich war, wie die Verichtigung beweist!

Das schönste leistet sich jedoch die Verichtigung im vierten und fünften Punkt. Da wird bestreit, daß Pfaab entlassen wurde und behauptet, daß Pfaab vom Werkmeister bloß korrigiert wurde. Und er wurde nicht etwa deshalb korrigiert, weil er und alle anderen Arbeiter am Sonntag nicht gearbeitet haben, sondern weil er die Denunziation geschnitten hat. Was für ein Feingesühl muß dieser Herr Finger haben. Die Abwesenheit der Arbeiter von der Sonntagsarbeit hat er, ohne daß er ihnen zürnte, ruhig konstatiert, aber die Schmähung, die, wenn sie am Ende gefallen ist, mit Recht geschnitten ist, hat ihn entüstet, er mußte also den Pfaab korrigieren.

Die Verichtigung bestreitet die Entlassung Pfaabs und behauptet, daß Pfaab erst dann entlassen werden soll, als er und einige andere Arbeiter den Norbert Kastner mißhandelten. Dieser Punkt ist ganz und gar unwahr. Die Entlassung Pfaabs datiert von dem Moment, als Muzullini und Kastner behaupteten, Pfaab hätte die Arbeiter der Sonntagsarbeit abgeredet. Die berechtigte Entrüstung und Gegenwehr der Arbeiter gegen Kastner geschah einige Tage nach der Entlassung Pfaabs.

Es muß also unsere erste Darstellung vollinhaltlich aufrechterhalten bleiben.

**St. Pölten.** (Wahnerhaltungssktion.) Am 24. März l. J. wurden sieben Mann Oberbauerbeiter entlassen. Grund wurde, wie üblich, seiner angegeben. Der Bahnmeister Büchler, welcher diese sieben Leute (durchwegs Deutsche) zur Entlassung beantragt hatte, obwohl sie bereits zwei Monate bei der Wahnerhaltungssktion in Arbeit standen, hat es übers Herz bringen können, die deutschen Arbeiter auf Pfaster zu werfen. Es ist charakteristisch, daß die Deutschen so lange gebraucht werden konnten, bis die bestellten Kroaten eintrafen. Also Mangel an Arbeit kann nicht die Ursache der Entlassung sein. Andenklich sieht die Frage offen, warum hat man sie zwei Monate arbeiten lassen, wenn sie eventuell für die Arbeit nicht taugten? Oder konnte der Herr Bahnmeister Büchler nicht früher beurteilen? Letzteres können wir nicht gut glauben, weil Herr Büchler schon ein alter Bahnmeister ist. Wahrscheinlich ist diese Maßregel der Dank für den Durchfall, welchen Herr Büchler bei der Wahl in die Lokalcommission der Krankenasse erlitten hat. Büchler ist ein Märthner seiner Beliebtheit unter den Wahnerhaltungsbürokraten und Oberbauerbeitern geworden. Er ist durchgesessen mit Pauken und Trompeten und hätte er nicht einen so gut entwideten Sitz, so hätte er sich wahrscheinlich bei dem schrecklichen Sturz verletzt. Also kaum sind die Deutschen fortgeschritten, kommt ein Transport Kroaten, 62 Mann stark, von welchen bei der

ärztlichen Untersuchung 10 Mann als mit Trachom behaftet vom Bahnarzt Dr. Poduschka nicht angenommen werden. Welche Gefahr für die hiesige Bevölkerung durch diesen Import entstehen kann, kann man sich leicht ausmalen. Es fragt sich: ist nicht die Möglichkeit einer Ansteckung vorhanden durch jene Kroaten, welche als gesund befunden wurden, jedoch mit den Kranken vor oder eventuell nachher in Berührung kamen? Was sagt zu dieser Sache der Reichsbund? Dann wenn wir ihm vorhalten, daß die importierten Kroaten per Tag 3 Kr. Lohn erhalten, hingegen die hiesigen deutschen Arbeiter bloß Kr. 2,20 bis Kr. 2,40 per Tag bekommen? Es gibt hier deutsche Arbeiter, welche bereits zwei bis sechs Jahre bei der Wahnerhaltungssktion arbeiten und erst Kr. 2,40 Taglohn haben, während die Fremden sofort 3 Kr. erhalten. Überdies muß die Wahnerhaltungssktion den kroatischen Stock mit dem gleichen Taglohn entlohen; auch muß ihnen eine Parade aufgestellt werden und wird ihnen das Holz billiger als den hiesigen Oberbauerbeitern gerechnet. Alles dieses nimmt die Bahn in Kauf, wahrscheinlich aus Liebe zu den Deutschen. Ebenso röhrt sich keiner von den fast durchwegs deutschen Beamten, welche der Kern der Ortsgruppe des Reichsbundes sind. Hier könnte der Reichsbund sich ein Verdienst erwerben, wenn er dafür eintreten würde, daß bei der Wahnerhaltungssktion St. Pölten nur dann deutsche Arbeiter entlassen werden dürfen, wenn wirklich Mangel an Arbeit ist. Aber auch hier ist es wie überall. Obwohl sie sich in ihren Konventen sowie im Dienst als Deutsche gebärden, so reicht doch ihr deutscher Mut für Taten nicht aus. Außer wenn es gilt zu verleumden (siehe den Artikel im "Deutschen Eisenbahner". Wie werde ich Magazinmeister?). Trotz allem geht es beim Reichsbund doch nicht vorwärts. Bei allem Wirken als Vorgesetzter kann die Schaar der "Botanabete" nicht vermehrt werden. Die allzu große Freundschaft, mit der man die Leute einfangen will, macht sie manchen stutzig und die meisten sind doch nur deshalb beim Reichsbund, weil sie die Nade ihrer Vorgesetzten fürchten. Die Anhänger des Reichsbundes, insfern sie noch ein denkbares Hirn haben, verlassen bereits den Hort der Deutschen, um sich den roten vaterlandslosen Gesellen anzuschließen, wo man nicht marstreibische Reklame macht, auch keine Beamtenlügen erwirkt, aber ehrlich im Kampfe den geraden aber einzigen richtigen Weg geht.

**Mauthausen, Oberösterreich.** (Mißglückter Gimpelfang.) Frohe Botschaft und voll Freude, nun endlich Gelegenheit zu haben, eine wadre Tat vollbringen zu können, fuhr lärmig an einem Sonntag ein Herr Strunz, Ortsgruppenleiter des christlichen Verkehrsverbundes in Steyr, nach Mauthausen, um hier auf Grund von Vereinbarungen mit einem vermeintlichen Gefinnungsgegenen einen Eisenbahnerversammlung abzuhalten. Der edle Mann verfolgte mit dieser Fahrt keinen geringeren Zweck, als die hiesige starke sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation zu vernichten und an ihre Stelle eine unbesiegbare Rameudenorganisation des Verkehrsverbundes zu setzen.

Solche Bilder im Herzen tragend, betrat Herr Strunz das Versammlungssaal bei den "drei Kronen", wo ihm manch auffällige Dinge, die von Menschen, welche ihre fünf Sinne beisammen haben, nicht übersehen werden können, zu bedenken hätten geben müssen. Herr Strunz aber bemerkte in seiner überchwänglichen Freude nichts von diesen Dingen.

Als sich nun bis zirka 2/4 Uhr vormittags eine ziemlich große Anzahl Eisenbahner eingefunden hatten, eröffnete der hierzu schon ausserordene Kollege Koppler die § 2-Versammlung. Nachdem er — ganz selbstverständlich — auch zum Vorsitzenden gewählt worden war, eröffnete er zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen des Verkehrsverbundes“, Herrn Strunz aus Steyr als Referenten das Wort, der gleich eingangs seiner Ausführungen sagte, daß er kein gewiefter Redner sei, was er aber hier vorbringe, meine er recht aufwichtig. Es sei notwendig, auch hier endlich einmal zu sagen, was der Verkehrsverbund schon alles geleistet hat für die gesamten Eisenbahner, obwohl es noch weitere zehn Vereine der Eisenbahner gibt, die aber alle nichts ausrichten. Am wenigsten leistet die rote Organisation. Dann kam die allen christlich-sozialen Rednern geläufige Schimpfrede über die Sozialdemokraten und das überchwänglichste Lob über den Verkehrsverbund. Nachdem Herr Strunz so ungefähr eine halbe Stunde alles mögliche tolle Zeug dagegeschwärzt hatte, schloß er seine "Rede" mit der Aufforderung an die Anwesenden, recht zahlreich dem Verkehrsverbund beizutreten. (Ironischer Beifall.)

Über Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich Geistliche Hart zum Wort, welcher unter lautem Beifall der Versammlung mit Herrn Strunz und den Christlichsozialen gründlich abrechnete. Nach dieser Strafspredigt beelte sich Herr Strunz, den Saal zu verlassen, wobei ihm als Abschied brausendes Händelassen und Gelächter über seine würgende unglaubliche Dummheit und Mißlungenen Gimpelfang nachtönte. Nichts für ungut, Herr Strunz, wenn noch recht oft über Ihnen Äußerer herzlich gelacht wird!

**Franzenfeste.** (Todesfall.) Herr Bahnarzt Dottor Johann Peer aus Brixen ist, nachdem er sich innerhalb einiger Monate zweimal einer Magenoperation unterzogen hat, am 23. März in Innsbruck seinen Leiden erlegen. Nahezu bis zur letzten Stunde aktiv, durfte der Dohingefiedene für seine eigene Person wenig Zeit erübrigen haben. Sein Leben galt nur anderen; sicher die idealste Leistung, welche ein Sterblicher zu vollbringen vermag. Das Bahnpersonal des Sanitätsbezirks Brixen verlor in Dr. Peer einen Arzt, wie ihm ein weiterer vielleicht nicht wieder bescheiden sein dürfte. Doctor Peer war tüchtig und erfahren in seinem Berufe und er kannte keinen Unterschied bei den Patienten. Ihm war jeder Kranke eben nur ein Kranke, und als Maßstab für die anwendende Sorgfalt in der Behandlung kranker galt nicht etwa die dienstliche Stellung des Patienten, sondern einzig nur die Art der Krankheit. Dabei verlangte er auch nicht, daß der Bedienstete, um von ihm als krank anerkannt zu werden, sozusagen schon auf dem Sterbebette liege. In dieser Erkenntnis ließ sich Dr. Peer auch durch niemand irre machen, und noch viel weniger konnte er sich dazu versiehen, etwa die Art der Erkrankung eines Bediensteten oder die Dauer der Krankheit durch jemand anderen bestimmen zu lassen. Wenn Doctor Peer in letzter Zeit seine Aufgaben nicht mehr so ganz zu erfüllen vermochte, so wissen die Eisenbahner dies ganz folgerichtig aus sein hohes Alter sowie auf sein schweres Leiden zurückzuführen. Gewiß ist jedoch, daß der Großteil der in Betracht kommenden Bahnbediensteten dem Dohingefiedenen, der ihnen durch sein Mitgefühl zum wahren Freunde geworden, ein ehrendes Andenken bewahren wird. Möge er, der den Leidendenher zur Gänze geleert, im Schoße der Mutter Erde die wohlverdiente Ruhe finden.

**Branowitz.** In der Station Branowitz steht ein Megakohlenschuppen, welcher so ungünstig angelegt ist, daß er zu einer Menschenfalle werden kann. Um zu diesem Kohlenschuppen zu gelangen, muß man fünf Gleise überschreiten. Bei diesem Schuppen findet zweimal des Monats die Kohlensäffigung statt, wobei sich zirka 30 bis 40 Pensionäsen oder deren Angehörige und zirka 20 bis 30 Eisenbahnbudenstete beteiligen. Die Kohle muß in Körben oder Säcken über sämtliche fünf Gleise getragen werden, um zur Aufzahrtstraße gelangen zu können. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß noch keiner durch Sturz über die Schienen verletzt oder von einem einfahrenden Zug überfahren worden ist.

Die Bediensteten bitten um baldige Verlegung dieses Kohlenschoppens auf die Befahrtsseite, wo genügend Platz vorhanden wäre, um dieser Menschenfalle zu entgehen.

Bünauburg. (I. I. Staatsbahnen.) Ein Stationsleiter wie er nicht sein soll, ist Herr Lorenz in Bünauburg. Dieser kleine Herr, welcher Stationsmeister geworden ist, an einem Tag, wo jemand nicht zu Hause gewesen sein muß, scheint sich der Direktion gegenüber auf eine recht kleinliche Weise bemerkbar zu machen, indem er das ihm unterstehende Personal in der niedrigen Weise behandelt. Wie viele anständige und tüchtige Leute, welche sich wirklich Dienstkenntnisse erworben hatten, müssten seiner Selbstkraft halber ihren Dienstposten verlassen, um nicht ihre Zukunft bei der Bahn zur Gänze zu verlieren. Es ist sowohl, daß er überhaupt niemand mehr bekommt. Es kommt einem so vor, als wollte Lorenz tatsächlich nur solche Leute haben, welche zu allem fähig sind. Im Winter hatte die Station keine Kohle und die Arbeiter waren gezwungen, selbe von den Parteien zu stehlen, damit der Herr Leiter mit seiner Gemahlin und einigen anderen Herren und Damen in der Dienststanzlei nicht erfroren. Und dabei sah die Kanzlei sehr oft einer Kneipe, aber keiner Kanzlei ähnlich. Die Fremdlinge amüsieren sich meist damit, daß sie die Dienstbücher studieren, und doch der Herr Stationsmeister nicht im Kartenspiel gestört war, beantragte man Damen, Signale zu geben. Auch ist hier eine Firma, welche ein eigenes Recht hat, und zwar kann dieselbe Güter zu jeder Stunde bringen und aufgeben, und können im Magazin kommandieren nach Belieben. Dass sich Herr Lorenz um seine Station kümmern würde, gibt es nicht. So kommt es häufig vor, daß kein Petroleum da ist. Aber nun kommen wir zu einem Punkt, welcher an Niedrigkeit nichts mehr übrig läßt. Früher ging immer ein Bediensteter vom Magazin abholen. Zum Neuen Jahr kam die Schwägerin des kleinen Bernegroß, welche die Abfertigung übernehmen mußte, diese bekommt für ein Aviso nach Biela 60 Heller. Wie kommt denn das? Dies haben sich die Leute bis jetzt gefallen lassen, als dieselben aber sahen, daß man sie sogar betrügt, dann können auch wir nicht mehr ruhig zusehen.

So ist uns ein Schriftstück zugegangen, laut welchem eine Firma am 24. Dezember 1910 dem Herrn Lorenz 10 Kr. mit der Weisung übergab, dieselben an sein Personal zur Verteilung zu bringen. Dennoch haben die Leute bis heute noch keinen Heller erhalten. Sieht es denn von der Direktion niemand, daß ein solcher Mensch auf einen derartigen Vertrauensposten nicht gehört? Höchste Zeit ist es, daß hier Remedien geschafft wird.

Aßling. (Ein deutschnationaler Agitator als Wirtschaftsrauer.) Welcher Gattung die Gegner und Schädiger unserer Organisation sind, zeigt deutlich folgende Begegnung. Am 18. März zog der als deutschnationale Rode bekannte Herr Krauzer, Expositurleiter in Aßling, mit dem ebenfalls treubürgischen Lokomotivführer Fereberger im Gasthaus Maitin in Birnbaum bei Aßling. Um circa 1 Uhr nachts kamen der Lampist der I. I. St. V. Walner und der Magazinsaufführer Kristof hinzu, und ließen dort den Grammophon spielen. Darauf begannen Herr Krauzer und Fereberger abwechselnd mit der Tür zu schlagen, und schließlich trug Herr Krauzer den Grammophon ins Extrazimmer, worüber sich Walner und Kristof aufhielten, da sie für mehrere Stunde schon begabt hatten. Auf dieses schien Krauzer gewartet zu haben. Er sprang auf Walner zu und versetzte ihm wuchtige Schläge auf Nase, Augen und Kopf unter den gemeinsten Beschimpfungen. Die Schläge müssen mit einem harten Gegenstand geführt sein, weil Walner gräßlich zugerichtet war. Kristof wurde hinausgestoßen und dann erst mit den Füßen bearbeitet. Unter anderem hat Kristof eine starke Verlebung des Armes erlitten. Walner und Kristof wurden noch in der Nacht von dem Arzt Doktor Kogoj verbunden.

Ein ehrendes Faltum für alle Expositurleiter, Maschinenleiter und Lokomotivführer, aus deren Mitte Herr Krauzer hervorging. Wir finden es an der Zeit, daß Herr Krauzer, der ohnehin viel Butter am Kopf hat, endlich von Aßling entfernt wird und dadurch wieder sichere Zustände geschaffen werden.

Czernowitz. (Bahnhaltung.) In diesen Zeilen wollen wir diesmal die krassesten Zustände im Bahnhaltungs-dienst in der Buhowina streifen. Eine einmalige verstärkte spezielle Auflage des "Eisenbahner" würde nicht ausreichen, wenn man die wichtigsten Strafsysteme und Sanktionierungen der Streckenwächter durch mittelbare und unmittelbare Befehle der I. I. Bahnhaltungssektion, I. I. Expositionen und I. I. Betriebsleitungen beschreiben sollte.

Im Jahre 1910 wurde durch die I. I. Betriebsleitung Czernowitz ein Straferlass herausgegeben, in welchem es heißt, daß beim Verschlagen der Züge die Streckenwächter mit folgenden Strafen belegt werden: und zwar beim erstenmal mit 2 Kr., beim zweitenmal mit 6 Kr., beim drittenmal mit 10 Kr. und beim viertenmal mit Disziplinaruntersuchungen. Vergessen wir nicht, daß mit jeder Ordnungsstrafe auch die Schnellzugsprämien (2 Kr. monatlich) dem Streckenwächter genommen werden. Hier in diesem Falle hat ein spezielles Interesse der Herr Inspektor Wolak, Bahnhaltungsvorstand in Czernowitz.

Erlasse werden doch herausgegeben, um ein Verständnis im Dienst zwischen Personal und Vorgesetzte auf vernünftige Weise herzustellen. Das Verfassen eines Erlasse ist deshalb keine leichte Sache, wenn man allen Anforderungen entgegenkommen soll. Wir verstehen, daß sich der Verfasser eines Erlasse nicht nur mit Kommando und Strafen befassen soll, er muß auch dabei bedenken, daß der Erlaß vernünftig und erzieherisch auf denjenigen wirken soll, für welche der Erlaß geschrieben wird.

Im oben zitierten Erlaß hat man alles, welches moralisch und erzieherisch auf die Streckenwächter wirken sollte, vernommen, dagegen Tür und Tor allen Spitzelum, Denunziationen und Schlechtigkeiten geöffnet. Sehr krasse Fälle haben wir schon gehabt, wo der Streckenwächter ganz unzulässig gestrafft wurde, weil es die Nachkontrolle wollte und behauptet hatte. In solchen Fällen muß auch die stichhäftigste Nachfertigung nichts, auf dem hektographisch geschriebenen Strafzettel ist ein Absatz ersichtlich, wo es heißt: "Mechtfertigungen werden nicht berücksichtigt." In puncto Strafen ist der Herr Inspektor Wolak in Czernowitz sehr fähig und hat sich auf diesem Gebiete große Verdienste erworben. Sein Lieblingskind, der Gebäudemeister Schneider, treibt es ins Unglaubliche bei den Nachkontrollen, und will auf diese Weise Karriere machen; wir werden ihm auch zur Karriere helfen, aber auf eine andere Art.

Wir werden in Zukunft mit einem ausführlichen Material herausrücken, um der Welt zu zeigen, welche Ungerechtigkeiten bei uns in der Buhowina noch Platz haben, die Städte, welche daraus entstehen werden, das wird das Verdienst einzelner Vorgesetzter im Bahnhaltungsdienst sein.

Meran. Die Meraner Buggsbegleiter wurden am 22. März mit einem neuen Turnus überrascht, welcher bereits am 25. März in Kraft tritt. Nachdem diese Dienstteilung jedem Menschlichkeitshabend spricht und auch für das reisende Publikum eine Gefahr bedeutet, wenn dasselbe mit Bügeln fährt, wo ein überanstrengtes Personal Dienst machen muß, ist es notwendig, daß die Öffentlichkeit es erfahre, um, wenn ein Unfall passiert, diejenigen zur Verantwortung ziehen zu können, die eine solche Dienstteilung schaffen. 1. Tag: Von 7 Uhr 34 Minuten früh bis 7 Uhr 48 Minuten abends. 2. Tag: Von 8 Uhr 8 Minuten früh bis 9 Uhr 30 Minuten abends. 3. Tag: Von 7 Uhr 16 Minuten früh bis 10 Uhr 55 Minuten abends. 4. Tag: Von 7 Uhr

früh bis 10 Uhr abends. 5. Tag: Von 5 Uhr 50 Minuten früh bis 12 Uhr 20 Minuten abends. 6. Tag: Von 8 Uhr 55 Minuten früh bis 9 Uhr 28 Minuten abends. 7. Tag: Von 4 Uhr 40 Minuten früh bis 4 Uhr 10 Minuten nachmittags. 8. Tag: Von 4 Uhr 40 Minuten früh bis 7 Uhr 15 Minuten früh. Nun beginnt es wieder von vorne, so daß ein eigentlicher Feiertag überhaupt nicht vorgesehen ist. Wo sind da die gesetzlichen Vorschriften geblieben und wie kann man erwarten, daß ein so ausgebeutetes Personal den ohnehin strengen Dienst anstandslos versehen könne. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, da man bei der I. I. Staatsbahn kein Gehör findet, und hoffen auf diesem Wege einen Fahrturnus, der direkt eine Gefahr für das Personal und die Reisenden bedeutet, aus der Welt zu schaffen.

Friedel-Mistel. Die Turnuszustände der Heizhausleitung Friedel-Mistel haben sich unter der Leitung des heutigen Zugförderungsinspektors Herrn Winternitz so verschlechtert, daß sich die Notwendigkeit ergibt, die verfehlte Sparwut dieses Herrn einer Kritik zu unterziehen. In der Station Friedel-Mistel war ein Verschublokomotivpersonalturnus (Verschubturnus) mit drei Personalen, welche einen Dienst von 12 Stunden und darauffolgende 24 Stunden frei hatten; weiter ein Verschubturnus von zwei Personalen, welche das Verschieben in Teschen verrichteten. Dieser Turnus war folgender: Die Lokomotive fährt um 4 Uhr 5 Minuten früh leer nach Teschen, besorgt dort das Verschieben und fährt als Vorspann, beziehungsweise Nachschub mit Zug 2284 abends retour. Herr Winternitz dachte, hier könnte man das Friedeler und Teschner Verschieben in einem Verschubturnus geben und ein Personal wäre erspart. Personal hat dieser Herr wohl erspart, aber dafür mußte er die Lokomotive, welche früher mit Zug 2284 als Vorspann, beziehungsweise Nachschub benötigt wurde, leer nach Hause senden, wodurch die Lokomotive um 9490 Kilometer im Jahre leer mehr macht; dadurch hat dieser Herr keine Ersparnisse gemacht, sondern einen Schaden verursacht, denn wenn Zug 2284 Nachschub braucht, so muß eine Lokomotive von Friedel nach Teschen leer fahren. Also, eine Maschine fährt leer nach Teschen, die andere fährt leer nach Friedel; so werden bei dem ständigen Mangel an Lokomotiven dieselben unnötig herumgejagt und das Personal mit einem mörderischen Turnus belegt, was aus dieser Zusammenstellung zu ersehen ist: Nach 12stündigem Verschieben folgen 24 Stunden frei; dann sind nach 12stündigem Verschieben 21 Stunden frei; dann nach 17stündigem Verschieben 10 Stunden frei; zum Schluß wieder 12 Stunden Verschieben. Das Lokomotivpersonal erklärt, bei so einem Turnus keine Verantwortung übernehmen zu können, was auch dem Herrn Heizhausleiter mitgeteilt wurde. Derselbe hat das der I. I. Nordbahndirektion berichtet, aber der Herr Zugförderungsinspizitor Winternitz berichtet: "Es geht fabellos." Da von Seiten der Direktion keine Aenderung erfolgte, forderte das Personal den Vertrauensmann auf, bei der Direktion diesbezüglich zu intervenieren. Der Vertrauensmann erklärte der Direktion, daß man dadurch keine Ersparnisse erzielt, sondern nur Schaden zufügt; wenn man schon sparen will, so soll man die Lokomotive und ein Personal nach Teschen ständig versetzen, da dort ein Heizhaus, Wasser, Kanal vorhanden ist. Durch diesen Vorgang wäre dann nicht nur ein Personal erspart, sondern noch 18.980 Kilometer leer. Die Herren versprachen, den neuen Turnus sobald als möglich durchzuführen. Anders war es mit dem Herrn Oberinspizitor Winternitz. Der befand wahrscheinlich eine Nase und war furchtbar über unseren Vertrauensmann erbost, der die Unkenntnis dieses Herrn bei der I. I. Direktion bloßlegte. Dafür, daß der Vertrauensmann ein Personal und 18.980 Kilometer leer ersparten wollte, befand er vom Zugförderungsinspizitor eine Rüge. So einen Dank bekommt man, wenn man zweckentsprechend sparen will.

Kornitz. (Mährische Eisenbahn.) In der "Lidové Noviny" erschien am 14. März ein Artikel, betitelt mit den Worten "Anarchie auf den Staatsbahnen", wo man an der Schreibweise des betreffenden Artikels den Oberanarchisten und Berichterstatter der "Lidové Noviny" (Organ der tschechischen Separatisten in Mähren) in Kornitz und seine Helfershelfer in Kostelec herausfindet. Diese Strauchritter haben sich zur Aufgabe gemacht, das Kameradschaftsgefühl der dortigen Bediensteten zu vernichten und sie gegeneinander auszuspielen. Wir haben uns die Mühe genommen und Erkundigungen über die unwürdigen Verhältnisse in Kornitz eingezogen und wollen einige frische Fälle zur Beurteilung der Offenlichkeit übergeben, um den guten Ruf des Personals der Station Kornitz zu wahren. Die Station Kornitz hat einen Personalstand von 16 Bediensteten, von der mehr wie die Hälfte der tschechischen Nation angehören. Seit Bestand der Bahn haben sich diese Bediensteten, wo vielleicht der ganze Stand an Bediensteten drei- bis viermal durch Verseuchungen erneuert wurde, stets rechtschaffen und zum Wohle und Nutzen der Bahn vertragen. Niemals wurden Verfehlungen bei der vorgesetzten Behörde über ungehörliches Benehmen gegenüber dem Publikum sowie dem unterstellten Personal geführt. Heute, nachdem der Herr Meister Schnäder die Station Kornitz mit seiner Persönlichkeit präsentiert, ist das gute Einvernehmen unter dem dortigen Personal verschwunden und an dessen Stelle ist nationaler Hader, Spott und Parteilichkeit getreten. Als Gründsatz seiner angeblichen Bildung hat er sich den Nachwächter Müller ausgerufen, an dem er sich noch wegen dessen Indifferenzismus gar manches erlauben kann. So hat er ihm im Wartesaal III. Klasse gegenüber dem anwesenden Publikum gedroht: "Man wird Sie festieren" oder "Man wird Ihnen den Kragen umdrehen". Wir haben damals auf seinen Geißelzustand Rücksicht genommen, um ihn nicht mit den Vorgesetzten in Unannehmlichkeiten zu bringen. Wir können Herrn Schnäder nur raten, daß er sich zum Festieren und Kragenumdrehen solche Leute aussuchen soll, die die Bezeichnung "Brate" tragen, an allen anderen dürfen seine nationalen Führer starke Widerstand finden.

Daz unter solchen Verhältnissen das Dienstmachen in Kornitz zu einer unerträglichen Qual geworden ist, muß jeder rechtlich Denende zugeben. So haben jene, die am meisten unter der nationalen Parteilichkeit gelitten haben, andere Hilfe in Anspruch genommen, nachdem sie das Vertrauen zum Vorstand als objektiv gerechter Vorgesetzter verloren haben.

Auch bemerkte man, daß Bedienstete, die vor kurzem Zeit nach Kornitz versetzt wurden, die herrschende Parteilichkeit bis zur Genuge kennen gelernt haben und trachten, sobald als möglich der Station Kornitz den Rücken zu kehren. Auch legen wir hier dem Konditeur "Brat Michal" ans Herz, nicht in jedem Arbeiter einen Eschenfresser zu vermuten. An uns Arbeiter, die wir auf den Standpunkt der Internationalen stehen, dürften ihre nationalen Schäflichkeiten den Garas bekommen und können sie sich bei den Genossen bedanken, daß sie so einsichtsvoll und nachsichtig waren, sie nicht vor die Schranken des Gerichtes zu zerrn, wegen was, dürften sie wohl sehr gut wissen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß hier wieder das frühere gute Einvernehmen Platz greifen möge und der nationale Hader vollständig verschwinden wird. Dem "Brat Michal" teilen wir mit, daß er die Verfehlung unserer Organisation nicht erleben wird und wenn er ein Methusalemster erreichen würde.

Abonnieren die "Arbeiter-Zeitung".

## Versammlungsberichte.

Braunau. Am 17. März wurde im Arbeiterheim eine gut besuchte Magazinsarbeiterversammlung abgehalten, wo über Unterdrückung und Antreiberei lebhaft gesprochen wurde. Die trostlosen Zustände können auf die Dauer nicht mehr ertragen werden, und selbst der geduldigste Arbeiter muß bei der unmenschlichen Behandlung und schlechten Entlohnung zur Erkenntnis seiner Lage kommen. Daß die gegenwärtige Erregung unter den Magazinsarbeitern nicht das Werk einzelner Heger ist, werden wohl auch jene Herren einsehen müssen, die immer bei derartigen Versammlungen von verhehlten Arbeitern sprechen. Die I. I. Staatsbahndirektion würde gut tun, wenn sie den Braunauer Magazinsarbeitern eine anständige Entlohnung und eine menschliche Arbeitsordnung beibringen möchte, denn mit dem System der eisernen Faust wird sich die Bewegung unter den Bediensteten diesmal nicht unterdrücken lassen.

Wiener-Neustadt. In letzter Zeit fanden hier eine Anzahl von Versammlungen der einzelnen Kategorien statt, wo über die statigefundene Konferenz Bericht erstattet wurde. So am 26. März eine Versammlung der Magazinsarbeiter. Referent: Arbeiterausschussmitglied Kováč.

Am 27. März eine Versammlung der Heizhaus- und Werkstättenarbeiter. Referent: Grasser.

An 2. April eine Versammlung der Kohlenarbeiter in Langenlochen, wo Genosse Schönher referierte.

Sämtliche Versammlungen waren gut besucht und wurden die Referate mit Beifall aufgenommen.

Bischofsföhren-Fritztal. Am 26. d. M. fand im Gasthaus "zur Dickejäger" eine § 2-Versammlung der Eisenbahner statt, die außerordentlich gut besucht war; auch von Außerfeldern waren Kollegen erschienen. Der Referent Genosse Mühlberger brachte ein ausführliches Referat, das sehr begeistert aufgenommen wurde. Nach dem Referenten berichtete Bahnhofsrat Klausbauer über die Zustände an die Oberbaurbeiter, forderte zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation auf und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der Schädlichkeit des Alloholgenusses, der die Kampffähigkeit des Arbeiters bedeutend vermindere. Genosse Celeidner sprach über die Bestrebungen der Gegner, insbesondere über das Verhalten eines hiesigen Bahnhofsräters und seines Sohnes, eines Parteiführers. Die Vollmachten zur Generalversammlung am 25. d. M. mußten nämlich alle dem Bahnhofsräther Langer gegeben werden. Dieser Herr sagte schon im Vorjahr: Wer ihm die Vollmacht nicht gibt, kann sich bei eventuellen Abgängen bei der Lebensmittelstendenz sein Recht suchen wo er will. Damit sich die Leute nicht organisieren, wurde in Herbst ein Gesangsverein vom hiesigen Lehrer Hirsch gegründet, und wo die Kollegen durch den Sohn des Bahnhofsräters hingetrieben wurden. Dieser Sohn ist ein Vorarbeiter, Ehrenmitglied dieses Vereines sind Herr Bahmeister Bellac und Herr Signalmeister Gruber. Zum Schluß der Versammlung brachten einige Genossen noch verschiedenes vor, worauf noch Genosse Mühlberger zu einer theoretischen Abhandlung das Wort ergriff. Um 8 Uhr abends wurde diese interessante Versammlung mit einem kräftigen "Vorwärts" geschlossen.

Bernhardsthal. Am 26. März 1911 fand in Bernhardsthal eine Versammlung der Blödwächter, Streckenbegeher und Schrankenwächter statt, in welcher gegen das Entziehen der Dienstfreien Tage, welche bei der ehemaligen Nordbahn, und bisher auch bei der I. I. Staatsbahn, diesem Personal gewährt wurden, Stellung genommen wurde. Das Streckenpersonal erhebt Protest dagegen, und verlangt, daß ihm die bisher gewährten Dienstfreien Tage infolge unbenommen bleiben, bis der Dienstturnus (12 Stunden Dienst, 18 Stunden frei) auf allen Hauptbahnenstrecken eingeführt ist.

Das Personalkommissionsmitglied Genosse Geller war durch Krankheit verhindert, in der Versammlung zu erscheinen, und wurde sein, der Versammlung eingesendeter Bericht über seine Tätigkeit in dieser Frage des Streckenpersonals, befriedigend zur Kenntnis genommen.

Bei dieser Versammlung war deutlich zu erkennen, daß endlich auch dem Streckenpersonal einstellig daran liegt, den Weg in die Organisation zu suchen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die heute den 26. März 1911 in Donis Gasthaus in Bernhardsthal versammelten Blödwächter, Streckenbegeher und Schrankenwächter erheben Protest gegen die Entziehung der Dienstfreien Tage und drücken einstimmig das tiefsste Bedauern aus, daß sie noch immer keinen menschenwürdigen Dienstturnus haben, trotz aller Vorstellungen und Anträge der Personalkommission, unter Hinweis auf den dichten Verkehr, die zahlreichen Betriebsausfälle und Verkehrsunfälle in der Strecke Floridsdorf-Lundenburg.

Die Versammlten stellen an die I. I. Nordbahndirektion, daß dringende Erfüllen, den Dienstturnus (12 Stunden Dienst und 18 Stunden frei), auf allen Hauptbahnenstrecken ehebaldig durchzuführen und den bestehenden Turnus, 16 und 12 beziehungsweise 16 und 8 Stunden sowie die Verwendung der Streckenbegeher und Schrankenwächter zum Grasputzen, Schneeschäufeln u. s. w. sofort abzuschaffen.

Böckstein. Am 26. März fand in Moitingers Gasthaus die Jahresversammlung der Blödstelle Böckstein des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereins statt. Nach Kenntnisnahme des Obmanns und Kassenberichtes wurden die Neuwahlen vorgenommen. Ebenso wurde die Aufführung von Kandidaten zu den demnächst stattfindenden Wahlen in die Arbeiterausschüsse vorgenommen. Sodann schloß der Vorsteigende Genosse Reich die Versammlung. Anschließend an die Generalversammlung fand eine § 2-Versammlung statt, in welcher Genosse Kaufmann aus Salzburg in einem einstündigen Referat über die neuen Militärlasten und die Besteuerung des arbeitenden Volkes referierte. Die anschließende Diskussion zeigte, auf welch fruchtbaren Boden die Worte des Referenten fielen. Auch diese Versammlung zeigte, daß es keinen Winkel mehr gibt, wo nicht die Sozialdemokratie ihre Anhänger hat.

Aussee. Am 25. März sprach hier in einer gut besuchten Eisenbahnerversammlung Genosse Hammerstorfer über: "Arbeit und Kapital".

Wien. (Österreichische Nordwestbahn.) Am 25. März I. d. J. fand in Karlsbys Restauration, XX., Rauherstraße 5, eine Magazinsarbeiterversammlung statt, in welcher Genosse Stephan Fuchs als Delegierter der Magazinsarbeiterkonferenz den Bericht erstattete. Von der Zentrale war Genosse Franz Swoboda erschienen. Es wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

"Die versammelten Magazinsarbeiter erklären sich mit den Beschlüssen der Magazinsarbeiterkonferenz voll und ganz einverstanden, fordern die Abschaffung des Altkredits und protestieren gegen die geplante neuerliche Ausdehnung des Altkredits."

## Aus den Organisationen.

Trautenau. Bei der am 8. April stattgefundenen Generalversammlung wurden gewählt: Anton Just, Obmann, Richard Sperl und Franz Schuh, Stellvertreter; Gustav Schram, Schriftführer, Rudolf Scholz, Stellvertreter; Emil Loh, Kassier, Wenzel Bauer, Stellvertreter; Ignaz Kindermann, Revisor, Franz Hoffmann II, Stellvertreter; Heinrich Nohel, Albert Cizel, Johann Meissner, Franz Leeder, Johann

Biesner und Josef Fries, Ausschüsse; Karl Schleif, Franz Burda, Wenzel Taube, Reinhold Bischof, Josef Stierand und Anton Krupauer, Eisenmänner; Subsistenz: Johann Sieber für die Strecke Freiheit, Anton Krupauer für das Heizhaus Trautnau und Josef Erlich für die Bahnhaltung Trautnau.

Die Monatsversammlungen werden wie bisher jeden Montag nach dem ersten eines jeden Monats abgehalten.

Sämtliche Büchsen sind an den Obmann Genossen Anton Just, Bahnhof Nr. 12, zu richten.

**Budweis.** Bei der Generalversammlung der Ortsgruppe, welche am 26. März 1911 stattfand, wurden folgende Funktionäre gewählt: Wenzel Kysela, Wagenaußer, Obmann; Franz Rödl, Kassier; Josef Jindra und Franz Schödl, Schriftführer; Sämtliche Büchsen sind an den Schriftführer Josef Jindra, Schillerstraße 652, in Geldangelegenheiten an den Kassier Franz Rödl, Neugasse 47a, zu richten. Laut Beschluss finden die Mitgliederversammlungen jeden Samstag nach dem ersten im Monat statt. Ausschüsse: Hullein. Infolge Verfolgung des Genossen August Lanzenbach nach Lindenburg verlor die Bahnhof Hullein ein tätiges und aufopferndes Mitglied.

Sämtliche Genossen der Bahnhof Hullein wünschen ihm viel Glück in seiner neuen Domizilierung und rüsten ihm noch mal ein „herzliches Überwohl“ zu.

**Wolin.** Sonntag den 12. März fand im Vereinslokal die ganzjährige Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Aus den Berichten der Funktionäre ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Vereinsjahr 1 Generalversammlung, 11 Monatsversammlungen und 4 Ausschüsse abgehalten wurden; die Einnahmen der Ortsgruppe betragen Kr. 783,85, die Ausgaben Kr. 742,36, es verbleibt hiermit ein Kostenstand von Kr. 41,49. Der Mitgliederstand 1910 war 53, im Vereinsjahr beigetreten 5, verreist und ausgetreten 5, bleibt somit wieder ein Stand von 53 Mitgliedern. Die Wahl der Ortsgruppenleitung ergab folgendes Resultat: Josef Belenka, Obmann, Robert Böck, Stellvertreter; Karl Zimmerman, Schriftführer, Wenzel Bodražka, Stellvertreter; Franz Horn, Kassier, Adolf Geisert, Stellvertreter; Wenzel Aschenbrenner und Franz Scholz, Bibliothekar; Wenzel Rudi und Franz Martinet, Steuern; Josef Höschek und Heinrich Bejvandinsky, Beisitzer.

Weiters wurde beschlossen, die Monatsversammlungen wieder den ersten Sonntag im Monat abzuhalten, die Ausschüsse nach Bedarf; die Beiträge leistet die Ortsgruppe ihren Mitgliedern nach vierwöchigem Kostenstand und nach vierwöchiger Waffenübung. Die Mitglieder, welche zwei Monate im Ausland sind, haben keinen Anspruch auf eine Monatsversammlung, daher jedes Mitglied seinen Verpflichtungen nachkommen soll. Auch wurde die Anregung gegeben, jeden Mittwochmittag einen gemeinsamen Spaziergang der dienstreichen Mitglieder zu pflegen, um Nebenstände im Dienstverhältnis zu besprechen.

Alle Büchsen an die Ortsgruppe sind an Genossen Josef Belenka, Wolin, Bahnhofstraße 241, in Geldangelegenheiten an Genossen Franz Horn, Wolin, Uge 22, zu richten.

**Wöckstein.** Bei der am 26. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Franz Seidl, Obmann; Laurenz Sager, Kassier; Baltazar Gruber, Schriftführer; Heinrich Reith und Jakob Danko, Steuern; Subsistenz: Witsch für Badastein, Preimes für Hofschein, Oberkirchner für Dörfenstein, und Johann Seidl für Voitsberg. Alle Büchsen sind an Franz Seidl in Wöckstein zu richten. Nach der Wahl hielt Genosse Kaufmann einen beißig aufgenommenen Vortrag. Die Subsistenz haben bis längstens 7. im Monat mit dem Kassier der Bahnhof abzurechnen, darum sind die Monatsbeiträge von den Mitgliedern bis spätestens 8. im Monat einzutragen.

**Zürich i. W.** Bei der am 5. März 1911 abgehaltenen Generalversammlung wurde nach dem Jahresbericht zur Wahl des Ausschusses geritten. Genauht wurden folgende Genossen: Josef Krumphansl, Bahnhofleiter; Franz Haiden, Schriftführer; Wenzel Böck und Hermann Krammer, Ausschüssemitglieder; Franz Kral, Bibliothekar. Sämtliche Büchsen sind an die Adresse Josef Krumphansl, Weichenwärter, Zürich i. W. zu richten. Als Vertreter des Sekretariats Zürich war Genosse Bucher anwesend, welcher über „Die Situation bei Eisenbahner in der Zukunft“ unter großer Interesse sämtlicher Anwesenden referierte. Zum Schluß seines Referats erwähnte er sämtliche Genossen, in eine leitige Aktion für den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein einzutreten. Die Mitgliederversammlungen werden nach Bedarf abgehalten und werden von Zeit zu Zeit im „Eisenbahner“ oder schriftlich bekanntgegeben. Die Mitglieder in Zürich i. W. bekommen das Fachblatt durch die Bahnhofseleitung zugestellt.

**Stadtlaub.** Am 22. März 1911 fand in Sants Bahnhof die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe Stadtlaub statt. Aus dem Bericht des Obmannes Genossen Fabowitsky und des Kassiers Genossen Schwarzeneder ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahr die Arbeit der Funktionäre eine reibliche war und daß in puncto Rechtsschutz, Unterstützung und Begehrungen in materieller Beziehung viel geleistet wurde. Auf Antrag des Kontrollors Genossen Josef Schmidt wurde dem scheidenden Ausschuss das Absolutorium erteilt. Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Franz Fabowitsky, Obmann, Böck, Stellvertreter; Johann Gasseb, Kassier; Kondl sen., Wach und Georg Pauter, Subsistenz; Hitter und Schwarzeneder, Kontrolle; Stindl, Bibliothekar; Drexler und Hamel, Lokomotivführer, Spielvogel und Johann Körner, Lokomotivführer, Emmerich Schmidt und Friedrich Steppina, Werkstätte, Karl Schmidt, Magazinsmeier, Karl Dobrovolsky, Franz Schmidt, Schachl, Appelt und Polster, Stationspersonal, Lutadit, Wüchier, und Josef Nowakel, Bahnhaltung, Winni, Böck und Karl Müller, Zugbegleiter, Ausschüssemitglieder.

Soam hielt Genosse Dušek von der Zentrale einen sehr lehrreichen Vortrag über „Das neue Strafgesetz und die Eisenbahner“.

Nachdem noch einige Redner gesprochen und Obmann Genosse Fabowitsky einige an ihn gerichtete Anfragen beantwortet hatte, schloß er um 11 Uhr 30 Minuten nachts mit einem Appell an die Anwesenden, zu agitieren und die Funktionäre durch Mitarbeit zu unterstützen, die Versammlung.

Büchsen sind zu richten an Genossen Franz Fabowitsky, XXI/5, Barnhagengasse 11, II. Stock, Uhr 20, in Geldangelegenheiten an Genossen Johann Gasseb, XXI/5, Bängoburgengasse 25, I. Stock, Uhr 11.

**Knain.** Bei der am 15. März abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Andreas Höchtl, Obmann, Franz Waller und Franz Zahnel, Stellvertreter; Mathias Rojencik, Schriftführer, Adalbert Hucek, Stellvertreter; Franz Erben, Kassier, Eugen Kadur, Stellvertreter; Franz Sveda, Substanz; Karl Roestler, Kassier für Heizhaus; Josef Dula und Johann Flach, Kontrolle; Stanislaus Dobrovolsky, Johann Kolomaznik und Anton Hängl, Bibliothekar. Beim dritten Punkt referierte Genosse Höchtl über „Recht und Rezen der Organisation“. Büchsen sind zu richten an den Obmann Andreas Höchtl, Kontrolleur in Knain, Staatsbahnhofstraße 6; in Geldangelegenheiten an den Kassier Franz Erben, Oberfondtuer in Knain, Landgasse.

**Götz III.** In der am 17. März 1. J. stattgefundene Generalversammlung der Ortsgruppe Götz III wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt: Friedrich Steiner, Obmann, Karl Kremar Stellvertreter; P. Raab, Schriftführer, Gabrielid und Käfer, Stellvertreter; Heraia, Kassier.

Kalovník, Substanz; Weidenthaler und Burhalek, Kontrolle.

Büchsen sind zu richten an Friedrich Steiner, Via diestro il Castello 23c, Götz. Peitau. Montag den 27. März fand in Simonitsch's Gasthaus die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Die Berichte des Obmannes sowie des Kassiers und der Kontrolle wurden mit Beifall aufgenommen. Nach diesen erzielten Genossen Kopáč ein anderthalbstündiges Referat über „Die Wahrzeichen der Zukunft“, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. Bei der vorgenommenen Wahl des Ausschusses wurden folgende Genossen wieder, respektive neu gewählt: V. Illejšek, Obmann, J. Brunfliček, Stellvertreter; A. Klazar, Kassier; V. Kosmath, Schriftführer, A. Lach, Stellvertreter; J. Budat, Kontrolle; P. Bervardý, St. Bimmerlich, J. Čemerský (Verhältnisse), F. Bug (Oberbau), Ausschüsse; V. Čišinger, Bibliothekar.

**Geiersberg.** Die Generalversammlung der Ortsgruppe fand unter gäulicher Beteiligung am 25. März statt. Als Funktionäre wurden folgende Genossen gewählt: Josef Kaloušek, Obmann, Josef Štros, Stellvertreter; Adolf Novotný, Schriftführer; Josef Strahulec, Kassier; Josef Vancák, Josef Zidek, Franz Pucherna und Vinzenz Seidl, Ausschüsse; Josef Šesták und Franz Zuglitsch, Beisitzer.

Büchsen sind zu richten nach Bedarf abgehalten.

Sämtliche Büchsen in Vereinsangelegenheiten sind an Apol. Kaloušek, Konditeur in Geiersberg, in Geldangelegenheiten an Josef Strahulec in Geiersberg zu richten.

**Wien.** (Österreichische Nordwestbahn.) Montag den 3. April d. J. fand im Vereinslokal, Karlsplatz 5, die Generalversammlung statt. Obmann Genossen Schwabe eröffnete die Versammlung um 8 Uhr abends. Die Berichte der Funktionäre wurden mit Beifall abgelehnt. Die Kenntnis genommen und dem scheidenden Ausschuss einstimmig das Absolutorium erteilt. Die Neuwahl der Ortsgruppenleitung ergab folgendes Resultat: Josef Schwab, Obmann, Josef Tillou und Eduard Bartek, Stellvertreter; Anton Hanke, Schriftführer, Gustav Anders, Stellvertreter; Gustav Sonsek, Kassier, Josef Kinnel und Stephan Fuchs, Stellvertreter; Adolf Feigl, Bibliothekar; Anton Batloušek und Išidor Schabek, Verkäufer; Franz Sowa, Vinzenz Slabek, Josef Grün, Anton Wierlach, Leopold Weninger, Johann Hursl, Franz Sachs, Friedrich Pavlis, Karl Madera, Franz Faust, Lambert Burian, Išidor Habek, Paul Velicek, Georg Víberhofer, Wenzel Kudera, Leopold Bösl, Franz Böck, Leopold Suchý, Josef Appelfeld, Karl Urbantska, Josef John und Anton Buchavský, Ausschüsse und Vertrauensmänner.

Anschließend an die Neuwahl hielt Genossen Schwab vom Unterkaufmännisch einen Vortrag, der reichen Beifall fand.

Sodann referierte Genossen Schwab über die Wohnungsfürsorgeaktion, der bevorstehenden Personalkommission- und Arbeiterausschusssitzungen sowie über die abgeschlossenen Zentraltransfassenaußschusssitzungen.

Die Mitgliederabnahmen und Einzahlungen finden im Vereinslokal jeden 1. und 16. des Monats, um halb 8 Uhr abends statt. An diesen Vereinsabenden werden auch die Vorträge und Versammlungen veranstaltet und werden die Bibliotheksbücher ausgetauscht und getauscht. Fällt an diesem Tag ein Samstag, Sonn- oder Feiertag, so findet der Vereinsabend am nächstfolgenden Wochenstag statt.

Es ist im Interesse der Mitglieder gelegen, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, um die Einigkeit der Organisation zu dokumentieren sowie auch über allgemeine Ereignisse informiert zu sein.

Die Mitglieder werden erachtet, ihre Rückstände zu begleichen, damit in der Auslieferung der Fachblätter keine Unterbrechung eintritt. Adressenänderungen sind sofort dem Kassier bekanntzugeben.

## Verschiedenes.

### Magazin eines Stationsexpedienten.

Slaverei hat aufgehört  
In Europas Landen.  
Nur der arme Expedient  
Schmachtet noch in Banden.

Täglich jedoch Stunden Dienst  
Hat er zu verrichten.  
Vomigalt und fürwahr  
Seine Dienstpflichten.

Den Gesamtdienst anstandlos  
Muß allein er führen.  
Woh dem weinen Slaven dann,  
Tut er sich mal irren.

„Sechzehn“ Dienst und „sechzehn“ frei,  
Künner gleich der Neigen.  
Keinen freien Tag im Jahr...  
Goll er da noch schweigen?

Die, die im Herzen war,  
Ist längst fortgezogen  
Und bei diesem Sklaven Dienst,  
Kratzen ihm die Knochen.

In die Kirche kann doch nie  
Solch ein Sklave kommen,  
Wenn er nicht für diesen Gang,  
Urlaub hat gewonnen.

Selbst die Diensteinteilung gar  
Raubt ihm noch den Glauben,  
Kann ein böser Sklave dann  
An den Herrgott glauben?

Jeder aus Erfahrung weiß,  
Brauch nicht vorzuheben,  
Dass des Expedienten Los  
Ist ein Hundeleben.

Weiter kann es nimmer gehn!  
Auf zum Kampf! Genossen!  
Und um unser gutes Recht  
Kämpft unverdrossen.

## Literatur.

**Freie Glocken.** Halbmonatsschrift für Freiheitkund und monarchische Weltanschauung. Die sieben erschienenen Nummern 6 hat folgenden Inhalt: Ein Mann ergreift der Zorn. Von Heinrich Heine. — Staat, Kirche und Schule. Antwort von Professor Doctor Friedrich Jodl (Wien). — Die Dogmen. Von Dr. jur. N. Simon. — Die Hand. — Neues aus den Wissenschaften: Eine neue Theorie über die Entstehung des Käfers. — Neuer Nachweis und Ausblide auf die Entwicklung des Käfers. — Rundschau: Ein aufgedeckter Raassenhund. — Abonnementspreis: Vierteljährlich (sechs Hefte) 1 M. — Einzelne Hefte 25 Pf. — Verlag „Freie Glocken“, Leipzig, Bavarische Straße 4.

## Eingesendet.

Für diese Rubrik ist übernommen die Redaktion keine Verantwortung.

### Gift im Blut und Blutreinigungskuren.

Nicht nur Hautkrankheiten röhren von unreinem Blute her, sondern die meisten Krankheiten überhaupt!

Ist das Blut mit Giftstoffen geschwängert, so zeigt sich das durch irgendeine Erkrankung, und es hat in solchem Falle keinen Zweck, nur direkt den Sitz des Leidens zu behandeln, sondern das ganze Blut muß verbessert werden, es muß eine gründliche Kure erfolgen.

Zu jeder Jahreszeit sind Blutreinigungskuren am Platze, denn fortwährend häufen sich schädliche Giftstoffe besonders stark im Blute an und es ist bestens für Leute, die an irgend einer Krankheit leiden, hierfür sie wie sie wolle, von grösster Wichtigkeit, jetzt eine solche Blutreinigungskur vorzunehmen.

Nur sollte man sich von der veralteten und wissenschaftlich ganz unaltären Ansicht losmachen, als sei ein beliebiges abführendes Mittel auch ein Blutreinigungsmittel. Abführmittel können höchstens eine harmlose Verstopfung vorübergehend beseitigen, aber sie können nicht, wie es erforderlich ist, die chemische Zusammensetzung des Blutes verbessern.

Man kann nämlich richtig behaupten, daß etwa 9/10 aller Krankheiten, und zwar alle Stoffwechselkrankheiten, alle entzündlichen Zustände innerer Organe, alle durch Blutstauung herbeigeführten Leiden eine schlechte Blutmischung, mit anderen Worten „Gift im Blut“ als Ursache haben. Solche Leiden sind unter anderem Gicht, Rheumatismus, Guderkrankheit, Stomachengang, sogenannte Blutarmut, die meisten Hautkrankheiten, Gallen- und Leberleiden, Herzleiden, Wassersucht, Nierenkrankheiten, Knochenkrebs, Hämatom, Asthma, Beklemmungen, Kopfweh, kalte Hände, Neigung zu Katarren, Entzündungen der Atmungs- und Verdauungsorgane und viele andere.

Wer einwenden wollte, daß unmöglich so viele verschiedene Krankheiten aus einer Ursache entstehen könnten, dem wäre zu entgegen: Wenn das Blut nicht die richtige chemische Beschaffenheit hat, wenn ihm die so notwendigen Sauerstoff aufgenommen, so kann es in der Lunge nicht genügend Sauerstoff aufnehmen, kann infolgedessen der Organismus nur ungenügend damit versorgen, daher alle Stoffwechselkrankheiten. Es kann ferner aus demselben Grunde die schädlichen Stoffe, vor allem die giftige Harnsäure, nicht hinausbefördern, dieselbe häuft sich im Blute an und macht es schwerflüssiger. Daher die Stauungsleiden, die Entzündungen und Herztörungen. Jeder Arzt muß das bestätigen.

Wer das Blut verbessert, „gereinigt“, so verschwinden diese Beschwerden.

Welche wunderbaren Wirkungen eine solche Blutreinigungskur hat, wollen wir an einigen Beispielen zeigen. Das beste und bekannteste Blutreinigungsmittel und Blutnährsalz ist Dr. med. Schröders „Menascin“ (gesetzlich geschützt). Viele Tausende Dankschreiben beweisen es. Einige solcher Dankesbriefe lauten:

Ich kann Ihnen Mitteilung machen, daß meine Krankheit nach vierwöchigem Gebrauch von „Menascin“ gänzlich verschwunden ist. Ich litt bereits vier Jahre an schlechter Verdauung und Katarrh, alle ärztliche Hilfe war erfolglos. Nur Ihnen kann ich es verdanken, daß ich davon geheilt bin.

Theodor Meister in St. Michaelisdonn.

Da ich bereits zwei Jahre mit Rheumatismus und Blutandrang belastet war und nichts helfen wollte, war ich veranlaßt, Ihr Präparat „Menascin“ auch zu probieren. Wo ich nun drei Schachteln genau nach Vorschrift verbraucht habe, sind meine Schmerzen von Tag zu Tag verschwunden. Spreche Ihnen hiermit meinen besten Dank aus.

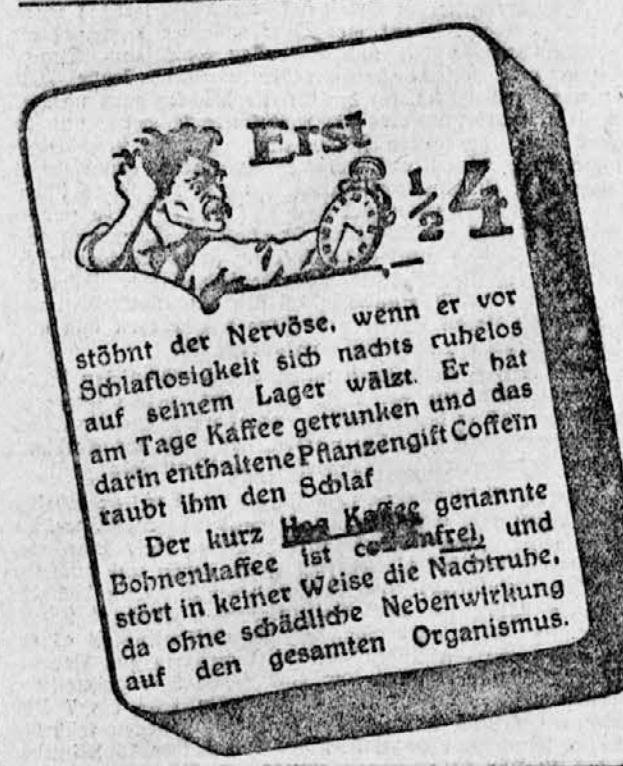
Wilhelm Grimm, Gr. Osnabrück.

Es hat also dasselbe Mittel bei Rheumatismus, schlechter Verdauung und Katarrh in günstigstem Sinne gewirkt, ein Beispiel, daß alle diese Leiden die gleiche Ursache hatten: das unreine Blut.

Dieze Mittel kann man nicht mit geringem Gewissen empfohlen werden, als ein Versuch nichts kostet und für guten Erfolg Garantie geleistet wird. Wenn man einfach unter Berufung auf diese Mitteilung seine Adresse an Dr. med. H. Schröder, G. m. b. H., Berlin 35, Postfach S. 458 einsetzt, so erhält man nicht nur eine Probebox des Mittels gratis, sondern gleichfalls gratis auch ein äußerst interessantes und lehrreiches Buch über Entstehung und Verbreitung vieler Krankheiten.

Es ist aber ratsam, von dieser Vergünstigung sofort Gebrauch zu machen, da natürlich der Andrang groß sein wird. Ein Mittel, welches Tausenden geholfen hat, kostetlos versuchen zu können, das ist schon eine Postkarte wert! Die genaue Adresse ist Dr. med. Schröder, G. m. b. H., Berlin 35, Postfach S. 458.

Eine gute Taschenkarte ist für jeden Menschen ein Bedürfnis, denn eine genaue Zeit bringt Ordnung und Sicherheit in unsere Lebensweise. Sie erhalten eine gute und billige Uhr zu originalen Fabrikpreisen in der ersten Wiener Uhrenfabrik Witzel & Schynel, Wien, V. Margaretenstraße





Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund und frisch. Erzeuger nur Apotheker E. B. Feller in Stubica, Chlapatz Nr. 191 (Kroatien).

**Von Verschämtern!** Die schönsten Herren- und Knabenanzüge, Überzieher 7 Kr., Ulster, Wetterträger 8 Kr., Winterröcke, Bodenröcke, Hosen von 4 Kr. aufwärts, seine Pelze, Frak, Smoking, Salonganzeuge etc., leinse Herrenhemden Kr. 17, Untertrödel Kr. 130, Damenhemden Kr. 140, Hosen Kr. 160, Körleinen, Untertrödel Kr. 190, 1 komplette Bettwäsche Kr. 480, mit Säumchen Kr. 600, Sichterbolanz Kr. 850, Leinlacher Kr. 50, in Leinen Kr. 220, schwere Bettzeuge Kr. 750, Weben Kr. 850, Gräde Kr. 920, Angine, Chiffons, Kleinkleinen, seine Bett- und Tischdecken Kr. 850, Teppiche, Spitzen, Vorhänge sowie feinste Brautausstattungen. Alles in größter Auswahl staunend billig. Nur bei Goldstein, Wien, Kaiserstraße 40. Provinzausträge sehr reell.

**MÖBEL** Aufruf an die Herren Eisenbahnarbeiter! Wiens beste und billigste Einkaufsquelle ist die Eisenbahnkrekreis altheim, langjährig bestehende Fünfhauser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142  
Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr.

(neben der Löwendrogerie Schawerda) politierte Zimmerausstattungen Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240. Büderneinrichtungen von Kr. 34 aufwärts. - Komplettet Schlaf- und Speisegitter von Kr. 240. - Woderne Schlafzimmereinrichtungen, etwa, mein grün, Kr. 70. - Patentbettwäsche von Kr. 9- und Matratzen, dreitellig von Kr. 12- aufwärts. - Ein eine Eleganz bislang in grüner Einsicht. Kleiner Preisrahmen für die Provinz gratis. Großer Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franco.

Urticliche Bestellungen sindreit wie bei beständiger Auswahl.

Bunte in allen Bahnhöfen und Geschäften Wiens kostet.

**Warning!** Um meine V. L. Kunden vor Schaden durch Beschädigung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Schenckauer Möbelniederlage, da Sie Konturen, meine Kontrahenten, meine Nummer als Preis mehrfach, um meine V. L. Kunden zu täuschen. Richten Sie auf die geben.

Kosten vor dem Geschäftsort.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke "Eisenbahnkrekreis" in Leinengrüne in meinem Schauschaukasten sehen.

Werter Herr!

Erklären Sie Ihnen mitzutellen, daß die Möbel, welche am 29. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre tolle und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Hochachtungsvoll

Louis Schenck  
Königlicher in Saalfelden.

**Die verlorene Nervenkraft** wiederzugeben und bis in süße Lebensdauer gesund und leistungsfähig zu sein, ist allein möglich durch rechtzeitige Kurzbehandlungen, wie Heinemanns Original Kräutertee

mit der Schutzmarke "Tanzender Schädel". Auch bestens bewährt bei Alzheim, Magenleiden, Rheumatismus, Frauenleiden, Heimatkunden, Früchten und Früchten. Einzelnes Paket 1 Kr. 50, 5 Pakete Kr. 8-12 Pakete Kr. 15-20. - postfrei und franco. Einzelnes Paket 1 Kr. 75. - Über 2000 Kürberrungen.

Albert Heinemann, Hamburg 36, Postfach 3.

**Die Weltmeisterschaft in der Uhren-Industrie Extrafach! endlich erobert! Hohelegant!**

**Kavalier Gold-doublé Uhr**

schönster Marke "Speciosa" nur Kr. 150. Dieselbe besitzt ein gut gehendes 8-tägiges Uhrwerk und ist auf elektrischem Wege mit einem Kr. 10. Gold Uhrwerk. Garantie für 5 Jahre. 1 Stück Kr. 150. 2 Stück Kr. 950. Jeder Uhr wie eine fein vergoldete Kette umsonst beigegeben. Rücksicht, da Umlauf erlaubt, ebensoviel Geld retour. Verkauf nach Nachnahme.

C. Holzer, Krakau, Stradom Nr. 18/51.

**Kleiderhaus Albert Kern, Graz**  
Annenstrasse 28.

Moderner Überzieher . . . Kr. 18-30-40-  
Eleganter Kitzing . . . Kr. 20-28-40-  
Wetterträger . . . Kr. 10-15-18-  
und aufwärts.

Eigene Abteilung für Mäntelbestickungen. - Knabenkleider  
stimmend billig.

Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem P. T. Bahnpersonal und beschäftigten Personen der Werkstätten 5 Prozent Rabatt von den festgesetzten erachtlichen Preisen.

Illustrierte Kataloge und Muster gratis.

Im Leben nie wieder!

**Statt 16 Kronen nur 6 Kronen!**

Durch blühenden Anfang in einer großen Uhrenfabrik verkaufe ich meine Metall-

**"Gloria"-  
Silber-Smit.  
Remontoir-  
Uhr**

Doppelarmband aus vorzüglichem Stein-Wort, in Steinchen laufend, wundervoll schönes Gehäuse, entwod. Wappen, Schilder, Schleife über Uhren-Gravurkunst, solange der Vorraum reicht, um den Spottpreis von

**6 Kronen per Stück!**

Vassende "Gloria"-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

# ECHTES KORNBROT

von anerkannt vorzüglichster Qualität und Preiswürdigkeit versendet unter den allgemeinsten Bezugsbedingungen die Firma

**JOS. REDER, DAMPFKÜCKEREI UND KUNSTMÜHLE GARSTEN BEI STEVR**

Oberösterreich. Seit mehr als 30 Jahren Lieferant der k. k. Eisenbahnbediensteten!

**Gratis!**

Neuer illustrierter Katalog!  
(Verschlossen für 20 Heller-Marke.)

**Pariser Gummi-Spezialitäten**

Neuheit für Herren: Stück Kr. 2- Dauernd verwendbar 2 Jahre Garantie. Per Dutzend: Kr. 4-, 6-, 8-, 10-.

Olla-Depot, Wien, V/2, Schönbrunnerstr. 141, Mezz. 5.

## Parteigenossen!

Bestellen Sie auch jeder ein Packet fehlerfreier Reste, enthaltend: Besten Hemdenoxyd, feinen Hemden- und Kleiderzephyr, hoch-prima Bettzeug, starke Hemdeleinwand, Blaudruck, Barchent, Blusen- und Kleiderstoffe etc., alles nur in prima Qualität

## 40 Meter um 16 K

per Nachnahme. Die Restenlänge ist von 4-10 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Ihr werdet staunen über die Billigkeit und Güte der Waren.

**LEOPOLD WLČEK**  
Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen.  
Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

## Billige Bettfedern u. Daunen!

1 Kilo graue geschlossene Kr. 2-; halbweise Kr. 2.50, meiste Kr. 4-; prima geschlossene Kr. 6-; hochprima Schleif, beide Sorten Kr. 8-; Daunen, grau Kr. 6-; weiß Kr. 10. Brustflocken Kr. 12-; von 5 Kilo an franco.

## = Fertige Betten =

aus weißem, rotem, blauem, gelben oder weißen Sälat (Nanking), eine Laken, Größe 180x120 cm, und 2 Körbäder, Preis 80x80 cm, gefüllt mit neuen grauen gereinigten Haussäcken und sauberen Federn Kr. 16-18-20. Körbäder Kr. 20-25, Daunen Kr. 20-25, Duvet ab Kr. 18-20. Körbäder Kr. 8-10-12-15-20-25-30-35-40-45-50-55-60-65-70-75-80-85-90-95-100 cm groß. Unterbetten aus Stroh, 180x120 cm Kr. 12-15-18-20-25-30-35-40-45-50-55-60-65-70-75-80-85-90-95-100 cm groß. Verpackung gratis von 10 Kr. an franco.

**Max Berger in Deschenh Kr. 1092 (Böhmerwald).**

Preisliste über Matratzen, Decken, Nebenlässe und alle anderen Bettwaren gratis und franco. - Wiederverkäufer sind aufgefordert, alle Preise zu vermerken.

## Jeder Parteigenosse

der Wert unserer wirtschaftlichen Organisation würdigt, unterstützt diese durch rege Agitation, ständigen Warenbeschaffung und verlangt immer und überall nur das Brot aus unserer Parteidöpferei

## Hammerbrot



Schutzmarke auf jedem Laib.  
8888/1

Verkaufsstellen sind durch Schilder  
kenntlich.

## Hammerbrotwerke und Dampfmühle

SKARET, HANUSCH & CO.  
BUREAU: Wien, II. Zirkusgasse 21.  
Telephon 23240.

Schutzmarke auf jedem Laib.



Ein Laib schwarz oder gemischt kostet 46 Heller

## Kaufen bei Kraus

wer schiene die Leinen schätzt!

Zu Reklamepreisen:

1 Stück Irlander Web 80 Zentimeter breit, 20 Meter lang . K 11-50

Teintächer ohne Naht aus sehr schöner, bester Flachseleinwand, 150x225 Zentimeter gross . . . K 16-20

**Reste sehr schöner weißer Wäschewebe**

feinfädig, für jede Wäscheart haltbar . . . per Meter

Mindestabgabe 5 bis 4 Reste, zusammen zirka 40 Meter. 55 h

1 Dutzend Leinenzweckhandtücher 50x110 Zentimeter gross . K 6-

Doppelmäst Prothomästtücher, rein, 50x120 gross . K 12-

Versand per Nachnahme. Nichtpassend wird zurückgenommen.

**Leinenfabrik Jos. Kraus, Nachod VII (Böhmen).**

Muster jeder Art nur gediegenster Webwaren gratis.

44 Jahre bestes Renommee verbürgt Solidität.

Benützen Sie bei Vergebung von Druckaufträgen nur

die Telephonnummern 2364 oder 3545 der modernst eingerichteten

## DRUCK- UND VERLAGSANSTALT

## „VORWÄRTS“

Wien, V. Wienstrasse 89A

Manufaktur: **Hedzet & Roritul** Erbort.

Barenhaus Corso Guis. Verdi und Via Scuola 5.

Gründungs-Gesellschaft: Hedzet & Roritul

Ungarn, Budapest, 1911

Sämtliche Neuerungen in Woll-, Seiden- u. Wäschestoffen sind

eingelangt. Unsere Preise sind billig! angesezt. Qualität anerkannt

die allerbesten. Musterkollektionen auf Verlangen bereitwilligst.

**Frühjahrs-Gaison 1911**

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus

Max Böhnel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

6 Kronen per Stück!

Vassende „Gloria“-Kette 1 Krone.

3 Jahre Garantie. Verkauf nach Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus